

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 1,10 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonette ober deren Raum 40 Pfg. für halbtägige und gewöhnliche Reihen- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 22. Juli 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Enttäuschungen.

#### Ein Rückblick auf den Kongress der Christlichen Gewerkschaften.

Der fünfte Kongress der christlichen Gewerkschaften ist am Mittwoch zu Ende gegangen. An diesem Tage war die geschlossene Generalversammlung des Gesamtverbandes. Die Wahrheit ist zwar die höchste Tugend des christlichen Mannes, und sein Vorkommen ist über allem Zweifel erhaben, aber es giebt doch auch für Christenleute eine Wahrheit, die das Licht nicht verträgt, die nur hinter verschlossenen Türen verhandelt werden kann. In der nicht öffentlichen Versammlung wird jedenfalls das Treiben der sogenannten Berliner Richtung zur Sprache gekommen sein. Man begreift die Scheu der Christlichen, diese Dinge offen zu erörtern, wenn man weiß, daß diese Richtung sich gebildet hat durch die hohe Geistlichkeit und die Centrumsfraktion. Ebenso versteht man es, daß die Erörterung über das Verhalten der Presse den christlichen Gewerkschaften gegenüber dem Tageslicht entzogen ward. Wenn in Essen die Redner in ihren Klagen über die Gleichgültigkeit, ja Feindseligkeit der Presse in Arbeiterfragen, insbesondere der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegenüber, es unterließen, eine bestimmte Partei zu nennen, so wußte und merkte doch jeder, daß die Centrumpresse gemeint war, von der es nach der Ansicht des Gewerkschaftssekretärs Stegerwald nicht fünf Blätter giebt, die sich der Sache der Arbeiter in ihren wirtschaftlichen Interessenkämpfen annehmen. Diese und die andre Frage eingehend vor der Öffentlichkeit zu verhandeln, ist eine thörichte Sache; man hat vorläufig noch Grund auf beiden Seiten, einander zu schonen; sind die Beziehungen zwischen Centrum und christlichen Gewerkschaften auch lange nicht mehr die besten, so hält man es beiderseits doch für zu gewagt, die leidenden Gegensätze zum offenen Bruch zu treiben — daher die Behandlung dieser Fragen, die ins Politische gehen, fernab von der Öffentlichkeit.

Es waltete in Essen eine im Vergleich zu den früheren Tagungen der christlichen Gewerkschaften recht gedrückte Stimmung. Die Referate wurden ohne äußerlich bemerkbares Interesse entgegengenommen; kaum erhob sich eine Hand zum Beifall, der früher so reichlich flüßte; kaum hörte man ein Bravo oder sonst ein Zeichen besonderer Teilnahme. Inhaltlich boten die Referate allerdings wieder etwas Neues noch Aufregendes, wenn auch anerkannt werden soll, daß die Referenten wie die Diskussionsredner gegen früher ein merklich höheres Maß von sachlicher wie rednerischer Schulung bewiesen, wobei allerdings in Betracht zu ziehen ist, daß von den 60 Delegierten nur ein Teil — und dazu meist Gewerkschaftsbeamte — das Wort nahm.

Sind nun die Verhandlungen, Debatten und Beschlüsse des christlichen Gewerkschaftskongresses nicht geeignet, besonderes Interesse zu erwecken, so eröffnen sich im Hintergrunde der öffentlichen Vorgänge Ausblicke auf desto beachtenswertere Erscheinungen. Es ist alles so ganz anders gekommen als die Christlichen sich den Verlauf der Dinge gedacht haben. Die christlichen Gewerkschaften wurden gegründet, um dem Vordringen der Sozialdemokratie in katholischen Gegenden, namentlich im Westen, wo die Bewegung entstand, Einhalt zu thun; man wollte die katholischen Arbeiter fernhalten von der Verführung mit den andersgearteten Klassenbrüdern; auch in wirtschaftlichen Dingen sollten sie, wie auf politischem und religiösem Gebiete, wider einander stehen. Und da das Centrum mit Recht erkannt hatte, wie die wirtschaftliche Annäherung und Einigung auch bald zur politischen führt, schuf es die christlichen Gewerkschaften. Die Rechnung war schlau, aber das Ergebnis stimmte dennoch nicht!

Die Sozialdemokratie ist riesenhaft gewachsen und hat auch in Centrumsgewenden bedeutende Fortschritte gemacht — trotz der christlichen, richtiger: ultramontanen Gewerkschaftsbewegung. Die freien Gewerkschaften sind zu einer Höhe gediehen, an die man vor einigen Jahren noch nicht dachte, während die christlichen Gewerkschaften, die sich vermehren, um ihre Fahne alles zu sammeln, was nicht sozialdemokratisch, was gläubig und gutgestimmt war, sie stehen auf 100 000 Mitglieder und haben dadurch, daß sie in einem Jahre der lebhaftesten politischen und wirtschaftlichen Bewegung ganze 8000 Mann zugenommen haben, aufs deutlichste bewiesen, daß sie auf dem toten Punkt angelangt sind. Und was diese Hunderttausend von Mitgliedern bedeutet, erkennt man daran, daß davon 60 000 auf die Ruhrbezirke und die Textilarbeiter kommen, so daß also 40 000 christlich organisierte Arbeiter sich auf die sämtlichen übrigen Bezirke verteilen; daß weiter 80 Proz. der christlich organisierten Arbeiter in Rheinland-Westfalen sitzen. Man begreift die Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung und man begreift die tiefe Stimmung, die sich in Essen bemerkbar machte.

Anfänglich genossen die christlichen Gewerkschaften das ergiebige Wohlwollen des Centrums, des Klerus, der Behörden und der Unternehmer. Schon der manchmal verleugnete, manchmal zugestandene, immer aber erkennbare Zweck der christlichen Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und den als sozialdemokratisch geltenden Gewerkschaften entgegenzuarbeiten, machte sie wert der Unterstützung aller Gutgesinnten. Aber das ist anders geworden. Als sich zeigte, daß sie die Sozialdemokratie nicht zum Stillstand bringen konnten, da wandelte sich die anfängliche Gunst in Gleichgültigkeit, die sich in offene oder versteckte Feindschaft verwandelte, als gar die christlichen Gewerkschaften, mitgezogen und getrieben von der übrigen Arbeiterbewegung, auf „sozialdemokratische“ Wege gerieten, denn „Sozialdemokrat ist in den Augen gewisser Leute jeder Arbeiter, der fünf Pfennig mehr Lohn den Tag beansprucht“ — sagte in Essen ein christlicher Arbeiter.

Wollten die christlichen Gewerkschaften Arbeiterorganisationen wenigstens genannt zu werden verdienen, dann müßten sie sich mit Socialpolitik — wenn auch in der kirchlich verteidigten Form — beschäftigen; sie müßten — schon der Agitation wegen — praktische Forderungen stellen, Lohnhöhungen anstreben, sich an Ausständen beteiligen, kurz: alles das thun, was in den Augen jedes auf den Profit bedachten Mannes als „sozialdemokratisch“ gilt. Von der Zeit ab war es aber auch aus mit dem Wohlwollen der früheren Gönner.

Das Centrum, das als Partei schließlich auch nicht anders denkt, als die Gesamtheit der in ihm vereinigten Interessengruppen, wünscht die christliche Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig zu allen Teufeln. Das wird bewiesen durch das Treiben der Berliner Richtung, die der Zustimmung der Fraktion und des Episcopats sicher ist; das wird bewiesen durch das Verhalten der Centrumpresse, über deren schosste Hinterhältigkeit auf dem Essener Kongress nur eine Stimme war; und es wird nicht widerlegt durch das Verhalten einiger Abgeordneten und Blätter des Centrums in den Großstädten des Westens, die sich der christlichen Gewerkschaftsbewegung annehmen, weil man von dieser Seite befohlen ist um die Reichstagsmandate der Industriestädte.

Der Klerus steht — mit vereinzelten Ausnahmen — den christlichen Gewerkschaften feindselig gegenüber, und zwar je höher hinauf, desto feindseliger. „Wir im Münsterlande haben nicht unter den Sozialdemokraten, sondern unter den Christlichen zu leiden, die uns schlimmer verfolgen als die Industriellen“ — sagte ein Redner in Essen.

Und der christliche Unternehmer, der Fabrikant wie der Kunstler, was sollten sie, deren Ziel der Profit ist, den christlichen Bruder Arbeiter anders behandeln, als den roten „Anstürzler“, wenn er höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit fordert, wenn er streift und „heißt“ wie dieser auch. Sie haben von den christlichen Gewerkschaften erwartet, daß sie den „sozialdemokratischen Streikvereinen“ entgegenarbeiten, statt mit ihnen gleiche Wege zu wandeln, daß sie mit dem gebotenen Hungerlohn sich begnügen, statt in Begehrlichkeit zu verfallen und dazu anzureizen. Und nun kommt in Essen gar einer von ihnen und rechnet mit einem gewissen Stolz seinen Reuten vor, daß die Christlichen mehr als die andern Organisationen an Streiks und Lohnbewegungen beteiligt gewesen seien!

Daß unter solchen Umständen die Behörden ihre Haltung änderten, versteht sich von selber in einem Staate, wo der gute Beamte seine Rolle als Schlichter der Ordnung und der Befehle nicht anders aufzufassen darf, als im Sinne und im Interesse der Ausbeuter und Schärpmacher. Die Zeiten, wo Polizeikommissare Ehrenmitglieder von christlichen Gewerkschaften waren, sind vorüber. Heute werden, wie das in Essen immer wieder erklärt wurde, die christlichen Arbeiter nicht anders behandelt als die Mitglieder der vaterlandlosen Motte.

In der That, die Christlichen haben alles gethan, sich das Wohlwollen der maßgebenden Stellen und Personen zu verschaffen, auf das sie am Anfang so stolz waren. Noch zur Zeit der Justizhausvorlage kündete in Köln der Arbeiterssekretär Giesberts: Die christlichen Arbeiter würden sich nicht an dem Protest gegen das Werk der Regierung beteiligen; sie hätten die Hoffnung, daß es nicht so schlimm gemeint sei und sich alles zum besten wenden werde. Und heute verweist derselbe Herr Giesberts auf dem Kongress in Essen die reichsgesetzliche Arbeitslosen-Versicherung, weil er in ihr den Tod der Arbeiterbewegung sieht, indem eine reaktionäre Regierung die ihr dadurch gegebene Macht auf die Vermittelung der Arbeit zur Vernichtung der Arbeiterorganisationen benutzen werde!

Wie haben ehemals die Christlichen über die Höhe der Beiträge und die zahlreichen Beamten bei den freien Gewerkschaften gezerrt, über die Arbeitergroßen und die Ausnutzung der Armen und Kernsten — und heute heißt es in Essen: Höhere Beiträge, mehr Beamte für die christlichen Gewerkschaften!

Wie haben die Christlichen gewöhnt über die „Parteiweiber“, die in der Agitation für die Gewerkschaftsbewegung thätig waren — und heute sah in Essen ein halbes Duzend weiblicher Delegierte, von denen sich vier an der Debatte beteiligten, und zwar ganz wader und geschickt!

Wie haben die Christlichen im Bewußtsein ihrer Treue zu Thron und Altar gehöhnt über die Internationalität der Sozialdemokratie — und heute ergeht von Essen der Ruf: Christliche Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!

So giebt es Wandlungen, Mauferungen und Enttäuschungen auf allen Wegen: beim Centrum, beim Klerus, beim Unternehmertum und nicht zum wenigsten bei den christlichen Gewerkschaften. Mit tausend Klagen schiffen sie hinaus — und still, auf einem von der Sozialdemokratie entliehenen Boot, kehren sie heim. Die eine Aufgabe: die Sozialdemokratie zu überwinden und der klassenbewußten Gewerkschaftsbewegung Einhalt zu thun, haben sie ebensowenig zu erfüllen vermocht, wie die andre: die gläubige Arbeiterschaft in mächtiger Masse unter der christlichen Fahne zu sammeln. Sie haben im Gegenteil — sieht man von einigen Agitationsphrasen ab — sich der von ihnen als sozialdemokratisch bezeichneten Praxis anpassen müssen, aus Selbsterhaltungstrieb. Was sie geleistet haben und was sie nicht geleistet haben — es ist in gleicher Weise eine Anerkennung der klassenbewußten Arbeiterbewegung, wie sie durch die Sozialdemokratie vertreten ist.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Juli.

Der Prozeß des Zaren.

Königsberg, 21. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Weisungsaufnahme wurde heute zwar zu Ende geführt, konnte aber nicht geschlossen werden, weil die Auskunft der russischen Regierung über das Gegenseitigkeits-Gesetz immer noch nicht

eingegangen ist. Trotzdem — wieder eine Werkwürdigkeit! — sollen Freitag die Plaidoyers gehalten werden, die bis zum Schluß der Weisungsaufnahme nur als Eventual-Plaidoyers gelten können. Man griff im Interesse der Feiterparnis zu diesem Rotbeißel, nachdem sowohl Staatsanwaltschaft wie Verteidigung erklärt hatten, daß die Auskunft Rußlands auf ihre Rechtsauffassung keinen Einfluß habe. Die Staatsanwaltschaft will wirklich die Enklage in ihrem ganzen Umfange aufrecht erhalten. Sie sieht die Gegenseitigkeit durch das Versprechen des russischen Votchschafters in seinem Strafantrage hinreichend verbürgt.

Nach Erledigung der Schriftenprüfung gelang es dem „Ersten Staatsanwalt“, Max Lorenz, der einst in Königsberg als sozialdemokratischer Redakteur seine Karriere begann und jetzt als freiwilliger Nebenstaatsanwalt jede Nummer seiner antisozialdemokratischen „Korrespondenz“ in holdem Demingiantenwahn dem fungierenden Staatsanwalt zustellt, noch einen Schlag zu thun, der so heftig zurückwirkte, daß der Schläger die erlittenen Schwelungen mit Vleiwasser wird kühlen müssen. Ein staatsanwaltlicher Triumph sollte die Weisungsaufnahme krönen und den tiefen nachhaltigen Eindruck, den die Verteidiger sowie ihre Zeugen und Sachverständigen bewirkt hatten, im letzten Augenblick wieder zerstoren. Lange hatte der Staatsanwalt den Pfeil auf dem Bogen zurückgehalten. Nun schoß er los — er traf und den Boden bedeckten die Leichen — der Max Lorenz und seiner Demingianten — „Post“. Der Triumph des Staatsanwalts wurde zu einem das Ende siegreich krönenden Erfolg der Verteidigung.

Der Erste Staatsanwalt beantragte plötzlich, nachdem das ganze Belastungsmaterial erschöpft war, die Verlesung jenes „Jokra“-Titels, welches Lorenz und die „Post“ vor einigen Tagen veröffentlicht haben, um zu beweisen, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands den Terrorismus fördere. Die Verteidigung erklärte, sie müßte über diesen Antrag erst beraten, und Haase fügte mit lächelnder Gleichgültigkeit die höchste Entschuldig hinzu, er müsse ehrlicherweise bekennen, daß er von der neuen Information des Staatsanwalts bereits unterrichtet sei, denn er habe in seiner Stellung als Verteidiger erfahren, daß die politische Polizei Berlins den Staatsanwalt mit den „Post“-Artikel versorgt habe. Der Erste Staatsanwalt wußte in der Verblüffung über diese gute Information des Verteidigers nur zu erwidern, daß er die „Post“ lese. Der Kernste wird in der That überreichlich mit diesen Demingianten belästigt. Er erhält sie gleich dreifach zugestellt: von Lorenz, der Redaktion der „Post“ und der politischen Polizei, die ihnen geheimen Diebstahl gegen die russisch-deutsche Freiheit. Die Verteidiger zogen sich zur Beratung zurück. Bald kehrten sie wieder, äußerst heiter und zufrieden, und beantragten, den ganzen Artikel der „Jokra“, dem das Citat entnommen war, zu verlesen. Da wurde der Erste Staatsanwalt ruhig. Er beriet sich mit dem Sachverständigen Dr. Rost und zog alsdann stotternd seinen Antrag zurück, nachdem er den Sachverständigen erlucht hatte, die Bedeutung des russischen Wortes für „Blutvergießen“ zu erörtern. Der Staatsanwalt hat sich nämlich überzeugt, daß von dem Blute der Arbeiter, nicht des Zaren und der Zarenkinder, die Rede sei. Warum mußte auch der Erste Staatsanwalt den Lorenz und Auflopf auf den Leim gehen!

Durch den staatsanwaltlichen Verzicht auf die Verlesung des Citats ist nun die Öffentlichkeit leider auch um die Kenntnis des „Jokra“-Artikels gekommen, eines schönen Dankartikels für die deutsche Sozialdemokratie aus Anlaß der Russendebatten im Reichstoge. Es wird darin der Sieg der russischen Revolution angekündigt und versprochen, daß, wenn die Freiheit Rußlands erlangt sein werde, diese Freiheit auch nach Westeuropa hinüberströmen werde als Dank für die von Westeuropa den russischen Kämpfern erwiesenen Dienste.

Aber ein andres wurde heute ins Licht der gerichtlichen Öffentlichkeit gerückt. Wenn auch die terroristischen Schriften unter der Masse der sozialdemokratischen Litteratur verschwinden, wenn sie auch — sofern es sich nicht bloß um einzelne Orientierungs- exemplare handelt — offenbar von unfaulteren Elementen unter die rein sozialdemokratischen Schriften zur höheren Ehre dieses Prozesses eingeschmuggelt sind, wenn auch die russische Sozialdemokratie, wie die deutsche, den Terrorismus verurteilt, so galt es doch, selbst diese Verzweigungsthaten, diese persönlichen Notwehrakte gegen unmittelbare russische Brutalitäten menschlich begreifen zu lehren. In der nächstern Sachlichkeit einer Dokumentensammlung, ohne ein Wort der Kritik und gerade durch diese bloße Aneinanderreihung gewaltig erschütternd, gab Buchholz unter seinem Zeugen- eide die Motive für die einzelnen russischen Attentate an: von der Ermordung Alexanders II. bis zum Attentat Dirsch Bekers auf den Reichshelden Wahl. Schließlich tauchten auch die Rischmetow Blutgrenel, Entsetzen verbreitend, empor.

Im Gerichtssaal war es lautlos still geworden. Die Menschlichkeit breitete ihre Flügel aus. Auch am Richterische blieb man nicht unbewegt. Man verstand man alles, auch die wildesten Worte heißblütiger Empörer, die nicht gelernt haben, politisch zu denken... Wägen sie urteilen, wie sie wollen — der russische Absolutismus bleibt der Verurteilte und mit ihm im Karren sitzen seine Helfershelfer und Förderer in Deutschland. „Tua res agitur“ — um deine Sache handelt es sich — so schloß der preussische Justizminister Schönstedt seine Rede in der Russendebate des Reichstages. Nein, wir weisen den Schimpf zurück, daß es unsere Sache sei, das System von Rischmetow und Wilna, der Pobjedonoszew, Wahl und Espjagin zu verteidigen. Welche furchtbare Selbstbezichtigung, wenn der preussische Justizminister russische Barbarei und den Kampf gegen ihre Befreier als seine Sache auf sich nimmt, in deren Dienst er diesen Prozeß unter seine Protektion genommen hat.



Die Frage der Geheimhändelei wurde in den bisherigen Verhandlungen kaum gestreift. Am Ende der Beweisführung aber erreichte die Verteidigung heute, nachdem sie dem Gericht das offizielle Zugeständnis abgerungen hatte, daß tatsächlich während der ganzen Voruntersuchung die Angeklagten nicht die Titel der beschlagnahmten Schriften erfahren haben, durch Verlesung eines Teils des nicht behandelten Aktenmaterials vollständige Klarheit darüber: die amtlichen Stellen wußten längst von der Schriftenverbreitung. Sie haben auch gleich am Anfang des Verfahrens ausdrücklich erklärt, daß die Schriften einwandfrei seien. Das ist die „Geheimhändelei“. Interessant war ein Telegramm der Züricher Polizei, die freiwillig erklärt hatte, ihr sei von einem nihilistischen Centralkomitee in der Schweiz nichts bekannt, als die natürlich freisinnige „Königsberger Hartungsche Zeitung“ im November v. J. die Schauergeheimnisse über den Vertrieb nihilistischer Schriften den erschrockenen Philistern der Volkspartei aufgebunden hatte.

Die Verteidigung stellte auch fest, daß Staatssekretär v. Richtig schon vor zwei Jahren ausdrücklich das Recht des Vertreibs russischer Schriften im Inlande anerkannt hatte. Inzwischen hat man im Ruffendienst Fortschritte gemacht, deren ganzes Maß der mit Spannung erwartete Strafantrag des Ersten Königsberger Staatsanwalts bezeichnen wird.

#### „Triumph der Socialdemokratie“

Es zeigt die Verwahrlosung der bürgerlichen Zeitungen, daß sie erst jetzt kritische Worte gegen den Königsberger Prozeß finden.

Man hat das ungeheuerliche Verfahren von Anfang an ohne Widerspruch sich entspringen lassen. Man hat kaum die sich häufenden und sich steigenden Absonderlichkeiten dieses Verfahrens, deren jede einzelne den „liberalen Rechtsstaat“ jämmerlich höhnte, in kurzen Zeilen verzeichnet. Man hat den preussischen Ministern im Abgeordnetenhaus, da sie den Ruffendienst vertreteten, Weisfall gesprochen. Man hat stets gehofft, daß der Prozeß zu einer Niederlage der Socialdemokratie führen solle. Um dieses Erfolges willen hat fast die gesamte liberale Presse wohlwollend jede Rechtskränkung und jede schwache Demütigung Deutschlands gegenüber dem Jatismus geduldet und unterstützt.

Wenn diese Presse jetzt endlich sich gegen den Königsberger Prozeß wendet, so wiederum nicht aus Gründen des Rechts und der nationalen Würde, die sie stets zu vertreten beliebt, sondern nur, weil jener „Erfolg“ entschwindet. Weil der Prozeß zum Triumph der Socialdemokratie geworden ist, anstatt zur Niederlage zu werden, darum findet nun die Königsberger Aktion ebenso das Mißfallen dieser Presse, wie er bisher ihren offenen oder stillen Beifall fand. Nur der Verdruß, daß die Socialdemokratie aus diesem Prozesse stolz hervorgeht und daß die Verderber der Socialdemokratie nicht den erhofften Erfolg erreichen, diktiert die jetzige Kritik der Königsberger Vorgänge.

Die bürgerlichen Zeitungen bekunden den erzwungenen Wandel ihrer „Überzeugung“ in der naiven Offenheit, die beweist, wie völlig das Empfinden dieser Schande verloren gegangen ist. Besonders kennzeichnend ist die Aeußerung der „Kölnischen Zeitung“. Man erinnere sich, wie vor einigen Monaten die nationalliberale Partei im Reichstage und im preussischen Abgeordnetenhaus dem Königsberger Verfahren wie allem Ruffendienst der Regierung zustimmte. Jetzt aber sagt das leitende Blatt der Partei:

„Nachdem die Auskunft des Auswärtigen Amtes das Nichtbestehen eines Gegenseitigkeitsvertrages mit Rußland festgestellt, das Vorhandensein dahin zielender gesetzlicher Bestimmungen in Rußland aber als nicht bekannt bezeichnet hat, führte der Reichshof den Beschluß, diesen letzten Punkt durch Anfrage bei der russischen Regierung ausklären zu lassen. Wenn auch das deutsche Auswärtige Amt die Anfrage des Königsberger Gerichts mit großer Raschheit, in weniger als 24 Stunden, beantwortete, so scheint doch keine Sicherheit dafür gegeben zu sein, daß auch die russische Regierung mit gleicher Schnelligkeit verfahren wird. Es könnte daher wohl eintreten, daß der Prozeß auf einem toten Punkt anlangt und unter Umständen vertagt werden muß. (Dabon sieht, wie mittlerweile bekannt wird, das Gericht ab. Med. d. Wort.) Wir würden ein solches Ergebnis tief beklagen; denn es liegt im allgemeinen Interesse, daß dieser Prozeß mit seinen recht unerfreulichen Begleiterscheinungen so schnell als möglich, so oder so zu Ende geführt werde. Heute schon kann man es sich leider nicht verkellen, daß die Auffichtsbehörde bei seiner Einleitung nicht mit der nötigen Umsicht und Vorsicht vorgegangen ist und sich über Gefahr auf die Mitteilungen des russischen Konsulats in Königsberg verlassen hat, die sich jetzt in wesentlichen Punkten, um einen höflichen Ausdruck zu gebrauchen, als irrtümlich herausstellen. Aber abgesehen von dieser mangelhaften Begründung der Anklage, ist auch bei den bisherigen Verhandlungen nichts anderes herausgekommen, als daß an der russisch-preussischen Grenze ein regel Schmutzhandel mit Schriftwerken getrieben wird, eine Thatsache, die auch vorher schon aller Welt bekannt war und zu deren Erklärung das Aufgebot eines großen Prozessverfahrens nicht nötig gewesen wäre. Noch zu einer ganzen Reihe Erwägungen giebt dieser Prozeß Anlaß. Wir möchten aber mit ihnen vorläufig zurückhalten, bis er durch einen Richterspruch zu Ende geführt sein wird. Alle beteiligten Faktoren sollten sich darüber klar werden, daß mit einer langen Verleumdung oder gar Verleugung des Prozesses nicht den staatlichen, sondern nur den socialdemokratischen Interessen gedient sein würde. Man sollte also auf Mittel und Wege sinnen, den Prozeß zu beschleunigen und eventuell Anlaß nehmen, den Stand der für den Prozeß ausschlaggebenden russischen gesetzlichen Bestimmungen nötigenfalls in anderer Art als durch russische Auskunft festzustellen.“

Die „Köln. Ztg.“, deren Partei diesen Prozeß halb hoffend, halb freudig gewährend lassend entgegen sah, hat nun keinen andern Wunsch, als daß er nur recht schnell beendet werde. Sie sieht jetzt „recht unerfreuliche Begleiterscheinungen“, den Mangel „an Vorsicht und Umsicht“ bei der Anklagebehörde. Und vor allem giebt sie zu — und dies ist festzuhalten — daß die „Geheimhändelei“ eine Lächerlichkeit ist, daß der Prozeß nichts anderes ergeben hat, als was alle Welt und alle Behörden längst wußten, daß ein reger Schriftschmutzhandel über die russische Grenze betrieben wird. Zu solcher Bestätigung bedurfte es nicht eines großen Prozessverfahrens. Also man endige das grausame Spiel — „so oder so“. Es scheint, als gedanke die „Köln. Ztg.“, trotz ihrer jetzigen Meinung über den Prozeß, auch eine Verurteilung für möglich und erträglich zu halten!

Verzeichnet sei heute noch eine Aeußerung des Centrums-Blattes „Märk. Volkstimme“:

„Der Verlauf der Verhandlungen im Königsberger Geheimbund- und Hochverratsprozeß läßt mit ziemlich großer Gewißheit vermuten, daß sich dieser unglückselige Prozeß zu einer Blamage für die in Frage kommenden Behörden und zu einem Triumph für die Socialdemokratie gestalten wird... Um gegen preussische Unterthanen strafrechtlich vorzugehen, muß man erst in Rußland, dem man damit eine Gefälligkeit erweisen will, anfragen, ob man dazu auch berechtigt sei! O du stolzes Deutsches Reich!“

Die Norddeutscher Handelsvertrags-Verhandlungen. Herr Witte ist wieder in Berlin angelangt, die „grundlegenden“ Verhandlungsversuche in Kopenhagen sind beendet, und bereits

wissen einige Blätter, die sich gerne den Anschein geben, als hätten sie besondere Beziehungen zum Auswärtigen Amt, allerlei Andeutungen über die Ergebnisse der Wilno-Witteschen Konferenzen zu machen. Allen voran natürlich das „Berliner Tageblatt“, das mit der Wiener der Eingeweihtheit verkündet: „Der deutsch-russische Handelsvertrag ist in seinen entscheidenden Punkten fertiggestellt. In allen wichtigen Fragen ist zwischen dem Reichskanzler Grafen Wilno und dem Präsidenten des russischen Ministerkomitees Herrn v. Witte eine Einigung erzielt worden.“

Alle derartigen Angaben beruhen auf bloßen Kombinationen. Sicher ist nur, daß, da die Konferenz nicht kurzweg abgebrochen worden ist, sondern von den beiderseitigen Kommissaren die Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden sollen, irgend eine Basis für diese gefunden worden sein muß; welcher Art aber die Verständigung ist, bleibt vorläufig das Geheimnis der Beteiligten, wenn auch manche Annahmen sehr nahe liegen, so z. B. daß die deutsche Regierung für die Zustimmung Rußlands zu den Getreide-Minimalzöllen weitgehende Konzessionen in Bezug auf die Veterinärmaßnahmen gegen Viehseuchen und in Betreff der Holzölle zugestanden haben dürfte. Wie es heißt, wird Herr v. Witte vorläufig noch in Berlin bleiben, wahrscheinlich um, nachdem die deutsche Regierung sich mit der Aufnahme einer russischen Anleihe in Deutschland einverstanden erklärt hat, hierüber mit den betreffenden Bankhäusern ein Abkommen zu treffen. Wir werden wohl in aller Kürze im „Börse-Courier“ und andern Blättern wieder die bekannten Notizen über die günstige finanzielle Lage, die Zuverlässigkeit Rußlands als Schuldner und die Unerlöschlichkeit seiner natürlichen Wasserquellen austauschen sehen, die jedesmal einer solchen Emission vorausgehen. Für die nötige Inspiration wird Herr von Wendelssohn-Bartholdy schon sorgen; er gebietet über die erforderlichen Stimulationsmittel.

Interessant ist, daß noch vor drei Tagen die Verhandlungen auf der Höhe standen und Herr v. Witte von Kopenhagen abzureisen gedachte; wie aber den „Münchener Neuesten Nachrichten“ aus Kopenhagen berichtet wird, traf plötzlich vom russischen Auswärtigen Amt eine Depesche ein, durch die Witte ermächtigt wurde, auf breiterer Grundlage mit Rußland weiter zu verhandeln und weitergehende Konzessionen an Deutschland zu machen. Im Augenblick sei es der entschiedene Wunsch des Zaren, daß Rußland in wirtschaftspolitischer Hinsicht zu einem vollständigen Einverständnis mit Deutschland gelange. Wo sollte auch wohl Rußland sonst einen „lieben Freund“ in seiner Bedrängnis finden, der so dienstbeflissen wäre wie der germanische Nachbar.

## Deutsches Reich.

### Agrarische Rentenquetschen.

Herr v. d. Leven, der jünger in der „Deutschen Tageszeitung“ einen Aufsatz gegen die Unfallrenten veröffentlichte, hat, so versichert das Bündlerorgan, in ihrem Leserkreise „viel Beachtung und lebhafteste Zustimmung“ gefunden. Um dieser christlichen Kundschafft gerecht zu werden, gleichzeitig aber die bürgerliche Wahlgenosse — man braucht sie so notwendig für's Volk! — nicht allzusehr zu schädigen, sieht sie sich gleichwohl zu allerhand Verkaufserläuterungen genötigt, um dann erst recht wieder zum Angriff überzugehen. Sie schreibt:

So schwer es dem Landwirte wird, zumal in den Zeiten des Notstandes und des Tiefstandes der Preise, so trägt er doch die mit einer gesunden sozialen Fürsorge notwendigerweise verbundenen Lasten willig und ruhig. Wir möchten einmal das Gehör hören, das sich erheben würde, wenn ein großstädtischer Kaufmann oder Couponhändler an sozialen Lasten im Verhältnis zu seinem Einkommen so viel zu tragen hätte wie der Landwirt! Worüber er sich beschwert und wogegen sich der Artikel wendet, ist die unbestreitbare Thatsache, daß oft Renten weiter gezahlt werden, zu deren fernerer Bewilligung kein ausreichender Anlaß mehr vorliegt. Ein weiterer Gegenstand berechtigter Klage ist die ebenso unbestreitbare Thatsache, daß das Unfallversicherungsgesetz die Arbeiter unvorsichtiger gemacht hat und daß dadurch die Rentenlast wesentlich vermehrt wird. Wir haben in der Zulassbemerkung, die wir dem Artikel anfügten, die Verechtigung der Klage im allgemeinen anerkannt, möchten aber von vornherein davor warnen, etwa auf eine baldige Reform des Gesetzes in der gewünschten Richtung zu hoffen. Diese Hoffnung würde trügerisch sein. Eine Abänderung des Gesetzes ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten und würde auch bei dem herrschenden Zuge der Zeit nicht so ausfallen, wie es in dem Artikel gewünscht wurde. Unseres Erachtens sollten die Landwirte zunächst ihr Bestreben darauf konzentrieren, daß die Berufsgenossenschaften die peinlichste Umsicht walten lassen. Die Berufsgenossenschaften sind zwar an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden, sie haben aber die Möglichkeit, die Befugnis und die Pflicht, innerhalb der gesetzlichen Schranken dafür zu sorgen, daß das Gesetz nicht mißbraucht werde. Beispielsweise haben sie jetzt schon die Möglichkeit, durch Prüfung von Zeit zu Zeit festzustellen, ob die Rente noch in dem vollen Umfange weiter oder überhaupt noch gewährt werden müsse.

Die „Thatsache“, daß oft Renten ohne ausreichenden Anlaß weiterbezahlt werden, ist nicht nur „unbestreitbar“, sondern unwahr. Die Aufforderung an die Berufsgenossenschaften, die einseitige Vertretungen der Arbeitgeber sind, das ganze System der Rentenquetsche sorgfältig durchzuführen, kann, wenn sie befolgt wird, nur zur Benachteiligung der Berechtigten und zu fortgesetzten Rechtsstreitigkeiten um das armeneliche bühnen Krüppelunterstützung führen. Geradezu toll und eine schwere Selbstanklage ist die Behauptung, daß das Unfallgesetz die Arbeiter unvorsichtiger gemacht habe. Hat der gesunde Arbeiter wirklich im Dienste der Landwirte so wenig zu erwarten, daß er für die Aussicht, zwei Thaler monatlich ausgezahlt zu erhalten, seine Knochen riskieren wollte? Und was bedeutet das herzzerrende Geföhne über den „herrschenden Zug der Zeit“ anders denn das Eingeständnis, daß sich kein Reichstag des allgemeinen Wahlrechts an die Erfüllung der agrarischen Wünsche wagen dürfte. Erst wenn „Arminius“ Recht bekommt, den die „Deutsche Tageszeitung“ so angelegentlich empfiehlt, und der socialdemokratische „Mißbrauch“, Arbeiterinteressen zu schützen und zu vertreten, beseitigt, wenn das socialpolitische Maßenspiel zu Ende ist, dann, ja dann wird es an der Zeit sein, von Gesetzes wegen über die Krüppel herzufallen, die sich im Herrendienst lahm geben und haben, und die Knochen, die man ihnen vormem hinwarf, künftig lieber nach der Spodiumfabrik zu tragen. So will es christliche Sitte und deutsche Art!

### Schönstedt ab?

Es verlautet, der Minister der preussischen Justiz gedente im Herbst dieses Jahres aus dem Amte zu scheiden; das hohe Alter und die mehr als 50jährige Dienstzeit würden diesen Entschluß genügend erklärlich machen.

Wir zweifeln an der Richtigkeit. Denn wenn auch alle Gesegentwürfe, die Herr Schönstedt in seiner langen ministeriellen Thätigkeit verrietet hat, scheiterten, so wird er deunoch nicht inmitten der Zentraldruck-Plamage und des Königsberger Zusammenbruchs Abschied nehmen. So jämmerlich will selbst der in Niederlagen Abgehärtete nicht scheiden.

Flottendemonstration und Nationalsozialismus. Die Berliner Zeitung meint, unfrem Partei-Organ, der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ sei die rechte Marine-Erleuchtung gekommen, weil es in einer Besprechung der russischen See-Übergriffe sich zwar gegen die weltpolitische Phantasterei der „Kölnischen Zeitung“ wendet, es solle in Zukunft jedem deutschen Vojadampfer ein Kreuzer mitgegeben werden, weil es dann aber sagt:

England und Deutschland brauchen nur dem Russen eine Flottendemonstration zu machen, wie sie sich Venezuela gegenüber leisteten. Natürlich sind mehr Schiffe zu verwenden... Hier wäre ausnahmsweise Gelegenheit, unfrem nutzlosen marinitischen Rikardenervergundung eine ganz keine nützliche Seite abzugewinnen.

Die „Berliner Zeitung“ ist beglückt, daß das socialdemokratische Organ wenigstens eine „ganz keine nützliche Seite“ den Marinevergundungen abgewinnt. Zwar ist es in der jetzigen Situation ebenso überflüssig, an Flottendemonstrationen vor Kronstadt wie, mit der „Nieler Zeitung“, an Kreuzerentfendungen zu denken. Aber der flottenvermehrungssehrige Nationalsozialismus zeigt sich hervorragend bescheiden, wenn er aus einer Bemerkung unfrem Parteiblattes Freude trinkt, die gegen Flottenvermehrungen spricht. Flottenforderungen haben bekanntlich auch vom engsten Augenblicksgefahrpunkt nur Sinn, wenn England als der Feind gilt; mit England könnte Deutschland viele von den Nationalsozialen bewilligte Kriegsschiffe entbehren.

Die Jahresbilanz des Räder-Kurses in Nordschleswig wurde auf den Generalkonferenzen der dänischen Vereine, die am Sonntag und Montag in Sonderburg auf der Insel Alsen stattfanden, gezogen. Der dänische Sprachverein hat im verflochtenen Jahr um ca. 100 Mitglieder zugenommen; er zählt jetzt 2025 Mitglieder und hat im Laufe des Jahres 11 500 Bücher in Nordschleswig verteilt. Der dänische Schulverein hat seinen Bestand von 3750 Mitgliedern trotz der beständigen Verfolgungen ausreicht erhalten. Ca. 300 Mitglieder sind im Laufe des Jahres gezwungen worden, ihren Austritt anzumelden, aber ebensoviele neue Kämpfer sind an deren Stelle getreten. Der Verein hat 220 Schüler auf dänische Schulen geschickt. Der dänische Wählerverein gewann im Jahre 1903 über 100 Mitglieder und zählt jetzt deren 3200, die höchste Zahl, die seit 16 Jahren erreicht worden ist. Man sieht, unter Rädern „Geist“ geblüht die Dänenpartei fast noch besser, als unter Matthias selber.

Wegen Mißhandlung Untergebener hatten sich am Donnerstag der Sergeant Winter und der Unteroffizier Frauböse von der achten Compagnie des 4. Garde-Regiments z. F. vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division zu verantworten. Der Sergeant Winter war beschuldigt, den Grenadier Meier mit einem Schiffsstund ins Gefängnis zu haben, infolgedessen dem Mißhandelten das Blut aus Mund und Nase quoll. Dieser Vorfall hat sich zwar schon vor anderthalb Jahren ereignet, ist jedoch erst jetzt zur Kenntnis der vorgesetzten Behörde gelangt. Der Unteroffizier Frauböse, der durch den Vorfall in der Instruktionsschule unachtsam war, vom Saemel, so daß V. gegen ein Spind fiel und blutende Verletzungen am Kopf erlitt. Den Grenadier Meier schlug der Unteroffizier fünfmal vor die Brust und versetzte ihm Ohrfeigen. Den Grenadier Meier sagte J. am Stragen und warf ihn die Treppe hinunter, wobei sich der Mißhandelte Verletzungen am Arm zuzog. Die ganzen Vorfälle wurden erst bekannt im Verlaufe eines Standgerichts gegen den Grenadier Meier. Sergeant W. wollte sich auf nichts entziehen können, gab aber schließlich den bestimmten Befehlen der Zeugen gegenüber die Möglichkeit zu, die oben erwähnten Mißhandlungen verübt zu haben. Auch der Unteroffizier Frauböse wurde durch Zeugenaussagen der Mißhandlung in sieben Fällen überführt und zu vierzehn Tagen mittleren Arrest verurteilt. W., welcher wegen Mißhandlung eines Untergebenen bereits einmal vorbestraft ist, erhielt zehn Tage mittleren Arrest.

### Ein heiter' Lied!

Der Russenkonsul säßte nicht,  
Hat sich auch nicht geirrt,  
Er hat, so sagt der Staatsanwalt,  
Ganz einfach suppeditiert.  
Halli, hallo,  
Das nennt man so:  
Supp—edi—bidi—tiert!

Der Russenjar brach keinen Eid,  
Wer so was sagen wird!  
Er hat in Finnland nur das Recht  
Ein bißchen suppeditiert.  
Halli, hallo,  
Das nennt man so:  
Supp—edi—bidi—tiert!

Und nirgendwo hat überhaupt  
Ein Unrecht existiert,  
Und alles, was wir leiden jetzt,  
Ist nur suppeditiert.  
Halli, hallo,  
Das nennt man so:  
Supp—edi—bidi—tiert!

Doch einmal, wenn so manches Wort  
All seinen Glanz verliert,  
Dann, an dem ersten Tage hat  
Sich's aufsuppeditiert!  
Halli, hallo,  
Das war mal so:  
Supp—edi—bidi—tiert!

F. L.

## Husland.

### Frankreich.

Paris, 21. Juli. Der Sachverständige Legrand, der von dem die Untersuchung führenden Offizier Cassel in der Affaire d'Autriche mit der Prüfung der Durchführung des militärischen Nachrichtenbureaus betraut ist, hat an Cassel das Erfuchen gerichtet, dieser heißen Aufgabe entbunden zu werden, weil Mitteilungen über die Radierungen vorzeitig von einem Blatte veröffentlicht worden seien und er sich gegen die Unterstellung schümen müsse, daß er an dieser Indiskretion irgendwie beteiligt sei. Er lehne daher die wichtige und streng vertrauliche Prüfung der Durchführung des Nachrichtenbureaus ab.

Die „Humanité“ will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, die Frage, wer die unter d'Autriche eingetragenen 25 000 Frank erhalten habe, interessiere die Strafkammer des Kassationshofes nur noch sehr wenig. Der Beweis, daß die Zeugenaussagen Gernuschts falsche gewesen seien, sei bereits erbracht worden.

### Sum Vatikanstreit.

Paris, 21. Juli. Der Präfect von Mayenne hat dem Bischof von Laval, Geay, ein Telegramm des Ministerpräsidenten, der zugleich Kultusminister ist, übermittelt, worin es heißt, der Rücktritt Geays würde die Regierung in eine falsche Lage bringen. Der Bischof würde dadurch seine Schuld eingestehen und jedes Recht auf das Wohlwollen des Staates verlustig gehen. Der Bischof von Laval scheint trotz des Briefes, in dem mehrere Erzbischöfe in ihn dringen, nach Rom zu gehen, entsprechend der Weisung des Ministers seine Diöcese nicht verlassen zu wollen. Aus Laval wird berichtet, daß der 24jährige Jesuit Vater Trebel in einem Brief den Papst unter Hinweis auf die Gallosität der gegen Geay erhobenen Beschuldigungen gebeten habe, die gegen den Bischof getroffenen Maßnahmen zurückzuziehen, da diese den religiösen Frieden des Departements Mayenne und ganz Frankreichs in unheilvoller Weise bedrohen.

### England.

Ein Erfolg Chamberlains. Die auf Anregung Chamberlains Ende vorigen Jahres zusammengetretene, nicht offizielle, aus Vertretern des Handels und der Industrie zusammengesetzte Kommission, welche sich mit Vorarbeiten für etwaige zweckmäßige Änderungen des Zolltarifs befaßte, hat jetzt ihren ersten Bericht erscheinen lassen, der sich mit der Eisen- und Stahl-Industrie beschäftigt. Die Kommission schlägt 1. einen allgemeinen Tarif mit niedrigen Zöllen für dasjenige Ausland vor, welches britische Waren zu billigen Bedingungen zuläßt; 2. einen Vorzugstarif, welcher niedriger ist



als der allgemeine Tarif, für diejenigen Kolonien, welche Großbritannien einen angemessenen Vorzug gewähren und 3. einen Maximaltarif mit verhältnismäßig höheren Zöllen für solche Länder, welche britische Waren durch Tarife ausschließen, die Prohibitivzölle gleichkommen. Doch soll hierbei die Möglichkeit gegeben werden, die Zölle auf dem Wege von Verhandlungen auf die Stufe des allgemeinen Tarifs herabzusetzen. —

## Rußland.

### Eine socialdemokratische Demonstration.

**Warschau, 15. Juli.** (Fig. Ber.) Freitag, den 8. d. Mis., hat in Warschau wieder eine socialdemokratische Demonstration stattgefunden, deren Verlauf diesmal ein ganz friedlicher war. Es war dies ein demonstratives Begräbnis eines verstorbenen Genossen, dessen tragische Lebens- und Leidensgeschichte für die Schicksale des revolutionären Agitators in Wärschens Reich charakteristisch ist. Der Dahingegangene, Jan Schmidt, deutscher Herkunft und evangelisch, aber ganz polonisiert, Wagenbauer von Beruf, war schon frühzeitig der Agitation beigetreten und in den Jahren 1899—1901 gehörte er zu den thätigeren Mitgliedern der Socialdemokratie. Am 14. Januar 1901 wurde er verhaftet, als Teilnehmer an der socialdemokratischen Demonstration auf dem Begräbnis des Genossen Andrzejewski. Man hielt ihn darauf neun Monate lang in Untersuchungshaft in dem schrecklichen Pawial-Gefängnis. Ohnehin körperlich angegriffen, wie so viele der thätigen Proletarier, wurde er durch die Pein des Gefängnisses so ruiniert, daß, als die Gen darmen ihr Opfer losließen, er sich sofort im Spital hinlegen mußte, wo er auch zwei Jahre lang lag — bis zum Tode. Eine kurze Zeit agitatorischer Thätigkeit zur Aufklärung der Massen genossen bezahlte mit neun Monaten Gefängnisqualen, gänzlicher Zerrüttung der Gesundheit und einem frühzeitigen Tode! . . .

Dem verstorbenen Märtyrer der Idee gaben die socialdemokratischen Arbeiter Warschens — trotz dem Verbot — ein zahlreiches Geleit. Gleich hinter dem Grab setzte sich ein Zug von etwa 500 Arbeitern in Bewegung, denen sich unterwegs in den Arbeitervierteln immer neue Genossen in dichten Scharen hinzugesellten, so daß vor dem Friedhofe eine mächtige Menge angeammelt war. Auf dem Wege lag ein Kranz, auf dessen Schleiße die Aufschrift prangte: „Von den Genossen“. Der Leidenzug schritt durch die Straßen: Krakauer Vorstadt, Krakowka, Zabia, Elektornahna zum evangelischen Friedhof. Auf dem ganzen Wege wurden revolutionäre Lieder gesungen.

Der ungehörte Verlauf der eindrucksvollen feierlichen Demonstration läßt sich dadurch erklären, daß die Polizei etwas zu spät und auch ungenau informiert war, so daß sie den „rebellischen“ Zug mit seinem Geleit erst in falscher Gegend suchte und auf dem Friedhof anlangte, als die Menge bereits auseinanderging. —

## Asien.

### Von der Tibet-Expedition

wird dem „Reuterschen Bureau“ gemeldet, daß die englischen Truppen den Haro-la-Pas überschritten haben, wobei sie nur schwachen Widerstand fanden. Die Truppen haben jetzt 92 Meilen von Lhasa entfernt ihr Lager aufgeschlagen. Die englischen Verluste sind unbedeutend.

## Königsberger Geheimbunds- und Hochverrats-Prozess.

Königsberg, 21. Juli.

### Neunter Verhandlungstag.

Die Sitzung wird kurz nach 9 Uhr eröffnet. Sachverständiger Professor Dr. Kost gibt eine Uebersicht über die Beteiligung der bei Burzess während erwähnten Persönlichkeiten an den Attentaten. Seine Kenntnis schöpft er neben dem, was er aus eigener Kenntnis weiß von einem Aufenthalt in Rußland zur Zeit der Ermordung Alexanders II., aus dem zweiten Teil von Burzess Schrift „In hundert Jahren“.

Bert. Liebknecht verlangt und setzt durch, daß er auch die Gründe der Attentate

angeht. Stepienka (Krawtschinski) hat 1878 den Gendarmen Oberst Mesgulzew ermordet; Kost ist unbekannt. Der Kiewer Student Palmaschew hat am 2. April 1902 den Minister des Innern Sijjagin ermordet. Scheljabow ist direkt an einer Reihe von Attentatsversuchen gegen Alexander II. und indirekt an seiner Ermordung beteiligt. Chalturin, ein Genosse Scheljabows, war Hauptbeteiligter bei der Explosion im Winterpalais am 6. Februar 1880, ermordete am 18. März 1882 einen Prokurator. Die Perowskaja war an vielen Attentaten gegen Alexander II. beteiligt. Grinewitsch war einer der Teilnehmer am dem erfolgreichen Bombenattentat vom 1. März 1884 gegen Alexander II. Karpowitsch tötete im Jahre 1901 den Minister für Volksaufklärung Wogeljew wegen des Erlasses über die Einreihung der Studenten als Gemeine ins Heer. Lagowski machte am 8. März 1901 einen Mordversuch gegen den Prokurator des heiligen Synods Bobjedonoszew, ebenso Hirsch Ledert gegen den Gouverneur von Wilna, von Wahi, wegen des Ausscheidens der Bauern.

Zeuge Buchholz ergänzt diese Aussage: Der Beginn der terroristischen Akte nach einer Zeit, in der selbst literarisch diese Idee nicht verfochten wurde, war der Schuß der Wera Saffulitsch. Nach einer friedlichen socialistischen Propaganda hatte der Monstreprozeß der 109 in Petersburg stattgefunden. Der Stadthauptmann hatte einen Angestellten wegen Verweigerung des Grusses durchpeitschen lassen, ein damals noch unerhörtes Akt. Sofort waren verschiedene Personen aus allen Gegenden Rußlands nach Petersburg gereist, um ihn zu strafen. Ihnen allen aber kam Wera Saffulitsch, ein etwa zwanzigjähriges Mädchen, zuvor, und das Schwurgericht — damals wurden politische Prozesse noch öffentlich verhandelt — sprach sie frei. Sie ging dann ins Ausland und entwickelte sich dort zur Socialdemokratin. Es folgte unmittelbar die Ermordung des Gendarmen Obersten Mesgulzew durch Krawtschinski, der sich später als litterarischer Schriftsteller unter dem Namen Stepienka einen bedeutenden Namen gemacht hat. Mesgulzew war als Leiter der gesamten russischen Gendarmerie für jede Ausschreitung verantwortlich gemacht worden. Nach der Ermordung Alexanders II. folgten wieder lange Jahre der Stille, in denen wiederum der Terror auch auf dem Papier keinen Vertreter fand. Beendet wurde diese Stille durch das Attentat des Karpowitsch, den ich von seiner Berliner Studienzeit her noch persönlich kenne. In Petersburg hatten anlässlich der offiziellen Jahresfeier der Universität Demonstrationen aus rein akademischen Gründen gegen den mißliebigen Rektor stattgefunden. Sofort überfielen die Kosaken — ein jeder Kosak hat eine Peitsche — die nach Hause gehenden Studenten und mißhandelten sie furchtbar. Die Studenten wehrten sich durch einen großen Streik. Die Regierung ordnete eine Untersuchung an, und der Gehilfe im Kultusministerium Wannowski sowie der Finanzminister Witte erlitten ihren Bericht dahin, daß große Taktlosigkeiten der Behörden vorlägen. Statt dessen aber für die Zukunft vorzubeugen, wurde ein Erlass herausgegeben, wonach demonstrierende Studenten so lange ins Heer eingereiht werden sollten, bis sie sich nach dem Bericht ihrer Vorgesetzten gebessert hätten. Die Studenten hielten die Anwendung dieser Bestimmung für unmöglich. Als aber wiederum aus rein akademischen Gründen in Kiew Demonstrationen der Studenten stattfanden, wurden sie in großen Mengen zu gemeinen Soldaten gemacht. Wieder antworteten die Studenten mit einem Streik, aber diesmal gingen sie schon auf die Straße. Die Demonstrationsbewegung erreichte ihren Höhepunkt, als sich die allerdings nicht wahre Nachricht ver-

breitete, es seien einige Studenten-Soldaten wegen Meuterei erschossen worden. Sofort reiste Karpowitsch nach Petersburg und ermordete den Minister Wogeljew.

Wogeljows Nachfolger wurde Wannowski, von seinem freilichen Gutachten her und wegen der nun sofort erfolgenden Aufhebung des Erlasses sehr beliebt. Nach der Ansprache, mit der ihn der Kaiser in sein Amt einführte, nannte man seine Periode die „der guten Hoffnung und der herzlichsten Eintracht“. Aber seine erste That war die rigorose Anwendung der Bestimmungen gegen studierende Juden. Die enttäuschten Studenten

vereinigten sich jetzt mit den Arbeitern

zu großen, gemeinsamen Straßendemonstrationen. Nun griff die Regierung zu Durchpeitschungen und Sijjagin wies für Wiederholungen das Militär an, zu schießen. Zugleich verbot er jede private Hilfsaktion, trotz der damaligen fürchterlichen Hungersnot auf dem Lande. Die Folge war das Attentat des Kiewer Studenten Palmaschew, dem Sijjagin erlag. Schon vorher hatte übrigens Lagowski einen Mordversuch auf den Oberprokurator des heiligen Synods, Bobjedonoszew, unternommen. Dieser Minister für geistliche Angelegenheiten galt für die Hauptsäule des reaktionären Systems. Ihm wurde als Erzgieher und Berater Alexanders III. zur Last gelegt, daß er die von der Inkrassierung der von seinem Vater ausgearbeiteten ständischen Verfassung (Parlament mit beratender Stimme) abgehalten habe. Dieser Mordanschlag beweist übrigens deutlich, daß nicht Schriften, sondern Beispiele zu terroristischen Handlungen veranlassen. Schließlich das Attentat Hirsch Lederts. Am 1. Mai 1902 fanden in Wilna Demonstrationen statt, jedoch in kleinem Umfange, so daß die Teilnehmer verhaftet werden konnten. Am Abend wurden im Stadttheater Zettel von der Galerie hinunter geworfen mit der Aufschrift: „Dem Absolutismus! Sonst ist es üblich, daß ein Teil der Demonstranten freigelassen, ein anderer nach Sibirien verschickt wird. Diesmal aber kam der Gouverneur v. Wahi selbst ins Gefängnis, ließ die Gefangenen verarmeln und sagte: Für Euch habe ich etwas ganz besonderes. Dann mußten sich alle Gefangenen, auch die, die sich nur durch Zufall auf der Straße befanden und an dem Manifestzuge gar nicht teilgenommen hatten,

entkleiden und erhielten jeder 30 Knutenhiebe.

Burde einer etwa nach den ersten zehn Schlägen ohnmächtig, so wurde mit dem Weiter schlagen gewartet, bis er wieder zu sich kam. Selbst die Gefängniswärter konnten es vor dem herzerweichenden Geschehen nicht mehr aushalten. Wahi aber sagte nur: „Nun, ich gratuliere zum 1. Mai.“

Verteidiger Dr. Liebknecht: Ich bitte doch, den erwähnten Brief des Karpowitsch vorzulesen, er soll ein ergreifendes Dokument für den Seelenzustand der Studenten sein.

Vorsitzender: Ich glaube doch, das würde zu weit führen.

Verteidiger Dr. Liebknecht: Könnte uns der Zeuge zur Erläuterung des Seelenzustandes Burzess nicht die Thatsachen mitteilen, die dieser selbst in seinem Londoner Prozeß geltend gemacht hat?

Zeuge Buchholz: In der Verteidigungsrede, die Lord Colridge für Burzess hielt, führte er dessen Seelenzustand auf den tiefen Eindruck zurück, den der Fall der Frau Sigida auf ihn gemacht hat, der sich im sibirischen Kara-Zuchthaus Ende der 80er Jahre ereignete, zur Zeit, als Burzess in Sibirien war. Um den unerträglichen Qualen des Zuchthaus und der Zwangsarbeit zu entgehen, schlug eine junge etwa zwanzigjährige Frau dem Direktor ins Gesicht, ein Vergehen, das als Insubordination mit dem Tode bestraft zu werden pflegt. In diesem Falle aber beurteilte sie der Leiter des Zuchthaus

zu hundert Peitschenhieben.

Zwei Tage nach der Vollstreckung der Strafe war die Frau tot. Die Gefangenen, wahnsinnig vor Wut und Schmerz, protestierten durch Hungerstreik und Selbstmordversuche.

Sie hatten sich aber nur schwaches Gift verschaffen können, und so versuchten manche dreimal, sich zu töten. Ergreifend schildert Deutsch die Scene des Abschiedes vom Leben und den Freunden.

Drei Männer und zwei Frauen fanden den ersehnten Tod.

Noch ein Wort zu dem schon erwähnten Attentat Katschurs auf den Fürsten Obolenski, den jetzigen Generalgouverneur von Finnland. Als der Fürst

in einem friedlichen Dorfe alle Bauern ohne Ausnahme durchpeitschen ließ,

sagte er zu den Heulern: Nun seid Ihr mit den Männern fertig, jetzt macht Euch an die Frauen! Daraus vergewaltigten die Kosaken die Frauen und mißhandelten sie. Auf diesen Vorgang gründet sich das Attentat Katschurs.

Vorsitzender: Zeuge Buchholz, beschwören Sie alle diese Aussagen?

Zeuge Buchholz: Ja wohl!

Vorsitzender: Ich bitte mir nun die Stellen zu nennen, die noch aus Burzess historischen Schriften überseht werden sollen. (Pause.) Herr Dr. Liebknecht, ich unterhandle mit Ihnen, und Sie unterhalten sich mit den andern Verteidigern! Ein derartiges Verfahren ist mir noch nicht vorgekommen.

Bert. Dr. Liebknecht: Herr Präsident, ich habe Ihre Frage überhört; eine andere Deutung ist doch wohl nicht möglich. Vors.: Also, ich wiederhole meine Frage.

Bert. Dr. Liebknecht: Vielleicht könnten wir beim

„Karobowoley“ fortfahren. Vors.: Ich glaube, (sehr erregt) ich habe die Anordnungen zu treffen, wie die Beweisaufnahme erfolgen soll. Ich ersuche Sie, mir jetzt die Stellen aus Burzess historischen Schriften zu benennen.

Bert. Dr. Liebknecht: Diese Stellen habe ich bereits gestern dem Sachverständigen Dr. Kost mitgeteilt.

Sachverständiger Dr. Kost überseht die bezeichneten Stellen. Da sagt u. a. Burzess: „Wir werden erst dann eine völlige Beendigung des terroristischen Kampfes aussprechen können, wenn die Regierung aufrecht von ihrer jetzigen Räuberpolitik abgehen will. Wir sind für den Terror, nicht, weil er uns gefällt, sondern weil es in der jetzigen Zeit kein andres Kampfmittel giebt, welches ohne Hilfe des Terrors die Regierung zu Zugeständnissen zwingen könnte. Wenn in Rußland eine Politik möglich sein wird, die von keinem Bobjedonoszew mehr abhängig ist — wenn es auch nur eine solche wäre, wie sie unter Boris Weikoff begommen hat infolge des Druckes der Revolutionäre — und wenn offen erklärt wird, daß unter genügenden Garantien die Wera einer freien Entwicklung beginnen soll, werden wir den gleichen Standpunkt wie Stepienka, die Ergreifung friedlicher Bedingungen, gutheißen und werden ebenso gegen den Terror sein, wie wir jetzt in freien Ländern gegen ihn sind. Auch wir haben nicht immer mit Bomben gearbeitet. Wir hatten auch eine roffe Jugend — tragisch, daß sie vergangen ist. Aber es ist nicht unsere Schuld!“

Ähnliches führt Burzess in einer Schrift aus: „Warum man den Terror ausübt, aber nicht davon spricht.“ — Bert. Liebknecht läßt nun zwei Proklamationen des revolutionären Exekutivkomitees verlesen. Die eine ist ein Brief an Alexander III. Es wird darin auseinandergesetzt, wie Alexander II. Schuldige und Unschuldige eingeperrt, durchgepeitscht und gehängt habe, und wie trotzdem die revolutionäre Bewegung nicht erloschen sei, sondern ihn zu Fall gebracht habe. Jetzt unterwerfe der Zarismus das Volk wieder der Leibeigenschaft, begünstige die Spekulationen und Wucherer und

quäle das Volk. Diesem bleibt kein anderer Weg, als entweder die Revolution mit all ihrem schrecklichen Elend, oder ernste und ehrliche Reformen im Staats- und Wirtschaftsleben. Zum Schluß kommt eine Bitte an das Schicksal: Es möchten Verstand und Gewissen dem Jaren den Entschluß zuführen, der sich einzig allein mit dem Geiste Rußlands und seiner Bürger vertritt. Durchdrungen von der idealen Gerechtigkeit und Menschlichkeit hätten sich die Handlungen der Partei so lange in den in ganz Westeuropa erlaubten Grenzen bewegt, bis man rohe Uebersälle der Regierungsagenten habe abweisen müssen. Vor die Wahl gestellt, moralisch oder physisch zu Grunde zu gehen, wird das Volk das Leben der Sklaverei vorziehen.“

Den Schluß bildet eine Proklamation des Exekutivkomitees an das amerikanische Volk

aus Anlaß der Ermordung des amerikanischen Präsidenten Garfield.

Sie lautet:

„Indem wir dem amerikanischen Volke unser tiefstes Mitgefühl ausdrücken aus Anlaß der Ermordung des Präsidenten James Abraham Garfield, hält das Exekutivkomitee es im Namen der russischen Revolutionäre für seine Pflicht, Protest auszusprechen gegen diese Gewaltthat und ähnliche Thaten von Mördern in Ländern, wo die Freiheit der Person jedem die Möglichkeit zu wirken giebt, wo nicht nur die Freiheit des Volkes durch Gesetze bestimmt ist, sondern auch die Persönlichkeit von den Regierungen geachtet wird. In einem solchen Lande ist der politische Mord als Kampfmittel eine Erscheinung desselben despotischen Geistes, dessen Beseitigung in Rußland wie alle als unsere Aufgabe hinstellen. Der Despotismus der Person und der Partei ist gleich verurteilenswert, und Gewalt läßt sich nur rechtfertigen gegen Gewalt.“

Bert. Dr. Liebknecht läßt sich von Zeugen Buchholz noch bestätigen, daß Tschatowitsch die Vereinfachung Burzess dadurch charakterisiert habe, daß er seine Schrift einen „Terrorismus ohne Terror“ nannte.

Dann wird in der Verlesung der Schriften fortgefahren bei Nummer 4 des Burzesschen „Karobowoley“, die in etwa 600 Exemplaren bei Klein, in 2 Exemplaren bei Rowagroski gefunden worden ist.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die Schriften als bei sich gefunden anerkenne, antwortet Rowagroski: Ich weiß wohl, daß es zwei kleine Hefte waren, die einen roten Umschlag hatten. (Seitens.)

In dieser Nummer 4 wird zunächst auseinandergesetzt, daß der Zarismus und der Jar die schlimmsten Feinde der Bewegung seien. Der Jar wird „Beträger“ und „Gauner“ genannt. Es heißt dann weiter: Auf Deine Achtung lege ich keinen Wert, Du gemeiner Kerl. — Dann sagt der Text weiter: „Nikolaus II. ist der böseartigste Blinderer des Volkes, der erste Wucherer und Wutbürger in Rußland. Er ist der bedeutendste Ländereibesitzer, Fabrikbesitzer und Kapitalist. Wie die ganze übrige Meute, die um ihn sich drängt und an ihm Unterstützung findet, ist er eine Drohne, die zu keiner nützlichen Arbeit fähig ist, und lebt wie ein Blutegel, der das Volk blutsaugt.“ . . . „Wenn Nikolaus II. auch ein Epileptiker ist, so ist er es doch nicht in dem Maße, daß er für seine Handlungen nicht verantwortlich sein sollte. Das Kultur hat er nicht erlernt, aber er ist zur Genüge wissend und denkfähig, um den innersten Kern der zeitgenössischen Ereignisse begreifen zu können. Wir müssen liberal in Rußland die Anschauung populär machen, daß Nikolaus II. bewußtermaßen die Hauptschuld an allen heutigen Unglücksfällen und dem Elend in Rußland trägt. Nikolaus II. hält sich nur durch die Censur, die Gefängnisse, die Kutten, die Gendarmen, die Verhaftungen und den Galgen. Kaum hatte er den Thron bestiegen, als er Arbeiterblut kostete. Das war nach seinem Sinn, und seit jener Zeit fließt das Blut russischer Arbeiter und Bauern ohne Aufhören von Jahr zu Jahr.“ — Dann wird fortgefahren mit dem Studentenleide: „Bisher schleppte man nur die toten Jaren in die Peter Pauls-Kirche, bald wird man die lebenden dahin bringen.“ — Als Hauptaufgabe des Kampfes wird „der Jarenmord, der systematische Jarenmord, eine ganze Reihe von Jarenmorden“ bezeichnet.

Ein Artikel: „Bravo, Serben, bravo!“ feiert die Ermordung des serbischen Königs. Jeder Stoß sei gut, um den Hund zu schlagen. Es sei eine gute Idee, den Palast zu überfallen und den Jaren festzunehmen. — Wegen dieser Nummer ist Burzess aus der Schweiz ausgewiesen worden. — Dagegen wendet sich eine Kotize des „Russischen Revolutionär“, die diese Ausweisung aus der freien Schweiz bedauert, da Burzess ein trefflicher Historiker sei und von der russischen Polizei schwer verfolgt werde. — Den Schluß der Burzesschen Proklamation bildet ein Flugblatt, das zerstreut in einzelnen Exemplaren man wohl nicht mehr bei wem gefunden worden ist. Es ist gerichtet an die Gefinnungsfreunde von der Gruppe der „Vollbeglückter“ und lautet:

„Am 3. Mai wurde in Petersburg mit Wissen und auf Befehl Nikolas II. Palmaschew gehängt. Als Nikolas II. den Thron bestieg, gelobte er, den Fußtapfen seines Vaters Alexanders III. des Heilers, getreulich zu folgen und er wurde seinerseits — und konnte es auch nicht anders — zum Heiler. In Rußland kann es keinen Jaren geben, der nicht Heiler ist. Ohne Galgen, Gefängnis, Kutten, Peitschen, Censur kann der Zarismus in Rußland nicht mehr existieren. Nikolaus II. hat eine Anzahl blutiger Verbrechen auf dem Gewissen. Während seiner Regierung floß das Blut der Bauern, Arbeiter und Revolutionäre grenzenlos. Das ist in vollem Sinne des Wortes eine blutige Regierung. Rußlands Geschichtsschreiber werden später einmal des Namens Nikolas II. und seiner Helfershelfer mit Verwünschungen gedenken. Man peitschte mit Kutten, Knuten und Stöcken zu Tode, man schoß auf unbewaffnete Scharen von Arbeitern und Bauern, man mordete in den Gefängnissen und in Postlerkammern. Eine ganze Meute von Richtwürgen in der Art von Leuten wie Blichow, Wahi, Sijjagin, Obolenski und Keller verhöhten das russische Volk. Das Volk starb vor Hunger, wie niemals zuvor. Auch für die Zukunft hat Rußland, so lange der Zarismus existieren wird, von der Selbstherrlichkeit nichts anderes zu erwarten als Knute, Galgen, Censur und Kutten.“

Es wird dann weiter entwickelt, daß die Reaktion nie so frech hätte triumphieren können, wenn nicht die Revolutionäre schwere taktische Fehler begangen hätten. Nur die Agitation könnte die Regierung beunruhigen, der Terror allein sie schrecken. „So würde die Regierung von Tag zu Tag immer frecher.“ Die gemeine unmensliche Reaktion hat schließlich Leute wie Sijjagin, Obolenski und Nikolas II. hervorgebracht. Deshalb müssen wir jetzt in der Partei die starken revolutionären Kräfte sammeln, um in kürzester Zeit mit dem Zarismus aufzuräumen. Das alte Banner der Volksfreiheit müsse wieder erhoben werden. Mit scharfer Polemik gegen die orthodox-marristische Scholastik, lebhafter Verherrlichung der heldenhaften Revolutionäre und weiteren scharfen Angriffen gegen den Zarismus schließt der Aufsatz mit den Worten: „Tod Nikolas II.! Tod allen scheußlichen Subjekten! Es lebe die Freiheit!“

Bert. Dr. Liebknecht: Der Schluß eines andren Aufsatzes sagt aber klar: „Bei den gegebenen politischen Bedingungen unsrer Heimat muß die Parole lauten: „Vorwärts! Los! Alles andre wird sich finden.“

Die vorletzte in der Anklageschrift citierte Schrift heißt

„Die Gewaltthat gegen die Juden.“

Darin wird u. a. gesagt: „Wer denn anders als die Regierung trägt die Schuld an den Gewaltthaten gegen die Juden? Wen anders als Nikolaus II. sollen wir für den Urheber der schrecklichen Missethaten halten? Er ist nicht der einzige Mörder, aber er steht in der ersten Reihe der Mörder der unglücklichen Hebräer.“

Bert. Dr. Liebknecht bittet, aus einer Denkschrift, die das jüdische Exekutivkomitee in Kishinew der Regierung übersandt habe, einiges Material vortragen zu dürfen, um zu beweisen, daß die russische Regierung an den Kishinewer Missethaten mindestens mitschuldig ist.

Nach dieser Denkschrift teilt Sachverständiger Dr. Wallod mit, daß angefehene Zeitungen, wie die „Frankfurter Zeitung“, die „Wiener Zeit“, die „Times“, sich im gleichen Sinne ausgesprochen hätten.



In Bessarabien sei von jeher in der Bevölkerung alles ruhig gewesen, ein Haß gegen die Juden habe nicht bestanden. Gerade in Bessarabien sei das Land so fruchtbar und die Bevölkerung so wohlhabend, daß alle Gesellschaftsklassen gut nebeneinander hätten bestehen können; von einer Ausbeutung durch die Juden sei überhaupt keine Rede. Es sei in Bessarabien auch völlig das Element der „Parasiten“, das sonst besonders in den Hafenstädten die Ursache der Juden in erster Reihe mache. Da plötzlich, etwa fünf Jahre vor dem großen Judenmorden, sei der „Bessaraber“ von Kruschewan begründet worden, dessen skandalöse Demagogie mit schimmernden Mitteln und heftigeren Ausdrücken gearbeitet habe, als in Deutschland etwa

#### Graf Rüdiger.

Trotzdem im „Bessaraber“ täglich Nebenarien wie: „Tod allen Juden! Alle Juden müssen erwischt werden!“ gestanden haben, sei die Censur nicht eingeschritten, und so habe dieses einzig zugelassene öffentliche Organ die Bevölkerung vollkommen vergiftet. Von den besorgenden Regierungen sei schon lange vorher ganz öffentlich gesprochen worden. Weder der Polizei noch den Juden sei das ein Geheimnis gewesen. Da den Juden aber von den Regierungen gemacht worden seien, hätten sie nicht an ihre eigene Verteidigung gedacht. An den Unruhen hätten sich Schanzleute und selbst Polizeioffiziere beteiligt, indem sie Juden entwarfen und durch Rufschrei: „Haut die Juden!“ die rasende Menge noch angefeuert hätten. Als gegen Abend endlich die Polizei eingeschritten sei und Verhaftungen vorgenommen habe, hätten die Verhafteten ganz verwundert gegen ein solches Vorgehen protestiert: „es sei doch erlaubt, Juden zu hauen“. Das Militär, das sonst bei jeder Kleinigkeit einschreite, sei dreimal telegraphisch requiriert worden, ehe die erforderliche Genehmigung zur Verwendung einging.

Verteidiger Dr. Liebnecht macht noch auf die in der vorgelegten von Peter v. Struve herausgegebenen und eingeleiteten Denkschrift enthaltenen, schauerlichen Bilder von Mischmetz Reichen aufmerksam.

Auf seine Veranlassung giebt Zeuge Buchholz eine Schilderung von der zwei Monate später erfolgten Judenverfolgung in Homel. Auch dort fanden die Regierungen unter ähnlichen Grausamkeiten statt. Auch dort entwaffnete die Polizei das jüdische Schulkomitee usw. Die Juden, die sich zur Wehr setzten, wurden verhaftet und sind bis zum heutigen Tage noch nicht wieder freigelassen worden.

Mit einer in vielen Exemplaren bei den Angeklagten Klein und Kögl gefundenen Nummer der „Iskra“ wird die Schriftensammlung beendet. Es wird darin in einem Leitartikel „Ueber den roten Kongress im roten Land“ (Dresdener Parteitag) bemerkt, daß drei Herrscher in dieser Woche in Wien gewesen seien: Eduard VII., Wilhelm II. und Nicola, und dann wird die Resolution einer slavisch-socialdemokratischen Versammlung in Wien wiedergegeben, die den Jaren und seine Helfershelfer als das größte Schandmal des Slaventums und seiner Kultur bezeichnet. So oft der Name des Jaren in jener Versammlung, in der alle slavischen Sprachen und Stämme vertreten waren, ausgesprochen worden, sei er mit lauten Rufen: „Psi!“ und: „Nieder mit dem Jaren!“ empfangen worden.

Auf die Prüfung eines kleinen politischen Werkes: „Wie der Zar Nihilisten bei Gott verklagen ging“ wird allseitig verzichtet, da es bereits vor 15 Jahren erschienen ist, sich also gar nicht auf den jetzigen Jaren beziehen kann.

Der Vorsitzende bittet nun die Anklage und die Verteidigung, alle etwa noch zu stellenden Beweis- anträge vorzubringen.

Verteidiger Haase: Im Augen ist noch Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Baum zu hören. Er soll bestätigen, was ich am ersten Tage behauptet habe, daß der Verteidigung und den Angeklagten während der ganzen Voruntersuchung weder die inkriminirten Schriften vorgelegt, noch auch um ihre Titel mitgeteilt worden sind. Ich lege mir deshalb Wert darauf, weil es dann möglich gewesen wäre, festzustellen, wie die 600 Nummern des „Korobowlet“ und die 300 Schriften von Burzsch an die Adressen Klein und Kowagroski haben kommen können. Ich habe vom 13. September an unablässig gebeten, mir diese Pakete zugänglich zu machen, gerade mit der Begründung, daß sie zur Aufklärung der Sachlage beitragen könnten. Ich darf die Uebersetzung ausprechen, daß, wenn dies geschehen wäre, durch Rückfrage nach Zürich die Spur des jetzt unbekanntem Absenders sich hätte erweisen lassen.

Vorj.: Ich habe aus den Akten festgestellt, daß Sie in der That zahlreiche Anträge auf Vorlegung der Schriften gestellt haben. Ich nehme das ohne weiteres als bewiesen an.

Vert. Haase: Dann können wir auf den Zeugen Baum verzichten. Ich bitte dann weiter aus dem Bericht der Reichstags- sitzung vom 10. März 1903 die Reden Webers und des Staats- sekretärs v. Nihilisten zu verlesen. Damals sagte Weber: Frau Angel könnte doch nicht dafür bestraft werden, daß auf preussischem Boden ein Lager verbotener Schriften von ihr unterhalten worden wäre. Darauf erwiderte der Staatssekretär: Dafür allerdings nicht, aber die russischen Behörden behaupten, daß sie mit verbotenen Schriften nach Rußland herübergegangen sei. Und am 19. März sagte der Staats- sekretär hinzu, daß niemand versuchen sollte, mit revolutionären Schriften nach Rußland hinüberzugehen, man solle dort nicht dieselbe Nachsicht wie bei uns. Freilich trete das Auswärtige Amt nach Rücksicht auch für solche Personen ein. Aber allzu weit könne man darin nicht gehen. — Die Verlesung bestätigt diese Inhalts- angabe.

Vert. Haase bittet, aus den Akten noch einige Auskünfte der Landratsämter und Steuerämter vorzulesen. — Es heißt da, man habe die Schriften durch einen Dolmetscher prüfen lassen. Da aber keine anarchistischen darunter gewesen, seien sie unbeanstandet dem Adressaten, Arbeiter Klein, ausgehändigt worden. Der Bericht stammt aus dem Jahre 1903.

Es folgt ein Schreiben des Hauptsteueramts in Königsberg an die Staatsanwaltschaft: „Auf Ihre Schreiben vom 20. Mai über den Eingang russisch-socialdemokratischer Schriften erwidern wir, daß wir über das Eintreffen verdächtiger Schriften schon wiederholt dem Landratsamt Mitteilung gemacht haben, worüber die Akten deselben Aufschluß geben werden. Ein Verfahren hat hier nicht geschwiebt und nur einzelne Exemplare der Schriften sind dem Landratsamt überhandt worden.“

In einem Schreiben des Landratsamts Wemel an die Staatsanwaltschaft wird dann ausgeführt, daß der Bericht über den Schmuggel lettischer und russischer Schriften aus dem Auslande direkt an das Gericht geschickt worden sei, aber für das Vorliegen einer geheimen Verbindung hätten sich keinerlei Anhaltspunkte ergeben.

Das Zolamt in Tilsit teilt der Staatsanwaltschaft mit, daß verbotene Schriften von Mertins nicht eingegangen seien. — Die Berliner Poststelle hat ein Paket russischer Schriften aus Wien an Pögel beschlagnahmt, es aber wegen seines unbedenklichen Inhaltes wieder freigegeben. — Schließlich lautet ein Telegramm der Bärlicher Polizeiverwaltung vom 8. November folgendermaßen:

„Laut Königsberger Hartung'sche Ztg.“ sind dort ganze Stöße revolutionärer und nihilistischer Schriften beschlagnahmt worden, die von einem Bärlicher Aktionskomitee verschickt worden sein sollen. Wir bitten um Mitteilung von Anhaltspunkten, um nähere Nachforschungen anstellen zu können. Von oben genanntem Aktionskomitee ist hier nichts bekannt. Erbitten Drahtnachricht.“

Verteidiger Dr. Liebnecht bittet festzustellen, was in den noch uneröffneten großen Paketen enthalten ist, die im Gerichts- saal liegen. Er läßt sich bestätigen, daß sie lauter unbedenkliche socialdemokratische Schriften enthalten.

Erster Staatsanwalt Dr. Schäge: Am 20. Februar brachte die „Leipz. Volksztg.“ die Mitteilung, daß die vom Justizminister im Landtage verlesenen Citate gefälscht seien. Herr Sachverständiger Dr. Kost, das waren doch Ihre Uebersetzungen; haben Sie den Artikel nachgeprüft?

Sachverh. Dr. Kost: Allerdings. Mir ist noch kein so leicht- fertiger Artikel wie dieser vorgekommen. Nicht einmal die Grund-

Bedingungen einer Polemik sind erfüllt. Man hat sich nicht nach dem amtlichen Stenogramm darüber orientiert, was überhaupt gesagt worden ist, sondern sich einfach an einen Parlamentsbericht ange- schlossen. So wird gegen einen Satz geflümpert, der weder von mir noch von sonst jemand überfetzt worden ist: „Nikolaus II. soll bald am Laternenpfahl baumeln.“ In einem Fall hat der Minister aller- dings nur einen Satz aus meiner Uebersetzung herausgegriffen, aber auch da ist der Gedankengang Burzsch's im wesentlichen richtig wieder- gegeben.

Vert. Haase: Sämtliche Angeklagte und Verteidiger haben während der ganzen Verhandlung nie bezweifelt, daß die Uebersetzung des Herrn Dr. Kost sachgemäß und verständlich ist. Der Artikel nahm wohl auch an, daß die citirte Uebersetzung von dem russischen Generalkonsul stamme.

Vorsitzender: Wir wollen uns nicht weiter mit diesem Zeitungsartikel beschäftigen. Wie falsch die Reporter berichten, können wir jetzt täglich beobachten.

Erster Staatsanwalt Dr. Schäge: Am vergangenen Sonntag hat die „Post“ eine Uebersetzung aus der „Iskra“ gebracht, die, wenn sie richtig ist, das Blatt als nicht so harmlos darstellt. Danach soll die „Iskra“ am 25. Februar 1904, um das Recht Rußlands auf aktive Beteiligung an der Bewegung zur Civilisation zu behaupten, den Aufruf empfohlen haben.

Vert. Liebnecht: Gerade jetzt zum Schluß kommt der Versuch, die socialdemokratische Partei Rußlands zu treffen. Wir müssen um eine kleine Pause bitten, um uns über dieses neueste Beweismaterial zu orientieren.

Vert. Haase: Ich wüßte allerdings — das muß ich offen gestehen —, daß die „Post“ diesen Artikel der Berliner politischen Polizei überhandt hatte und diese ihn hierher mitgeteilt hat. (Der Staatsanwalt ruft: Ich lese auch sonst die „Post“! Große Heiterkeit.) Ich konnte aber wirklich nicht annehmen, daß der Herr Staatsanwalt ihn hier vortragen würde.

Nach Ablauf der Pause erklärt der Erste Staatsanwalt: Nachdem Herr Dr. Kost mich belehrt hat, daß die Uebersetzung zwar richtig ist, aber wegen des Wortes „Blutvergießen“, das hier soviel bedeutet wie „eigens Blutvergießen“, doch einen andern Sinn giebt, ziehe ich meinen Antrag zurück. (Große Heiterkeit.)

Vert. Haase: Die Motivierung gefällt uns zwar nicht, aber wir wollen nicht auf der Verlesung bestehen.

Damit schließt die Beweisaufnahme, vorbehaltlich der noch zu erwartenden Auskunft aus Petersburg über die Verbürgung der Gegenseitigkeit durch das russische Wesch.

Nachdem Staatsanwaltschaft und Verteidigung erklärt haben, daß die Auskunft Rußlands für ihre bereits feststehende Rechtsauffassung ohne Bedeutung sei, wird die weitere Verhandlung auf Freitag 9 Uhr mit der Festsetzung ver- tagt, daß dann die Plaidoyers beginnen sollen.

Schluß 3 Uhr.

In unserm Bericht ist gesagt worden, Professor v. Reukner sei Inhaber des Andreasordens. Dies ist ein Irrtum, er ist Inhaber des Annenordens. Die Nichtigstellung ist nötig, weil Professor v. Reukner in seiner Heimat in den Ruf einer lächerlichen Unwahrheit kommen könnte, da der Andreasorden nur an regierende Fürsten verliehen wird.

## Soziales.

Arbeiterausschüsse auf Bahnhöfen und Güterhöfen sollen, wie die „Soziale Praxis“ meldet, im Bereiche der preussischen Eisenbahn- verwaltung ähnlich den in den Betriebswerkstätten errichtet werden, welche Wünsche und etwaige Beschwerden allgemeiner Natur vor- tragen und über Fragen des Arbeitsverhältnisses und der Arbeiter- wohlfahrt auf Verlangen der vorgeordneten Dienststelle gutachtliche Aeuperungen abgeben sollen. Versuchsweise werden solche Arbeiter- ausschüsse zunächst auf dem Frankfurter Hauptbahnhofe und Güter- bahnhöfen, dem Hanauer Eißbahnhöfen und den Frankfurter Bahn- meistereien gebildet. Die zu nähernden Leute müssen mindestens 30 Jahre alt und wenigstens fünf Jahre bei der Eisenbahn beschäftigt sein. Wahlberechtigt sind alle Eisenbahnarbeiter, welche ein Jahr bei der Bahn beschäftigt sind.

So notwendig Arbeiterausschüsse sind, so segensreich sie wirken können, werden sie doch so lange nur Dekorationswert haben, als sie nicht eine selbständige, von der Betriebsleitung unabhängige Stellung genießen. Eine solche garantiert die von der preussischen Eisenbahnverwaltung hier gewählte Verfassungsform. Die nur eine Einberufung des Ausschusses bei besonderen Gelegenheiten vorsteht, leinstweigs. Auch wird nicht gemeldet, ob der überragende Einfluß des behördlichen Vertreters, der in den Arbeiterausschüssen Sitzungen der Betriebswerkstätten sich bisher geltend machte, bei diesen neu errichteten Ausschüssen eingeschränkt worden ist.

Ein Musterbetrieb scheint derjenige der Bierbrauerei-Aktiengesellschaft vormals Gebr. Ripfel in St. Johann a. d. Saar zu sein. Deren Direktor, Herr Richard Schäfer, kaufmännischer und technischer Leiter des Betriebes, stand heute vor der Strafkammer des königlichen Landgerichts Saarbrücken unter der Anklage, Arbeiter unter 16 Jahren regelmäßig länger als die gesetzliche Arbeitszeit beschäftigt und ferner diese Jungen ohne irgend eine behördliche Genehmigung fortgesetzt zur Sonntagsarbeit verwendet zu haben. Der Herr Direktor giebt an, er habe von alledem nichts gewußt. Für die Abteilung des Flaschen- betriebes sei der Flaschenmeister Wurster verantwortlich gewesen. Auf das Verhalten von Seiten des Herrn Präsidenten, er müsse doch am Lohnstage Kenntnis erhalten haben, weil den Jungen doch so viele Ueberstunden bezahlt werden müßten, erwiderte der An- geklagte, die Jungen hätten dafür nichts bekommen. Am wurden eine größere Anzahl der jugendlichen Arbeiter vernommen und alle behaupteten übereinstimmend, daß sie an den meisten Tagen mehr als zwölf Stunden, an vielen Tagen von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr beschäftigt worden seien, sehr oft ohne Mittagspause. Außerdem hätten sie jeden Sonntag zur Arbeit erscheinen müssen, wenn sie nicht zum Teufel gejagt werden wollten, und für alle diese Mehrleistungen zahlte diese noble Firma keinen Pfennig Lohn. Trotzdem wurde der An- geklagte freigesprochen, da jetzt ein Verfahren gegen den Flaschen- meister eingeleitet werde und es sich dann ergeben müsse, in wie weit dem heute Angeklagten eine Schuld trifft.

## Aus Industrie und Handel.

Der Saatensand in Preußen stellte sich nach den amtlichen Er- mittlungen um die Mitte des laufenden Monats (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering.)

	Juli 1904	Juni 1904	Juli 1903
Winterweizen . . .	2,6	2,5	2,8
Sommerweizen . . .	2,9	2,8	2,6
Winterroggen . . .	2,2	2,8	2,1
Wintererbsen . . .	2,6	2,6	2,6
Sommererbsen . . .	3,2	3,2	2,8
Sommergerste . . .	2,9	3,0	2,6
Pfeffer . . . . .	3,1	2,9	2,7
Kartoffeln . . . . .	2,8	2,8	2,8
Klee . . . . .	3,5	3,1	2,6
Luzerne . . . . .	3,3	2,7	3,0
Wiesen . . . . .	3,3	3,0	2,6

In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz“ heißt es, nach der großen Dürre, welche in den östlichen Provinzen den Soalen verderblich zu werden drohte, seien im letzten Drittel des Monats Juni in den meisten dieser Gegenden teilweise nicht un- bedeutende Niederschläge erfolgt. Wenn freilich die Regenfälle in der schon vorgerückten Jahreszeit den erlittenen Schaden nicht hätten

gutmachen können, seien die Kräfte doch vor weiterer Verklammerung bewahrt worden. Am häufigsten lauteten die Berichte aus Schlesien, wo in manchen Gegenden monatelang kein nennenswerter Regen hingetropfen sei. Auch in den Provinzen Brandenburg, Posen und Sachsen sei vielerorten lange kein Tropfen gefallen. Auch aus den westlichen Staatsgebieten kamen zahlreiche Klagen über zu lange Trockenheit. Das Uebel sei durch nördliche Winde verschärft worden, die im ganzen Lande die Luft so abtrockneten, daß kurz vor Eintritt der übermäßig heißen Tage Mitte Juli in Ost- und Westpreußen während der Nächte vom 13. Juli und 14. Juli das Thermometer unter Null fiel. Viel Ernteschaden hatten auch im Anfang des Berichtemonats in Begleitung von Gewittern niedergegangene Hagel- schläge gebracht.

Die deutsche Roheisenproduktion des Monats Juni ist um rund 20 000 Tonnen hinter der des Mai zurückgeblieben: eine Folge der Abflauung des Marktes. Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller stellte sich nämlich die Roheisenzeugung des Reiches (einschließlich Luxemburgs) im Monat Juni 1904 auf 863 785 Tonnen, darunter Gießerei-Roheisen 188 356 Tonnen, Bessemer-Roheisen 27 314 Tonnen, Thomas-Roheisen 637 875 Tonnen, Stahl- und Spiegeleisen 48 088 Tonnen und Puddel-Roheisen 67 179 Tonnen. Die Gesamt- erzeugung des ersten Halbjahres 1904 beträgt 4 990 413 Tonnen Roheisen gegen 4 934 532 Tonnen im Vorjahre, übertrifft die des- selben Zeitraumes 1903 also noch immer um 64 881 Tonnen. Die Wehrzeugung entfällt auf Gießerei-, Bessemer- und Thomas- Roheisen, während in Stahl- und Puddelroheisen weniger hergestellt worden ist.

Ein Schloßfabriken-Syndikat. Die Schloßfabriken des bergischen Landes haben nach längerer Verhandlungen die Gründung eines Syndikats beschloffen. Sechzig Firmen sollen sich schon zum Beitritt bereit erklärt haben. Beabsichtigt ist die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Einkaufsstelle für Roh- und Halbprodukte und eines gemeinschaftlichen Verkaufs- und Absatzkomplexes, sowie — selbstverständlich! — eine allgemeine Erhöhung der Preise, zunächst um 10 Prozent.

Türkische Anleihe. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel von gestern: Die Türkei ist mit England in Verhandlung getreten, das bereit ist, eine dreiprozentige Anleihe, aus der die von der Türkei an Rußland noch zu zahlende Kriegsschuldigung auf einmal ausgezahlt werden soll, zu garantieren. Unter welchen weiteren Bedingungen dies geschehen soll, ist jedoch noch nicht bekannt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dresden, 21. Juli. (B. Z. V.) Von zuständiger Seite wird gegenüber dem mehrfach unlaufenden Gerüchte, daß die Gräfin Montignoso (frühere Kronprinzessin von Sachsen) demnächst eine Be- gegnung mit ihren Kindern haben werde, mitgeteilt, daß eine solche überhaupt nicht in Frage kommt und also auch nicht während des Aufenthalts des Kronprinzen Friedrich August von Sachsen und seiner Kinder in Bad Schandau erwartet werden kann.

Heidelberg, 21. Juli. (B. Z. V.) Es hat sich hier ein all- gemeines deutsches Komitee gebildet zur Begründung eines dauernden Bundes gegen Wiederherstellung des Heidelberger Schlosses, der dem- nächst an die Öffentlichkeit treten wird. Es sind hervorragende Professoren und Kräfte dabei beteiligt.

Vorhild, 21. Juli. (B. Z. V.) Der Socialistenführer Dr. Narek erschien mit einer Abordnung der ausständigen Petroleum- arbeiter beim Statthalterrat Privowski mit der Bitte um Inter- vention zum Zweck der Wiederabnahme der Verhandlungen und legte schriftlich die Forderungen der Arbeiter der Statthalterei vor. Privowski überreichte dieses Schriftstück dem Ausschuss der Arbeitgeber.

Englisches Oberhaus. London, 21. Juli. (B. Z. V.) Lord Burchclere lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Vorschläge der Regierung über die Heeresreorganisation. Earl of Roberts billigt einige dieser Vorschläge, während er andre als den Interessen des Heeres nachteilig bezeichnet. Der Parlamentssekretär des Kriegs- amtes Earl of Donoughmore und der Minister des Aeußeren Marquis of Lansdowne verteidigen demgegenüber die Vor- schläge der Regierung. Lansdowne erklärt, diese Vorschläge stellten nicht die endgültigen Beschlüsse der Regierung über alle Punkte der Heeresreform dar.

Englisches Unterhaus. London, 21. Juli. (B. Z. V.) Im Laufe der Verhandlungen über den Etat des Kolonialamts erklärt der Minister für die Kolonien Lyttelton, die Regierung habe beschloffen, daß im nächsten Jahre fünf Mitglieder des gesetzgebenden Rats in Trans- vaal, die jetzt von der Regierung ernannt werden, durch ge- wählte Mitglieder ersetzt werden sollen. Ihre Wahl wird zeigen, ob die Regierung hinsichtlich ihres Verfahrens betreffend die Heran- ziehung von chinesischen Arbeitern gerechtfertigt dasteht. (Beifall.)

Zusammensetzung der englischen Flotte im Mittelmeer. Malta, 21. Juli. (B. Z. V.) Kaper dem Torpedo-Depotsschiff „Sultan“ und dem Kreuzer „Pyramus“ sind heute auch die Torpedo- Kanonenboote „Sperdy“ und „Harrier“ von hier in See gegangen, um zu dem Mittelmeer-Geschwader zu stoßen.

Suez, 21. Juli. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Der Dampfer der ägyptischen Regierung „Abbas“ ist, wie jetzt bekannt wird, am Montag nach dem Roten Meer ausgelaufen, wie man an- nimmt, um zu verlangen, daß die von den russischen Schiffen „Smolensk“ und „Petersburg“ zur Fahrt durch das Rote Meer ge- nommenen Vorßen diese Schiffe verlassen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz. Petersburg, 21. Juli. (B. Z. V.) Ein Telegramm General Kurapatins an den Kaiser von gestern besagt: Im Bereich der Armee sind keine besonderen Veränderungen eingetreten. In der Nacht auf den 19. Juli machten eine Freiwilligenabteilung und Kosaken einen Ueberfall auf eine japanische Feldwache, die sich in einem Hause beim Dorfe Dubanjan, sechzehn Werst südlich von Thawuan, befand. Einundzwanzig Japaner wurden durch Bajonett- stiche niedergemacht, ein kleiner Teil der Feldwache entkam durch die Fenster und floh ins Gebirge, wurde aber vom Feuer einer japanischen Compagnie empfangen, die zu Hilfe herbeigeeilt war. Nach den erbeuteten Mützen und andren Gegenständen bestand die Feldwache aus Mannschaften des vierten Garderegiments. Auf unserer Seite wurden ein Schütze getötet und vier verwundet.

Tientsin, 21. Juli. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Hier geht das Gerücht, daß die Japaner gestern Port Arthur festig beschloffen hätten. — Nach einer aus Rußland eingetroffenen brieflichen Nachricht hat der Befehlshaber eines dort eingelaufenen russischen Torpedobootes berichtet, er habe im Golfe von Petschil in Folge eines Zufalles einen englischen Dampfer mit einem Torpedo getroffen; man vermutet, daß es sich um den vermischten Dampfer „Sipoang“ handelt.

Mudan, 20. Juli. (Meldung der russischen Telegraphen-Agentur.) Unter den Chinesen geht das Gerücht, daß die Besatzung bedürftige Gerücht, in der Gegend von Hinnintun werde gegenwärtig eine 2000 Mann starke Abteilung von Chinesen unter Anführung von 12 japanischen Offizieren zusammengezogen. Aufgabe dieser sogenannten Truppe sei eine plötzliche Bewegung in der Richtung auf Mudan und Tieling, um die Bahnsinie zu beschädigen und dadurch die Ver- bindung der russischen Armee mit ihrer Basis zu beeinträchtigen. Die Abteilung sei bereits vor kurzem in der Provinz bei Koulo erschienen und habe für die Manchurerei bestimmtes Vieh weg- genommen.



**Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.**

**Ein ernstes Gefecht nördlich von Liaojang?**

London, 21. Juli. Aus General Kurolis Hauptquartier wird unterm 19. Juli telegraphiert, daß ein Kampf bei Tschantan, 48 Kilometer nördlich vom Motienpaß, im Gange war und die Möglichkeit vorlag, daß eine allgemeine Schlacht daraus entstehen würde. Die Japaner ergriffen die Initiative, bildeten eine strategische Front und ließen bei Tschantan auf den Feind; die Russen zogen sich anfänglich zurück, erhielten aber Verstärkungen und erneuerten den Kampf.

Wäre die Nachricht richtig und erlitten die Russen eine neue Niederlage, so würde Kuroli wohl nicht länger säumen und durch das Vordringen seiner Armeen nach der Eisenbahnlinie Liaojang-Mukden den Russen die Rückzugslinie völlig abschneiden. Lange können jetzt die entscheidenden Schlagen ohnehin nicht mehr verzögert werden.

**Ueber das Wladiwostok-Geschwader**

liegt folgende Meldung vor:

Tosio, 21. Juli. Der Dampfer „Takashima Maru“ ist in Mororan eingetroffen, nachdem er vorher von dem russischen Wladiwostok-Geschwader durchsucht worden war. Der Dampfer berichtet, die russische Flotte sei ihre Fahrt mit äußerster Kraft nach Südosten fort, als wenn sie nach Saigon (französisch-Hinterindien) fahren wolle. Es sei möglich, daß dies nur eine List sei, um japanische Schiffe aufzuspüren.

**Der russisch-englische Konflikt.**

Die Beschlagnahme der „Malacca“ im Roten Meer wird von der englischen Presse zum Teil in sehr erregter Form behandelt.

„Daily Telegraph“ äußert, der Minister des Äußern Marquis of Lansdowne habe das Vertrauen des Landes gerechtfertigt und mit der Festigkeit und dem schnellen Entschluß gehandelt, die an die besten Tage der nationalen Politik erinnerten.

„Daily Graphic“ hofft, die russische Regierung werde das Einsehen besitzen, den „Malacca“-Fall auf dem einzig möglichen Wege baldmöglichst aus der Welt zu schaffen.

„Daily Chronicle“ meint, es liege auf der Hand, daß der Kommandant der „Petersburg“ einen schweren Fehler begangen habe und daß die russische Regierung sich kaum weigern könne, eine schnelle und geeignete Abhilfe zu schaffen.

„Daily News“ folgten, das Vorgehen der „Smolensk“ und „Petersburg“ erfordere ein schnelles und festes Handeln; Rußland würde gut beraten sein, wenn es das kriegerische Verhalten seiner Freiwilligenflotte desabonnierte.

„Morning Post“ schreibt, wenn England die Beschlagnahme der „Malacca“ zugeben würde, so wäre das gleichbedeutend mit der Einwilligung in das Zerreißen des Londoner Vertrages von 1871 und zwar gerade zu der Zeit, wo es Englands klare Pflicht als neutrale Macht sei, den Vertrag unverletzt zu erhalten.

„Standard“ erwartet zu sehen, daß die „Malacca“, ehe ein längerer Zeitverlust eingetreten sei, ausgeliefert werde; sollte dies unglücklicherweise nicht der Fall sein, müßten die Kommandanten der Hauptstationen des Mittelmeeres Verhaltensmaßregeln erhalten. Außerdem müßte den Taten der freiwilligen Seeräuber Einhalt getan werden.

„Daily Mail“ kann kaum glauben, daß der Kaiser von Rußland nach seinen Bestrebungen im Interesse des Friedens jetzt leichtsinnigerweise England zwingen wolle, seine Ehre zu verteidigen.

Die „Times“ äußern, die Lage könne dann außerordentlich ernst werden, wenn die russische Regierung eine Ungerechtigkeit und eine Thorheit begehen würde, deren sie für fähig halten zu müssen den Engländern leid thun würde.

Die Affaire gelangte auch heute im Unterhause zur Sprache. Ueber die Verhandlung wird gemeldet:

London, 21. Juli. Unterhaus. Laurie erklärt, er stelle seine Anfrage betreffend die Beschlagnahme englischer Dampfer bis Montag zurück, weil ihm der Unterstaatssekretär des Äußern Earl of Percy darum ersucht habe und weil er die Wichtigkeit der Frage anerkenne. Gibson Bowles fragt an, ob die „Malacca“ von Port Said im Besitze der russischen Prisenmannschaft abgesetzt sei und ob Walfour vor Ende der Session eine Erklärung über die ganze Frage geben könne. Premierminister Walfour erwiderte, er glaube, daß die „Malacca“ tatsächlich im Besitze der Prisenmannschaft von Port Said abgesetzt sei. Es müsse zweifellos vor Ende der Session dem Hause eine Erklärung über die sehr ernste Frage der Beschlagnahme englischer Dampfer durch Schiffe der russischen Freiwilligen-Flotte geben, indessen halte er eine verfrühte Erklärung nicht für wünschenswert.

Die „Malacca“ selbst ist von Port Said weitergegangen. Als Bestimmungsort vermutet man Cherbourg oder Libau. Ihre Auslieferung an England dürfte aber bei der Energie, die die englische Regierung entwickelt hat, nicht allzu lange auf sich warten lassen.

Auch die Freiwilligen-Flotte selbst tritt bereits merklich schwächer auf. Ein Telegramm besagt:

Aden, 21. Juli. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Ein Dampfer der französischen Messageries Maritimes passierte unbefragt die Dampfer der russischen Freiwilligen-Flotte „Petersburg“ und „Smolensk“, die sich noch in derselben Gegend aufhalten. Ebenso wurde heute morgen der Dampfer „Palawan“ der Peninsular and Oriental Linie nicht angehalten.

**Gewerkschaftliches.**

**Hirsch-Dunkersche Citierkünste.**

Der „Gewerkverein“ kommt in seiner letzten Nummer auch auf die Erklärung der Breslauer Bauhilfsarbeiter zurück und erklärt dazu:

„Wie man willkürliche Zusätze machen und wichtige Bestimmungen einfach auslassen und dennoch in „gutem Glauben“ gehandelt haben kann, ist eine neue Preisaufgabe. Der „Vorwärts“ erklärte den merkwürdigen Vorgang damit, daß die Leitung der Bauarbeiter aus wenig schriftgewandten Leuten“ besteht. Die willkürlichen Zusätze und das Auslassen wichtiger Bestimmungen wird aber damit absolut nicht aufgeklärt. Für zielbewußte Missethäter hat der „Vorwärts“ immer einen Liebesmantel zum Verdecken der Blüten bei der Hand. Würde es sich im Breslauer Fall um Gewerkschaftler handeln, dann würden die Arbeiter vergeblich nach einem Wort der Entschuldigung im „Vorwärts“ suchen können. Dann würde der „Vorwärts“

keinen Augenblick zögern, den gemeinen Betrug durch das Selbstzeugnis für erwiesen zu erachten.“

Wir hatten bekanntlich den Vorgang nicht damit „erklärt“, daß die Leitung der Bauarbeiter aus wenig schriftgewandten Leuten besteht“, sondern dies nur vorausgeschickt und dann eine Aufklärung dahin gegeben, daß diese wenig schriftgewandten Leute die mündlich vereinbarten Löhne und Arbeitszeiten in den von ihnen zu Hilfe genommenen Maurertarif hineinschrieben haben. Sie haben aus Ungeschicklichkeit unterlassen, die für sie nicht passenden Bestimmungen des Maurertarifs zu streichen, also gerade umgekehrt wie der „Gewerkverein“ behauptet, weder Zusätze gemacht, noch etwas ausgelassen. — Durch das, was der „Gewerkverein“ citiert, wird allerdings die Frage nicht aufgelöst; hätte er die Aufklärung des „Vorwärts“ wirklich wiedergegeben, dann würde auch der dickste Gewerkschaftler-Schädel die Sache begreifen. —

Da die Redaktion des „Gewerkvereins“ nicht aus wenig schriftgewandten Leuten besteht, so charakterisiert sich ihre Auslassung von wichtigen Momenten unserer Erklärung allerdings nicht als eine Handlung, die besonders vornehm oder auch nur entschuldigbar ist.

**Berlin und Umgegend.**

**Auf dem Wege zur einheitlichen Organisation.**

Die letzte Versammlung der Filiale Berlin des Deutschen Bäckerbundes ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Rils Jensen. Zur Frage der Agitation führte Gaser folgendes aus: Obgleich unsere Filiale in einem Zeitraum von noch nicht zwei Jahren von 16 auf circa 200 Mitglieder angewachsen ist, ist es doch unumgänglich nötig, kräftig in die Agitation für unsere Filiale einzutreten. Dies könne durch die Presse und vor allem durch Werkstatttagungen geschehen. Wenn wir aber in die Agitation eintreten, so wird es nicht ausbleiben, daß dann bei der gemischten Besetzung der Werkstellen innerhalb der Sitzungen der alte Streit zwischen lokaler und zentraler Richtung wieder auflebt, da naturgemäß jede Richtung für sich das Feld behaupten will, und so würde dann keiner Organisation gedient sein. Schon der bloße Streit würde die indifferenten Kollegen und Kolleginnen stutzig machen und sie würden sich fragen: Ja, wenn sich hier schon zwei Richtungen streiten, welcher schließe ich mich denn an? Das Resultat würde sein, daß nur wenige oder auch gar keine von ihnen sich der Organisation anschließen würden. Des weiteren ist es ein schlechtes Ding dem Unternehmer gegenüber, wenn dieses Recht, wie sich die Organisationen in den Haaren liegen. Die Unternehmer würden unter dem Schutze dieses Streites alle erlängten Vorteile über den Haufen werfen, und wir könnten mit doppelter Mühe wieder von vorn anfangen. Um dieses alles zu vermeiden und eine wirklich starke Organisation zu schaffen, schlägt Gaser folgenden Antrag vor:

„Die heutige Mitgliederversammlung der Filiale Berlin beauftragt hiermit die Ortsverwaltung, mit dem Vorstand des Berliner Lokalverbandes Einigungsverhandlungen anzuknüpfen.“

Gaser meint, es wäre unverantwortlich, wenn man ohne weiteres in eine allgemeine Werkstatttagung eintreten würde, ohne den Versuch zu einer Verschmelzung beider Organisationen gemacht zu haben.

In der sehr regen Diskussion sprachen sich alle Redner für eine Einigung aus.

Der Antrag Gaser wurde hierauf angenommen. Unter Verschiedenen teilte Dittmann mit, daß der Vorstand anstatt der bisher üblichen Monatskassenscheine a 10 Pf. hat drucken lassen, welche als Lokalfonds gelten sollen. Die Versammlung ist mit dieser Handlung der Ortsverwaltung einverstanden.

**Eine Organisation der tariftreuen Bäckermeister.**

Das blinde Blitzen der Innungsführer gegen die berechtigten Forderungen der Bäcker-Arbeiter sowie die Hege gegen die Meister, welche an den Bewilligungen festhalten, hat dahin geführt, daß den Innungen aus den eigenen Reihen ihrer Mitglieder Gegner entstanden sind, die das kurzfristige, verständnislose Treiben der Scharfmacher nicht mitmachen wollen und sich deshalb eine besondere Organisation geschaffen haben. Den unmittelbaren Anstoß zur Gründung dieser Organisation gab der Terzotismus, den die Innungen gegen die tariftreuen Bäckermeister ausübten. Einige Bäckermeister-Bezirksvereine hatten in ihren Versammlungen einen Antrag angenommen, den sie den Innungen unterbreiteten. Der Antrag verlangt nicht mehr und nicht weniger, als daß jeder Meister, der dem Trude der Scharfmacher nicht folgt und den bewilligten Tarif nach wie vor anerkennt, aus den Innungen ausgeschlossen werden soll. Dieser Antrag ist in den Innungsversammlungen diskutiert und auch angenommen worden. Daß ein derartiger Beschluß gar nicht ausgeführt werden darf, das hinderte die Innungsmeister nicht, ihn zu fassen.

Gestern fand im „Andreas-Festsaal“ eine Versammlung der tariftreuen Bäckermeister statt. Peterjohn, der zweite Obermeister der Reinickendorfer Innung, sowie Bäckermeister Fischer führten einleitend aus: Die Berliner Innungen hätten durch ihr Verhalten zu den Forderungen der Gesellen geeigert, daß sie kein Verständnis für die wirtschaftliche Entwicklung haben und sich den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht anpassen können. Man könne es den Gesellen nicht verdenken, daß sie ihre Lage verbessern wollen. Damit müsse jeder einsichtige Meister rechnen. Wenn die Innungsvorstände auch nur das notwendige Maß von Einsicht besäßen, dann hätten sie das durchführen müssen, was sie schon vor einigen Jahren vor dem Einigungsamt versprochen haben. Der verständnislose Kampf gegen die Forderungen der Gesellen habe auch die Interessen der Meister geschädigt. Andre Redner führten aus, daß die Halbstarrigkeit der Innungsvorstände einen großen Teil der Bäckermeister in eine ähliche Lage gebracht habe. Gegen die Innungen als solche solle nichts eingesetzt werden, sie müßten bestehen bleiben, aber die jegliche Leitung der Innungen müsse beendet und durch einsichtige Leute ersetzt werden.

Die Versammlung beschloß die Gründung einer freien Vereinigung der Bäckermeister Berlins und nahm die folgende von Fischer empfohlene Resolution an:

„Nachdem die beiden Berliner Innungen sowie einige Vorort-Innungen nicht verstanden haben, den Frieden im Gewerbe zu fördern, protestiert die Versammlung der Bäckermeister, welche den vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Tarif anerkannt haben, ganz entschieden gegen das Vorgehen der Innungsvorstände, welche den Antrag, die Innungsmitglieder, welche den Tarif unterschrieben haben, auszuschließen, zur Abstimmung brachten. Wenn die Versammlung auch keine Angst vor dem Ausschluß haben, weil derselbe ungesetzlich ist, so wenden sie sich doch dagegen, daß man durch den Antrag die tariftreuen Meister als Mitglieder zweiter Klasse bezeichnen will. Die Versammlung be dauert, daß die Obermeister nicht so viel Geselkenntnis haben, um zu wissen, daß sie den Antrag hätten zurückweisen müssen. Die Versammlung beauftragt die Schlichtungskommission, wegen der Annahme des Antrages bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden. Die Versammlung verpflichtet sich, der freien Vereinigung der Bäckermeister beizutreten.“

Der Arbeitsvermittler des auf Grund des Tarifvertrages eingerichteten Arbeitsnachweises berichtete, daß bis jetzt 670 Arbeitssuchende eingetragen, 88 Hilfs- und 144 feste Stellen vermittelt worden sind.

Die Rablpuher (Gruppe der Gips- und Zementbranche des Maurerverbandes) nahmen ihrerseits am Mittwoch Stellung zu dem am 1. Oktober ablaufenden, bereits gekündigten Lohnvertrag.

nachdem sich die Zementierer schon am Sonntag mit der Angelegenheit befaßt hatten. Nach längerer lebhafter Aussprache kam die Versammlung zu dem Entschluß, entgegen den Vorstößen des Sektionsvorstandes, der von der Stellung einer Lohnforderung abgeraten hatte, dennoch eine Erhöhung des Stundenlohnes von 82½ auf 85 Pf. zu fordern. Falls auf dieser Grundlage ein Vertrag mit den Unternehmern nicht zu Stande kommen sollte, so wolle es die Rablpuher vorsehen, bis auf weiteres lieber ohne Tarifvertrag zu arbeiten. Von der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit wurde dagegen Abstand genommen. Die Lohnverhöhung wurde um so berechtigter angesehen, als dieser Gruppe bereits vor drei Jahren 85 Pf. Stundenlohn gezahlt worden ist. Mit den meisten übrigen Punkten der Resolution des Sektionsvorstandes, die jüngst im „Vorwärts“ veröffentlicht wurde, erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Die Differenzen in der Gummi-Abteilung des Rabelwerks Oberspreewald (Allgemeine Elektrizität-Gesellschaft) sind beigelegt. Beschlaggen ist eine Kommission der Arbeiter bei der Direktion vorstellig geworden. Die Direktion bewies sich auch in diesem Falle entgegenkommend und machte den Arbeitern einbändige zufriedensstellende Zusicherungen betreffs ihres Accordverdienstes.

Die Ziegelei-Arbeiter in Reichenbach i. Vogtl. befinden sich im Streik. Die Firma Reichenbach, Berlin N., Große Hamburgerstr. 16, sucht Fleisarbeiter für die Firma Ruch in Reichenbach anzuwerben, um sie dort als Streikbrecher zu verwenden. Wir warnen hiermit die Arbeiterschaft davor, sich als Streikbrecher für Reichenbach anzuwerben zu lassen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Die Vakuum-Reiniger-Gesellschaft schreibt uns: Unter höflicher Bezugnahme auf die Notiz zum Streik der Arbeiter in den Vakuum-Werken in Nr. 168 Ihrer geschätzten Zeitung erlauben wir uns nachstehend die Adresse unserer Firma zu berichten: Vakuum-Reiniger-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 8, Rauerstr. 43, II.

Ihr Bericht enthält ferner noch Unrichtigkeiten, die wir in der nächsten Nummer Ihres werten Blattes zu berichtigen bitten.

Jeder Arbeiter erhält als Anfangslohn pro Tag 3 M., Handwerker und verheiratete Arbeiter pro Tag 3,50 M.

Ein junger unehelicher Hausdiener wurde pro Tag mit 2,50 M. eingestellt, erhielt jedoch bereits nach noch nicht drei Wochen pro Tag 8 M.

Die meisten unserer Arbeiter (unser Betrieb wurde erst Ende vorigen Jahres eröffnet) verdienen 4, 4,50 und 5 M. pro Tag.

Der Hauptforderung unserer Arbeiter, vier Leuten den Lohn von 3,50 M. auf 4 M. zu erhöhen, wurde ohne weiteres stattgegeben; die Arbeiter verhornten aber trotzdem auf ihren Ausstand.

Die beiden weiteren Forderungen, Anfangslohn 3,50 M. pro Tag und Zulage nach sechsmonatlicher Beschäftigungsdauer, können erst in 14 Tagen nach Rückkehr des Geschäftsführers Erledigung finden, der augenblicklich auf Urlaub begriffen und schwer erkrankt ist.

Schachtungsvooll  
Bakuum-Reiniger,  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung,  
J. B.: Thomas Kurthhiser.

Wir müssen erklären, daß die Forderung eines Anfangslohnes von 3,50 M. pro Tag oder von 21 M. pro Woche als eine für Berliner Verhältnisse recht bescheidene zu betrachten ist. Die Gesellschaft, die ja mit einem neuen Patent arbeitet, könnte eine solche Forderung wohl bewilligen. Daß an eine Erledigung der Angelegenheit erst in 14 Tagen gedacht werden kann, ist ein Mangel in der Organisation, der der Gesellschaft selbst den größten Schaden bringen wird und deswegen für die Zukunft von ihr beseitigt werden sollte.

**Deutsches Reich.**

Die Bremer Tischler haben am Sonntagmorgen den allgemeinen Ausstand beschlossen und am Montagmorgen ist dieser Beschluß in allen Werkstätten zur Durchführung gelangt. Die Eröffnung des allgemeinen Kampfes wurde zur Notwendigkeit, da das Unternehmertum bereits mehr als die Hälfte der Berufskollegen auf Pfahle geworfen hatte. Insgesamt sind jetzt 1400 Tischler ausständig. Von diesen sind 460 bereits abgereist.

Sämtlichen 178 Unternehmern, bei welchen die Ausständigen in Arbeit standen, sind am Mittwochabend die Forderungen, die sich im wesentlichen auf einen Minimalstundenlohn von 47 Pf. erstrecken, überhandt worden. Einige kleine Unternehmer haben die Forderungen bereits anerkannt, jedoch tritt dieses Moment für die Gesamtbewegung als unbedeutend in die Erscheinung. Von Arbeitswilligen ist nicht die Rede.

Lange hat es gedauert, bis sich die Tischler zu dem entscheidenden Schritt veranlaßt gesehen haben. Seit dem 25. Februar d. J. wahren bereits die Verhandlungen, aber die Antwort der Unternehmer ist stets die schroffe Ablehnung aller Forderungen gewesen. Als dann vor einigen Wochen die Unternehmer mit ihrer brutalen Vorgehensweise hervortraten, da müßten von Seiten der Arbeiter Gegenmaßnahmen getroffen werden und so hat sich in ganz kurzer Zeit diese eminente Bewegung ausgewachsen. Großer Kampfesmut herrscht auf der ganzen Linie und die Arbeiter wissen sehr wohl, daß sie vor einem halben Jahre nicht in die Werkstätten zurückkehren werden.

**Ausland.**

Der Stand des Streiks in Borslow ist unverändert. Auf allen Schächten arbeiten bloß 84 Personen, davon sind nicht mehr als 20 Arbeiter, die übrigen sind Aufseher und Beamte. Die Behörden gehen jetzt mit größerer Energie gegen die Streikenden vor, so daß die Unternehmer sehr zufrieden sein können. Die vorige Woche Genosse Bittig, so wurde jetzt Genosse Schiffer, der wegen einer Demonstration zu einer Arreststrafe verurteilt worden war, plötzlich aufgefördert, seine Strafe anzutreten. — Statthalterzeit Bittig, der früher den Streikenden bei Bewilligung von Versammlungen ziemlich entgegenkommen bewiesen hat, hat jetzt plötzlich sein Verhalten geändert. Die Unternehmer haben bekanntlich vom Statthalter seine Abberufung verlangt, da er angeblich nicht unparteiisch sei. Das hat gewirkt: Herr Bittig ist zu Kreuz getrieben und hat heute einer Deputation des Streikkomitees erklärt, daß er die früher gegebene Erlaubnis zur Abhaltung von Versammlungen jetzt zurückzieht. Als Grund gibt er an, daß durch die Versammlungen die Streikenden allzu sehr aufgeregt werden. Diese Begründung führt er gegen sein besseres Wissen an, denn es ist ihm sehr wohl bekannt, daß bei den Versammlungen die Streikenden immer zur Ruhe gemahnt wurden und daß die Versammlungen allein die Bürgerhaft für die weitere Aufrechterhaltung der Ruhe bieten. Das Streikkomitee hat an den Ministerpräsidenten v. Koserbe ein Telegramm gerichtet, worin es über das Vorgehen der Behörden und namentlich gegen das Verbot der Versammlungen protestiert.

**Kapitalistische Reuehämmerer.**

Paris, 20. Juli. (Fig. Ver.) Es giebt in Frankreich keine amerikanischen Pinkertons, die im Solde der kapitalistischen streikenden Arbeiter morben. Diese Art Unternehmerschutz wurde hier bisher hin und wieder von Gendarmen und Soldaten verübt. Jetzt sind es Unternehmer, die ihre eigenen Pinkertons und ihre eigenen Gendarmen sind.

Hast gleichzeitig wurde in Besançon und in Cluses von Unternehmern auf streikende Arbeiter geschossen. Im Besançon-Boroni-Gasamene hat der Unternehmersohn Gatin auf das Pfeifen von Streikenden mit Jagdgewehr schossen und dabei den Arbeiter



Pierre Schelta lebensgefährlich verwundet. In Cluses, einem kleinen Uhrmacherort Oberjohannis, haben die zwei Söhne des Uhrenfabrikanten Cretiez unter den Arbeitern eine Schlächterei eingerichtet. Drei oder vier Arbeiter sind auf der Stelle ermordet, drei Arbeiter und drei Arbeiterinnen schwer und etwa 30 leicht verwundet worden. . . .

Der Streik von Cluses dauert seit zwei Monaten, seit den Gemeindevahlen. Die Arbeiter kämpften um ihre politischen Rechte. Sie forderten die Wiedereinstellung von sieben Kollegen, die wegen der Wahlagitation zu gunsten der proletarischen Kandidatenliste entlassen worden waren. Am 12. Juli dehnte sich der Solidaritätsstreik auf die anderen Uhrenfabriken des Ortes aus. Die Verallgemeinerung der Bewegung sollte, wie man hoffte, den Widerstand der Firma Cretiez brechen. Die demokratische Regierung bedachte sich ihrerseits bei den weiteren Kämpfen für das demokratische Recht in der üblichen Form: sie verstärkte das militärische Aufgebot an dem Tage, da der Streik sich auszudehnen begann. Das gegen die Arbeiter ausgebotene Militär konnte natürlich nicht die mordende Unternehmerrand ablenken.

Am 18. Juli veranstalteten die Streikenden einen vom Maire genehmigten Strohenzug, wie er in Frankreich bei Streiks sich immer mehr und mehr einbürgert. Die Kundgebung verlief durchaus friedlich. Im Augenblick, wo der Umzug vor der Fabrik Cretiez passierte, zählte man übrigens bloß an die hundert Teilnehmer. Da plötzlich krachten aus den Fenstern der Fabrik mehrere Gewehrschüsse in den dichten Haufen der friedlichen Umzügler. Die Fabrikantensöhne schossen auf das wehrlose Arbeiterwild aus Jagdgewehren, die mit groben Schrot geladen waren.

Die Darstellungen der reaktionären Presse, wonach die Schießenden sich in der Rotwehre befunden hätten, sind als falsch nachgewiesen. Erst nach der Schlächtereier haben die Arbeiter — nach den ersten Momenten fassungsloser Bestürzung — ihrer gerechten Empörung Lauf gegeben: sie beantworteten die menschenmörderischen Schüsse aus dem Hinterhalt mit einem Ansturm auf die Fabrik, die sie dann auch in Brand legten. Die „Konföderation der Arbeit“ sagt hierzu in ihrem Manifest: „Angesichts dieser von langer Hand vorbereiteten Arbeitermorde wird niemand es wagen, den so begreiflichen Jormansbruch zu mißbilligen.“

Die beiden Mörder wurden sofort verhaftet, wie es heißt provisorisch und nach dem Gehörnis von Bonneville abgeführt. Ministerpräsident Combes hat den Familien der ermordeten und verwundeten Arbeiter eine erste Geldunterstützung geschickt und im übrigen neue Truppen aufgebotsen. Es wäre ihm zu wünschen weniger nachträgliche Philantropie, die die Toten nicht wiederzuerwecken vermag, und mehr vorbeugende Einsicht in die Bedeutung der Truppensendung nach Streikorten, die die Arbeiter stets in ihrer Kampfstellung beeinträchtigt und allzu häufig direkt oder indirekt, in ihrem Leib und Leben gefährdet.

#### Der Bäckerstreik in Rom beendet.

Rom, 19. Juli. (Fig. Ber.) Trotz der Parteilichkeit der Regierung haben die römischen Bäcker heute nach achtstägiger Dauer ihren Streik zu gutem Ende geführt. Das Nachgeben von einem Duzend der Unternehmer hat den Widerstand der Bäckerbeisitzer gedrohen, so daß sie sich zu bedeutenden Zugeständnissen bereit erklärten. Sie verpflichten sich zur Einhaltung der Tarife von 1897 und zu verschiedenen Lohnzuschlägen und Pausen, ohne auf diesem Gebiete alle Forderungen der Arbeiter anzunehmen. Statt des geforderten wöchentlichen Ruhetages gewähren sie zwei Ruhetage hintereinander aller 14 Tage. Schließlich verpflichten sich die Unternehmer, als einzige Arbeitsvermittlung einen selbständigen Arbeitsnachweis anzugehen, dessen Leitung in Händen des Exekutivkomitees der Bäcker-Gewerkschaft liegt; jeder Unternehmer zahlt dem Arbeitsnachweis 1,50 Lire monatlich. Das Konkordat zwischen Arbeitern und Unternehmern wurde vor dem Bürgermeister von Rom, Fürsten Colonna, unterzeichnet. Die Unterzeichneten beider Teile verpflichten sich, die Befregung nicht als einen Sieg zu feiern. Den Unternehmern dürfte die Einhaltung dieser Klausel recht leicht fallen.

#### Amerikanische Streiks.

Fall River (Massachusetts), 21. Juli. Infolge der Ankündigung einer Lohnherabsetzung vom 25. Juli an haben die Baumwollfabrik-Arbeiter beschlossen, an diesem Tage in den Ausstand zu treten, wenn die Lohnherabsetzung nicht unterbleibt.  
Chicago, 20. Juli. Der Ausstand der Packhaus-Angestellten ist beigelegt worden. Die Streikfrage wird einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Die Unternehmer willigten ein, die Ausständigen wieder anzustellen. Es verlautet, daß am Donnerstag an allen großen Plätzen der Schlachtindustrie die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

### Lokales.

#### Dienstmädchen - Tod.

Ein Dienstmädchen hat Selbstmord verübt! Wenn eine Nachricht dieser Art in den Zeitungen steht, dann regen sich viele Leser kaum noch darüber auf. Selbstmorde von Dienstmädchen kommen öfter vor, das ist ja nichts Neues. Ueber den Grund eines Dienstmädchen-Selbstmordes macht man sich in der Regel gleichfalls nicht viel Kopfzerbrechen. Wenn es nicht unglückliche Liebe war, dann wird es wohl schlechte Behandlung durch die Herrschaft gewesen sein. Auch so etwas kommt bekanntlich öfter und sogar recht oft vor.

Auch der Sprung aus dem Fenster, den, wie wir am Donnerstag berichteten, das Dienstmädchen des in der Martin Lutherstraße (Schöneberg) wohnenden Kreisphysikus Pape getan hat, ist anfänglich als Selbstmordversuch gedeutet worden, der sich aus Klagen des Mädchens über schlechte Behandlung erkläre. Jetzt stellt sich heraus, daß die Anna Großkopf nicht die Absicht hatte, sich das Leben zu nehmen, sondern nur einen ihr durch Verzweiflung eingegebenen Fluchtversuch machen wollte. Sie sprang aus der im ersten Stock gelegenen Wohnung ihrer Herrschaft auf den Hof hinab, weil man sie nicht ohne Kündigung ziehen lassen wollte und die Wohnungstür vor ihr verschlossen hielt, um ihr eine vorzeitige Flucht unmöglich zu machen. Warum aber hatte Anna ihre Dienststelle sofort aufgeben wollen? Weil sie die Empfindung hatte, daß es bei der gnädigen Frau nicht mehr auszuhalten sei.

Frau Kreisphysikus wird sich sehr entschieden dagegen verwahren, daß sie das Mädchen schlecht behandelt habe. „Schlecht“ im üblichen Sinne mag die Behandlung auch nicht einmal gewesen sein. Fräulein Großkopf ist nicht geschlagen worden, und auch das Essen hat wenigstens zum Sattwerden gelangt. Und dennoch schrieb sie schon 14 Tage nach ihrem Dienstantritt an ihren Bruder, die Behandlung sei nicht zu ertragen, er möge sie wegholen oder sie gehe davon. Frau Kreisphysikus gehört nämlich zu denjenigen Gnädigen, denen es ein Mädchen schwer recht machen kann. Es giebt bekanntlich hochherrschaftliche Hausfrauen, die nicht müde werden, ihre Dienstmädchen zu tadeln; die vielleicht selber keinen Handschlag thun, um mitzuarbeiten, aber immer hinter dem arbeitenden Dienstmädchen stehen und es zu noch eifriger Arbeit anspornen; die nach jedem liegengebliebenen Stäubchen lorgnettieren und es höhnisch mit der Spitze ihres wohlgepflegten Fingers aufstippen. In einem solchen Haushalt kann einem Mädchen rasch das Leben zur Hölle werden, auch wenn sonst die Behandlung „nicht schlecht“ sein sollte. Nicht buchstäblich 10, aber ähnlich soll es bei Kreisphysikus Papes gewesen sein.

Sillenlos selbst den unverständigsten Befehlen gehorchen und selbst unbedienten Tadel schweigend hinnehmen, das ist das Los des Diensthofen. In jedem andern Arbeiter, jeder andern Arbeiterin darf das Selbstbewußtsein, das Ehrgefühl, der Stolz auf eigenes Können und eignen Fleiß gegebenenfalls sich geltend machen — nur im Diensthofen nicht. Ein Dienstmädchen darf sich nicht einfallen lassen, eine Persönlichkeit sein zu wollen. Es muß hilflos sein, wie ein totes Werkzeug, muß aber — wie dieses — jederzeit bereit stehen, um jederzeit gebraucht und jederzeit wieder beiseite geworfen werden zu können. Die Gnädigen ahnen gar nicht, wie viel Selbstüberwindung und wie viel Charakterstärke — oder auch, je nachdem, wie viel Gleichgültigkeit und Stumpfheit dazu gehört, Dienstmädchen einer nichtstehenden und nichtstühenden Dame zu sein. Nicht jedes Mädchen besitzt die dazu erforderlichen Eigenschaften, nicht jedes hält das auf die Dauer aus. Wesentlich hieraus erklärt es sich, daß so viele Mädchen nicht Diensthofen bleiben wollen, obwohl die Herrschaften sich um sie reihen, und daß sie die pekuniär unsichere, aber doch menschenwürdige Lage einer Fabrikarbeiterin dem Lose eines Dienstmädchens vorziehen. Die Gnädigen begreifen das nicht, und wenn gar ein Mädchen einen Ausweg wählt, den Verzweiflung ihr eingeibt, dann betauern sie entsetzt, daß sie sie „nicht schlecht behandelt“ haben. In solchem Falle sieht man immer wieder, wie wenig die Herrschaften ihre Diensthofen verstehen, wie gering ihr Empfinden dafür ist, daß auch ein Dienstmädchen noch etwas mehr verlangt als satt zu werden und keine Prügel zu bekommen.

Das Dienstmädchen der Frau Kreisphysikus war kein junges, dummes Ding mehr, das fortwährendes Tadeln nötig machte. Sie war erst in diesem Jahre aus ihrer Heimat Thüringen nach Berlin gekommen, aber sie steht im 28. Lebensjahre und hat schon eine ganze Reihe von Jahren gedient, zuletzt drei Jahre beim Amtsrat Käger zu Schulporta und dann noch fünf Jahre beim Geheimrat Ruff, Direktor der Anstalt Schulporta. Ihre Zeugnisse sind sämtlich musterhaft; wir haben sie gesehen. Als sie im Juni nach Berlin kam, um hier zunächst eine einmonatige Ausbilstellung zu übernehmen, wurde ihr auf dem Polizeibureau gesagt: „Sie haben ja brillante Zeugnisse. Aber lassen Sie sich hier nur nicht verderben; das thun sie in Berlin gern.“ Im Juli trat sie bei Papes an, und nun sollte sie mit einem Male nicht mehr lässig sein! Wir sind gespannt darauf, welches Zeugnis sie als Kundin an den Papeschen Dienst heiraten wird.

Die Beschädigungen, die Fräulein Großkopf erlitten hat, sind glücklicherweise geringer, als es anfangs schien. Sie ist in die Gartenanlagen des Hofes hinabgesprungen und dabei auf einen Pfiesentweg gefallen. Ihr Bruder hatte sie nicht der Behandlung des Herrn Kreisphysikus überlassen wollen, sondern einen eignen Arzt geholt, der dann bescheinigte, daß wegen Kontusion des Hüftgelenkes Aufnahme in ein Krankenhaus nötig sei. Der Herr Kreisphysikus und Frau Gemahlin waren anderer Meinung und sprachen dem Mädchen gegenüber die Vermutung aus, daß es sehr bald wieder für sie werde arbeiten können. Der Bruder hat aber diese Hoffnung vereitelt; er hat Anna am Mittwochabend aus der Papeschen Wohnung abgeholt. Sie liegt jetzt in der Wohnung des Bruders. Nachdem sie das Dienstmädchenlos so bitter kennen gelernt hat, will sie, wie sie uns sagte, nicht mehr in Diensthofen, sondern „etwas lernen“, also wohl Fabrikarbeiterin werden.

Die Folgen der Dürre machen sich immer unangenehmer fühlbar. Der Wasserstand der Spree befindet sich noch immer, wenn auch langsam, so doch ständig im Fallen, und von den Stadtbahnbögen an der Jannowitz-Brücke ragen bereits die Grundpfeiler aus den Fluten empor. Die Spree ist gegenwärtig so flach, wie sie schon seit Jahrzehnten nicht gewesen ist, und die Strombewegung infolgedessen außerordentlich langsam. Der geringe Wasserzufluß ist am deutlichsten zu erkennen an der Stadtschleuse, woselbst nur zwei Flügel des Wehres teilweise geöffnet sind, um das für den Schleusenverkehr nicht erforderliche Wasser abzulassen. Ein weiterer Rückgang der Spreehöhe würde auch die Einstellung des Schiffsverkehrs auf der mittleren Spree bei Erkner zur Folge haben, wo schon jetzt belastete Dampfer häufig aufstehen. In den Fliesen, welche die Wasser Verbindung von der Spree und Havel mit den Binnenseen in der Umgebung Berlins herstellen, ist das Wasser entweder zum Stehen gekommen oder teilweise auch völlig verdunstet, so daß verschiedentlich die Wasserläufe vollständig trocken liegen. Dementsprechend ist auch in den Seen ein erhebliches Fallen des Wasserspiegels festgestellt und die Fluten sind teilweise meterweit von den Ufern zurückgetreten.

Sehr schwer geschädigt sind durch die anhaltende Trockenheit auch die märkischen Bauern. Ist schon die Getreide-Ernte wenig günstig ausgefallen, so scheint auch die Kartoffel-Ernte so gut wie verloren zu sein. Vielfach werden die Ackerbesitzer nicht mehr als die Aussicht ernten. Auf einem Felde bei Tegel waren bei zwanzig getragenen gut stehenden Stauden insgesamt dreihundzwanzig Knollen. Wie es scheint, ist der Kartoffelansatz infolge des Mangels an Feuchtigkeit allenthalben zurückgeblieben. Ein Viehfuttermangel ist für die Umgebung Berlins zwar zunächst nicht zu befürchten, da die Riefelder reichlich Gras abgeben, dagegen wird die Heu-Ernte schlecht und schwach. Das Gras auf den Wiesen ist fast völlig verbrannt und lohnt kaum den Schnitt, Grünfütter ist fast überhaupt nicht zu haben.

Wann wird Berlin Zweimillionenstadt? Die Bevölkerungszahl Berlins hat nach den vorläufigen Berechnungen des Berliner Statistischen Amtes am Schluss der bis zum 2. Juli reichenden Woche sich auf 1 967 707 gestellt. Seit Anfang dieses Jahres wäre sie hiernach um noch nicht 12 000 gewachsen, und an der zweiten Million fehlen noch über 32 000. Zu der Frage, wann Berlin Zweimillionenstadt wird, war auf Grund der Zuwachsverhältnisse des letzten Jahres zunächst die Vermutung ausgesprochen worden, dieser Zeitpunkt könne ungefähr der Schluss des Jahres 1904 sein. Später tauchte die Nachricht auf, die zweite Million werde wahrscheinlich schon im Oktober voll werden, und schließlich wurde dieses Ereignis sogar schon für den August angekündigt. Die Hoffnung auf den August ist inzwischen bereits zu nichte geworden. Aber auch die Aussichten des Oktober sind heute nicht mehr besonders günstig, und wer Lust zu prophetieren hat, der wird sich vielleicht doch für einen späteren Zeitpunkt entscheiden wollen. Andre Berechnungen lassen allerdings Berlin schon jetzt als Zweimillionenstadt gelten. Die Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes fügen ihren Wochen- und Monatsstabellen über die Sterblichkeitsverhältnisse der größeren Orte die Einwohnerzahlen vom 1. Juli des betreffenden Jahres hinzu. Diese werden für die einzelnen Jahre durch ein Schätzungsverfahren gefunden, bei dem die Zunahme zwischen je zwei Volkszählungen als eine in dem ganzen Jahresverlauf gleichmäßige angenommen wird. Für Berlin hat dieses Verfahren für den 1. Juli 1904 bereits 2 040 455 Einwohner ergeben, so daß die zweite Million längst voll sein müßte. Die Bevölkerungszahl 2 040 455 steht Woche für Woche und Monat für Monat in den Veröffentlichungen des Gesundheitsamtes und wird zur Berechnung der diesjährigen Sterblichkeitsziffern benutzt. Sie ist gegenüber dem Ergebnis der vom Berliner Statistischen Amt ausgeführten Bevölkerungsforschreibung um rund 70 000 zu hoch.

Die Unzuverlässigkeit der Tagometer-Droschken zeigt ein Vorfalle, welcher beim Polizeipräsidium zur Anzeige gekommen ist. Zwei Familien benutzten zwei Droschken zu einer Fahrt vom Alexanderplatz nach den Terrassen in Halensee und verteilten sich derartig, daß in jedem Wagen drei Personen saßen. Obwohl nun beide Droschken gleichmäßig eingeschaltet und hintereinander fahrend, genau denselben Weg zurücklegten, war doch zwischen beiden Fahrpreisanzeigern eine Differenz von sieben Pfennigen. Während die eine Anzeige-Uhr auf 3,20 M. stand, wies die Kontrolle der zweiten Droschke 3,00 M. auf.

Die Fahrkarten-Automaten-Misere veranlaßt, so schreibt und ein Leser, auch mich zu einer Fahrt in die Öffentlichkeit. Zweimal habe ich jüngst den Automaten meine Nidel vergeblich geopfert, weil diese eisernen Beamten dermaßen an Hartlebigkeit litten, daß sie durch kein Mittel — auch nicht durch eine dicke Massage — zu bewegen waren, die verschluckten 10 Pf.-Stücke in Gestalt von Fahrkarten von sich zu geben, es war auf dem Alexanderplatz und in Treptow. Beide Male wurde mit auf meine Beschwerde am Schalter der Bescheid erteilt, daß die Bahn damit nichts zu thun habe. Das ist im Jahre nicht! Die Automaten erparen nämlich dem Eisenbahnfiskus eine Anzahl von Arbeitskräften und als Gegenleistung ist den Unternehmern das Recht eingeräumt, Schokolade, Dessertungen, Bonbons, Ansichtskarten und dergl. auf dem Bahnterrain automatisch zu verkaufen. Demnach kann die Bahnverwaltung die Verantwortlichkeit für die Betriebs-einrichtung nicht ohne weiteres von sich abwälzen. Wie steht es aber, wenn jemand zufällig oder wegen eines chronischen Taschengeldes seinen letzten Nidel dem Automaten, im Vertrauen auf eine öffentliche Verkehrseinrichtung, anvertraut hat und dafür keine Fahrkarte (oder Veronofarie) erhält — weil der eiserne Beamte verstopft ist? Kredit giebt es nicht am Schalter und so ist der Geschädigte noch obendrein gezwungen, unter Umständen fünf Bahnhöfen auf Schuftern Nappens zurückzulegen. In Treptow hätte ich leicht in eine solche Lage kommen können und es wäre mir dann — da meine Zeit genau berechnet war — alsdann noch ein besonderer Schaden im Erwerb entstanden. Alles das, weil eine öffentliche Verkehrseinrichtung von einer Privatkapitalgesellschaft abhängig ist! Seitdem habe ich mir vorgenommen, vor Benutzung eines Fahrkarten-Automaten stets meine Nidel zu zählen und, wenn es nur noch ein einziger ist, an die Worte des Zellmonologs zu denken: „Entrännt er jeho kraftlos meinen Händen — Ich habe keinen zweiten zu versenden.“

Ein anderer Leser erzählt uns ein gleiches Erlebnis und fährt dann fort: Da auf diese Art und Weise vielleicht schon Hunderte von Mark der Automaten-Gesellschaft unrettbar zugeworfen sind, so wäre es meines Erachtens Pflicht der Eisenbahn-Verwaltung und im Interesse ihres fahrenden Publikums, die Automaten-Gesellschaft zu veranlassen, auf verkehrsdienlichen Bahnhöfen entweder selbst einen Beamten zu stellen oder aber mit der Eisenbahn-Verwaltung darin übereinzukommen, daß ein Beamter der letzteren beauftragt ist, den Automaten rechtzeitig außer Betrieb zu setzen. Es ist nicht allein den einzelnen Großden, den ein jeder dabei verliert, sondern man muß bedenken — ich selbst habe es schon öfter beobachtet —, daß auf verkehrsdienlichen Bahnhöfen der Automat fast den ganzen Tag vom Publikum benutzt wird. Der Automat soll doch keine Sparkasse oder gar eine Betzelschuppe für die Gesellschaft sein, und deshalb wäre es rascher, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen; das sind Zustände, die beseitigt werden müssen.

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Das Haus Wollstraße 1, Ecke Wilhelmstraße, wird immer vollständig umgeben, wobei 40 bis 50 Arbeiter aller Berufs beschäftigt sind. Seit langem befindet sich der den Arbeitern im Keller zur Verfügung stehende Abort in einem geradezu furchtbaren Zustande. Alle Klagen und Beschwerden der dort beschäftigten Arbeiter, Abhilfe zu schaffen, blieben bisher erfolglos. Ganz abgesehen davon, daß für sämtliche Arbeiter nur ein Sitz vorhanden ist, wird die Desinfektion in dieser warmen Jahreszeit gänzlich unterlassen. Auch wird die Aussicht dieses elenden Kammes weder durch eine Thür, noch durch eine Schürwand versperrt, so daß jeder den Abort benutzende Arbeiter jedem Auge preisgegeben ist. Diesen jeder Beschreibenden Ort sind sogar die beiden dort beschäftigten Scheuerfrauen gezwungen, gemeinsam mit den Männern zu benutzen. Auf Interpellation der Scheuerfrauen und der direkt neben dem Abort beschäftigten Arbeiter erklärte der als christlich bekannte Herr Mantreppolter: „Ach, Ihr seid ja schon alt, nach Euch sieht niemand mehr hin“. Vielleicht nimmt auf Grund dieser Zeilen die in Betracht kommende Revierpolizei Veranlassung, den Gausausführenden anzuweisen, diesen Seuchenherd zu beseitigen.

Beim Befahren eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens ist heute morgen gegen 1/8 Uhr die 19-jährige Verkäuferin Martha Heiser, Grimmstr. 21, von der Bahn gefallen. Das junge Mädchen wurde dort von dem genannten Hause die Hinterplattform des in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens Nr. 1000 der Linie 3 zu befeigen, glitt vom Trittbrett ab und fiel so unglücklich, daß es einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels erlitt. Die Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhause am Urban gebracht.

Erhängt hat sich, weil ihre beiden Schlafmädchen gekündigt hatten, die 47-jährige Gürtlermeisterwitwe Anna Bersinger aus der Weberstr. 14. Sie hatte drei Monate lang die Wohnungsmiete nicht bezahlt und glaubte, daß sie in noch größerer Not geraten würde. Auf einem Zettel an die Hauswirtsin schreibt sie: „Liebe Frau Zimmermann, die Not hat mich zu diesem Schritt getrieben, ich konnte nicht anders.“

Gemeinsam in den Tod gegangen ist ein Liebespaar, das am Donnerstagmorgen zwischen Schmüdowitz und Eichwalde an der Spree erschossen aufgefunden wurde. Es handelt sich um den 27 Jahre alten Kontrolleur der elektrischen Gesellschaft am Schiffbauerdamm Emil Koch, der in der Alten Jakobstr. 17 wohnte und um die 18-jährige Vuffeldame Alice Scholz, eine Tochter eines Bureaubeamten aus der Rosenhalestr. 67. Alice Scholz ist eine Schwägerin des Bruders von Emil Koch und unterstützte ihre Schwester im Geschäft. Hier machte sie seine Bekanntschaft. Ihre Eltern mißbilligten das Verhältnis, weil Emil Koch nicht geund war und deswegen das Elternhaus in Trebbin hatte verlassen müssen. Auch sollte gegen ihn von dort aus ein Verfahren wegen Verführung einer Minderjährigen anhängig gemacht werden. Deswegen brachten die Eltern Alice im Schöneberger Rathauskeller unter. Dieser Keller wurde am Montag wegen Ausbesserungsarbeiten geschlossen. Koch hatte inzwischen den Verkehr mit Alice Scholz fortgesetzt und wurde am Dienstagmorgen vom Vater scharf in das Gebet genommen und schließlich gestraft, als sie sich widerpenstig zeigte. Darauf verließ sie unter Wänahme ihres Verdienstes und von 27 M. aus der mütterlichen Kasse die Wohnung, um ihren Geliebten aufzusuchen. Beide kamen überein, unter den für sie unglücklichsten Verhältnissen gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Beide begaben sich nach Grünau, wo Alice früher in Stellung war, und haben sich dann an verschiedenen Stellen aufgehalten, bis Koch endlich seine Geliebte und dann sich durch Revolverhölle in den Kopf tötete. In einem Briefe an die Eltern hat Alice Scholz das beiderseitige Einverständnis mitgeteilt. Koch hat das Mädchen, als die Eltern es schon vor Monaten anderweit unterbrachten, um eine Trennung durchzuführen, wieder an sich gefesselt, indem er es durch allerlei Mittel aus den Stellen herausbrachte.

Mit Lysol vergiftet. „Ich ziehe in die Ewigkeit.“ Mit diesen Worten kündigte die 33-jährige Witwe Martha Koschinsky ihren bevorstehenden Selbstmord an. Frau K. hatte ein möbliertes Zimmer in der Magazinstr. 12 ohne irgendwelche Veranlassung gekündigt und wollte schon vorgestern ausziehen. Als sie zu ihrer letzten Mahlzeit in einem Brantkranggeschäft eintraf, gab sie als Erklärung für den Auszug die vorstehende Antwort. Als sie sich darauf einschloß, schloß die Hausbewohner Verdacht und ließen die Thür öffnen. Frau K. hatte Lysol genommen und lag auf dem Sofa. Als sie in einem Luchsen Wagen im Krankenhaus Friedrichshain eintraf, war der Tod eingetreten.

In der Eisenbahn verstorben ist gestern nachmittags um 4 Uhr ein Mann, der auf dem Bahnhof Gesundbrunnen in dem Abteil 163 aufgefunden wurde. Nach einer Arzterkarte scheint es sich um einen Karl Kummer aus Dranenburg zu handeln.

Beim Spielen erkrankt die Tochter des Schiffseigners Höpner aus Seddin, der mit seinem Fahrzeuge am Lehrter Güterbahnhof liegt. Das Kind fiel über Bord ins Wasser und konnte erst nach einer Stunde als Leiche aufgefunden werden.

Unter dem Verdacht der Borden wurde am Mittwochabend das 14 Monate alte Kind Maximilian Reuburg, der Sohn eines Reisenden



aus der Rollendorfsstraße, den Varaden der Charité eingeliefert. Das Kind kam mit der Mutter vor zwei Monaten aus Straßau in Berlin an und erkrankte zunächst an Malaria. Als diese gehoben war, besuchte die Mutter mit dem Kinde eine Poliklinik im Westen der Stadt, von wo die Ueberführung in die Varaden von dem Arzt sofort veranlaßt wurde. — Den sonstigen Krankenpatienten geht es gut: die Behandlung mit Coffin hat zur Folge gehabt, daß die Pusteln bedeutend schneller abgetrocknet sind, als dies sonst der Fall gewesen wäre. Eine Meldung über Bodenfälle aus dem Schiffbauerdamm, der Vorfigstraße, aus Weihensee und Nizdorf haben bei der näheren Untersuchung zu dem Ergebnis geführt, daß nur Windpocken vorliegen.

Schwer verunglückt ist am Mittwoch auf dem Bau am Kurfürstendamm 55 der Dachdecker Wily Wedig, ein junger Mann von 21 Jahren, durch einen Sturz von der Leiter. Die Augenzeugen berichten, dauerte es fast eine Stunde bis ein Krankenwagen zur Stelle war. Als der Verunglückte, der offenbar innere Verletzungen erlitten hatte, endlich im Krankenhaus Westend angelangt war, mußte er auch dort, wie uns berichtet wird, längere Zeit auf ärztliche Hilfe warten.

Eine Winderjährige entfährt und Kautionen unterschlagen hat der am 16. Dezember 1881 in Malschow geborene frühere Postzinspektor in Kiel, Emil Dräger, der seit drei Jahren in der Kommandantenstr. 47 eine Auskunftei und ein Detektivbüro betreibt und Rosenhallerstr. 68 noch ein Zweiggeschäft errichtet hatte. Dräger ging als Unteroffizier in den Polizeidienst über und kam dann als Leiter der neugegründeten Auskunftei nach Berlin. Er ist seit 18 Jahren verheiratet und hat drei Kinder im Alter von 12 bis zu 6 Jahren. Er beschäftigte drei Angestellte und hatte die am 21. November 1886 in Friedr. d. Berg geborene Tochter einer Beamtenwitwe aus der Pfarrstraße daselbst als Buchhalterin angestellt. Eise Rohland ging ein Verhältnis mit ihrem Direktor ein und wurde deswegen im Herbst vorigen Jahres von der Ehefrau aus dem Geschäft entfernt. Dräger wollte aber von dem Mädchen nicht lassen und erzielte deswegen vom 1. Oktober v. J. ab das zweite Geschäft, wo Eise v. beschäftigt wurde. Die Geschäfte gingen nicht glänzend, so daß sich Dräger entschloß, mit seiner Geliebten zu entziehen und seine Familie zu verlassen. Er schickte eine Geschäftsdirektin nach auswärts vor, während das junge Mädchen der Mutter vorliegende, daß es eine Landpartie unternehmen werde. Dräger hat etwa 2000 M. von den von Angestellten hinterlegten Geldern unterschlagen und einen Teil davon mit auf die Reise genommen. Beide Personen kamen nicht zurück, dagegen langte vor einigen Tagen von Dräger eine Postkarte aus Berlin bei der Ehefrau an, auf der er in Mittelreimern mittelt, daß er sich das Leben nehmen werde, wenn das Geld in Juchheißa verbraucht sei. Die Verse zeugen weder von Begabung, noch von Ehrgefühl. Wofin beide gegangen sind, ist vorläufig rätselhaft. Das junge Mädchen, dessen Mutter einen Strafantrag gegen den Entführer gestellt hat, trägt blondes, in der Mitte geschaiteltes Haar, hat graue Augen, ein kleines Stumpfnäschen und ein frisches Gesicht. Sie trägt einen dunklen Rod, eine cremefarbene Bluse mit weißem Spitzenträger, ein schwarzes Jackett, einen kleinen weißen, runden Hut, gelbe hohe Knöpfstiefel und eine silberne Uhr mit einer langen goldenen Halskette. Sie ist 1,58 Meter groß. Dräger misst 1,76 Meter, ist blond, hat einen rötlichen Schnurrbart, ein volles rundliches Gesicht und eine kräftige Gestalt. Er trägt einen dunklen Jackettanzug und einen weißen, eingebrachten Strohhut. Das Zweiggeschäft in der Rosenhallerstraße ist geschlossen, das Hauptgeschäft führt die verlassene Frau mit den Angestellten weiter.

Beim Sommerfest des 6. Wahlkreises im Moabit. Schützenhause sind folgende Gegenstände gefunden worden: 1 Spazierstock mit schwarzer Hornkrüde, 1 Bund kleiner Schlüssel mit angehängtem Bleisüß, 1 Botanikertrommel, 1 Taschentuch, 1 Damenportemonnaie mit 75 Pf. und 3 Marken Inhalt, 2 Damenkämme, 1 Damen-Uhrkette, 1 Schlüssel mit eingeschlagener Nummer 39, 1 Damenhandschuh. Dieselben sind beim Kassierer F a h r o w, Rabenstr. 6, abzuholen.

Feuerbericht. In der letzten Nacht mußte ein größerer Brand in der Chausseest. 53 gelöscht werden, der um Mitternacht im zweiten Quergebäude der Neuen Berliner Metallwerke von F. Simon aus unbekannter Ursache ausgekommen war. Als das Feuer, welches dort schon längere Zeit geschwelt haben muß, bemerkt wurde, hatte es bereits eine beträchtliche Ausdehnung erlangt. Die Flammen schlugen schon aus den Fenstern heraus. Die vierte Compagnie unter Leitung des Brandmeisters Dannerlöschte den Brand durch kräftiges Wassergeben in verhältnismäßig kurzer Zeit. Eine Betriebsstörung soll nicht eintreten. — Etwas später mußten in der Schwebertstraße 3 und am Rottbühner Damm 18/19 zwei Kellerbrände, die durch Pfeiflophen entstanden waren, gelöscht werden. Ferner brannte nachts in der Marienburgerstraße 9 ein Keller und gestern früh in der Kronenstraße 56 alter Hausrat. Ein Küchenbrand wurde aus der Prinzen-Allee 12 gemeldet und Krausenstr. 56 ein Sauerstoffapparat bei einem an Herzschwäche leidenden Patienten benutzt.

Nach den statistischen Zusammenstellungen der Berliner Feuerwehrentstehen die meisten Brände in Wohnräumen. Im letzten Jahre mit 12 608 Bränden, entstanden nicht weniger als 8612 in Wohnräumen, 1895 in Küchen, 356 in Vadezimmern, 199 in Kellern, 85 in Bodenräumen, 88 in Klosettträumen, 47 auf Gängeböden, 22 auf Treppen, 17 in Kammern und 13 in Ver schlagen. 108 kamen in Restaurationen und 39 in Möbelfabriken und Tischlereien, 37 auf Höfen, 59 auf Straßen, 77 auf Wogen, 18 auf Holzplätzen, 39 in Lageräumen, 21 in Koffelhandlungen, 26 in Schneidwerkstätten, 16 in Maschinenhäusern, 71 auf Eisenbahnwagen, 10 in Theatern, 21 in Bäckereien, 12 in Räucherzimmern, 13 in Konfektionsgeschäften, 11 in Kolonialwarenhandlungen.

Ein See-Elefant, ein männliches Riesen-Exemplar, wird demnächst in Berlin zur Ausstellung gelangen und zwar auf dem sogenannten „Arena-Terrain“ des Zoologischen Gartens. Das kolossale Tier, welches bisher weder lebend noch in ausgetrockneter Form in Europa gesehen wurde, gehört dem Museum Umlauf in Hamburg an und wurde 1901 an der Küste der Falklands-Inseln erlegt. Früher in Herden von Tausenden daselbst heimisch, gelangt der See-Elefant nur noch als äußerst seltener Jergast aus dem Südpolarmeer bis an die Küsten Südamerikas und selbst alte erfahrene Walfischfänger betrachten ein Tier von dieser Größe als ungewöhnliche Seltensheit. Ueber Punta Arenas gelangten Haut und Skelet nach Hamburg. Das Jurichten und Montieren beanspruchte fast ein halbes Jahr. Es handelt sich somit hierbei um eine erste Sehenswürdigkeit, die sicherlich großes Aufsehen in Berlin erregen wird.

Im Veltelliance-Theater findet am Freitag der letzte der Novitätenabende des Emil Winter-Tymian-Gastspiels statt. Es gelangt ein vollständig neues Programm zur Aufführung, das bis zum Schluß des Gastspiels, Ende dieses Monats, auf dem Spielplan bleibt. Nächst neuen Vorträgen des famosen Damendarsillers Sylvare und des urkomischen Humoristen Voigt gelangen u. a. „Der verhängnisvolle Kreidestrich“ und „Ein Polsterabendscherz bei Deutenants“ von Winter-Tymian zur Vorführung.

Aus den Nachbarorten.

Ober-Schönweide. Den Mitgliedern des Bahlbereins zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 23. Juli, abends 8 Uhr, in Zabberts Waldschützen der Sommerachts-Familienabend für Mitglieder und deren Angehörige veranstaltet wird. Da keine Karte stattfindet, haben sich die Mitglieder ihre Willets von den Bezirksführern vorher zu besorgen. Eine starke Beteiligung der Genossen und Genossinnen erwartet Der Vorstand.

Alt-Stienick. Die regelmäßige Mitgliederbesammung des Socialdemokratischen Wahlvereins findet am Sonnabend, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr statt.

Unter besonderen Vorsichtsmaßregeln wurde gestern ein Mann der neunten Ferienstrafkammer des Landgerichts I vorgeführt, der in dem Rufe einer großen Gemeingefährlichkeit stand. Es war der im Jahre 1878 in London geborene Nestler Matusek. Vor Gericht gab er über seine Personalken an, daß er England nach seiner Einsegnung verlassen habe und nach Amerika ausgewandert sei, wo er sich als Nestler sein Brot verdient habe. Vor einigen Jahren ist er in Chicago wegen Raub zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nach fünf Monaten gelang es ihm, aus dem Gefängnis zu entfliehen und nach England zu entkommen. Hier beging er neue Straftaten, die ihm neue Gefängnisstrafen eintrugen. Dann wandte er sich nach Berlin. Hier soll er ein Verbrechen begangen haben, das nahe an Raub grenzt und dessen Art der Ausführung daraus schließen läßt, daß eine internationale Gaunerbande zusammen gearbeitet hat. Am Nachmittag des 9. Juni hatte der schon betagte und etwas hinfällige Buchhalter Helmholz bei der Reichsbank etwas über 3000 M. erhoben. Das kleine Geld steckte er ins Portemonnaie, 3000 M. in Papier in seine Brieftasche. Auf dem Heimwege betrat er die Bedürfnisanstalt auf dem Spittelmarkt. Es folgten ihm unmittelbar drei Männer, Helmholz schenkte ihnen aber keine Beachtung. Als er im Begriff war, den Ort wieder zu verlassen, vertrat ihm einer der drei Männer plötzlich den Weg, rief ihm mit einem kräftigen Rud den Obertrud auf, zog mit einem zweiten schnellen Rud die Brieftasche heraus und säuerte mit dem Raube davon. Die beiden Männer waren inzwischen durch den anderen Ausgang davongelaufen. Der ganze Vorfall spielte sich so schnell ab und kam für den Ueberfallenen so überraschend, daß dieser nicht einmal um Hilfe rufen konnte. Er hatte sich das markante Gesicht seines Angreifers aber gut merken können und erkannte als diesen mit Bestimmtheit den Angeklagten wieder, als er in einem hiesigen Hotel ermittelt wurde. Der Verhaftete nannte sich bei seiner Verhaftung John Meyer, ebenso vor dem Untersuchungsrichter und bei seiner Einlieferung ins Untersuchungsgefängnis. Als dann aber die Auskünfte aus England über ihn eintrafen, bequimte er sich dazu zu gestehen, was Geistes Kind er sei. Im Termine behauptete er, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein, es mußte deshalb schleunigst der gerichtliche Dolmetscher Herr Julius Haade herbeigeholt werden. Der Angeklagte bestritt entschieden die That, er müsse das Opfer einer Personenverwechslung geworden sein. Er sei nach Berlin gekommen, um sich hier Stellung zu suchen, Begleiter habe er nicht gehabt. — Die Beweisaufnahme stellte zweifellos fest, daß der Angeklagte der Thäter war. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von drei Jahren wegen Diebstahls und vier Wochen Haft wegen falscher Namensbeilegung. Der Gerichtshof, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors v. Winterfeldt, hielt das beantragte Strafmaß für zu gering und erkannte auf fünf Jahre Gefängnis und vier Wochen Haft. Leute wie der Angeklagte seien den Raubthieren gleich zu erachten und müßten so lange wie möglich unschädlich gemacht werden. Es sei anzunehmen, daß der Angeklagte und seine Komplizen den Bestohlenen erst in der Reichsbank beobachtet hätten, ihm dann gefolgt seien und bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zur Ausführung der That schritten.

Von der Verurteilung der Wahlfälschung ist am 24. Oktober v. J. vom Landgerichte Königsberg der Schneidergeselle August Schilling freigesprochen worden. Am 25. Juni 1903, dem Tage der Reichstags-Wahl, lag der Schloffer W. im Krankenhaus. Der Angeklagte, der in demselben Hause wie W. wohnte, ging zu Frau V. und ließ sich von ihr die Wahleinschuldungsbillete ihres Mannes geben. An diesem Tage wurde auf den Namen des W. gewählt, obwohl W. weil gelähmt, das Krankenhaus nicht verlassen konnte. Die Wahleinschuldungsbillete wurde beim Angeklagten gefunden. Das Gericht hat trotzdem auf Freisprechung erkannt, weil nicht ausgeschlossen sei, daß der Angeklagte einen unbekanntem Schlepper beauftragt hat, zu W. zu gehen, und daß der Schlepper ohne Wissen des Angeklagten für W. gewählt hat. — Die Revision des Staatsanwalts, der die Feststellungen als unzureichend bezeichnerte, wurde am 20. Juli vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Ein neuer Prozeß. Aus Halle berichtet man und unterm 20. Juli: Die Künstlerin Frau v. Gallas, Mitglied unfres Stadttheaters, hatte vor längerer Zeit das Unglück, bei einer Aufführung im Theater durch vorzeitiges Herabgehen der Verankerung den Spentel zu brechen. Sie verlangte 8000 M. Schadensersatz. Theaterdirektor Richards bestritt aber, zu der Zahlung verpflichtet zu sein. Frau v. Gallas klagte daraufhin, und zwar weil sich inzwischen ergeben hatte, daß sie infolge des Unfalls dauernd ihrer Bühnentätigkeit beraubt wurde, auf 40 000 M. Jetzt ist nun Direktor Richards letztinstanzlich verurteilt worden, 32000 M. an die Künstlerin zu zahlen. Die Entscheidung trifft Direktor Richards um so schwerer, als er nicht verdächtig ist. Man erzählt sich, Herr Richards habe sogar unterlassen, seine Bühnenarbeiter, wozu er gesetzlich verpflichtet ist, gegen Unfälle zc. zu versichern, und habe deshalb Strafe zu gewärtigen.

Berliner Tanzlehrer-Verband. Heute abend 9 Uhr, Alte Jakobstraße 75: Übungsstunde.

Vermischtes.

Feuer auf der Bühne. Alstedt, 21. Juli. Bei einer Wohlthätigkeitsvorstellung für die Feuerwehrlingen gestern in der Garderobe des Kurhauses zwei Berliner Künstlerinnen mit ihren Kleidern an einer Spiritusflamme Feuer. Als sie zur Bühne eilten, geriet das Publikum in große Verwirrung, schlug Fenster entgegen und stürzte aus dem Saal, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Die beiden Künstlerinnen trugen unerblickliche Brandwunden davon.

Schwerer Ban-Unfall. Königshütte, 21. Juli. Dem „Königshütter Tageblatt“ zufolge stürzte heute vormittag bei einem im Bau befindlichen Schulhaus das Vangerüst zusammen. Acht Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen. Sechs von ihnen wurden schwer, zwei leicht verletzt. Hoffentlich wird durch eine strenge Untersuchung festgestellt, wen die Schuld an diesem schweren Unglück trifft!

Zwei Berliner Touristen verunglückt. Budapest, den 21. Juli. Der „Pester Lloyd“ meldet aus Bad Schmecks: Zwei Berliner Touristen sind von der 2400 Meter hohen Patria-Spitze in der Tatra abgestürzt. Gestern abend wurde der eine, Oslar Wehr, mit gebrochenem Schädel und mehrfachen Knochenbrüchen am Fuße in einer 40 Meter tiefen Schlucht tot aufgefunden. Der andre Tourist, dessen Name noch nicht festgestellt werden konnte, liegt schwer verwundet am See daneben, wozu er sich noch schleppen konnte. Bei Wehr wurden 700 Kronen bares Geld gefunden. Die Touristen haben die Besteigung der Patriaspitze ohne Führer unternommen, da diese sich weigerten, den von den beiden Touristen gewählten besonders Gefährlichen Weg einzuschlagen.

Jansbrunn, 21. Juli. In Rittterolung im Rusterthal sind 32 Bauernhöfe abgedannt. Ein Kind ist in den Flammen umgekommen. — Vom Riensberg bei Jenbach ist der 18jährige von Prohaska, der sich mit seinem Onkel aus Graz in der Sommerfrische befand, abgestürzt und tot geblieben.

Budapest, 21. Juli. Aus mehreren Orten Ungarns werden mehr oder weniger große Brände gemeldet. Im Dorf Bajdej im Komitat Hunhad wurden 43 Häuser zerstört, wobei eine Frau mit ihren beiden Kindern umkam; in Bereg, im Komitat Vacs-Bodrog, unweit Baja, wurden 80 Wohnhäuser nebst Nebengebäuden eingestürzt; die Leiche eines kranken Greises wurde aus den Trümmern hervorgezogen und eine alte Frau erlitt schwere Brandwunden. Das Feuer wurde erst in den heutigen Morgenstunden durch herbeigeleitete Feuerwehreute der nächstliegenden Ortschaften auf seinen Herd besänftigt. In Erzgrub im Komitat gleichen Namens wurden große Mengen Getreide bei einer Feuerabrennt vernichtet.

läßt sich die „Volks-Zeitung“ von einem Bewährten, der zur Zeit, als das Geschichtchen spielte, in unmittelbarer Nähe des „Schauplatzes der Handlung“ lebte, in folgender Weise erzählen:

Vor ungefähr anderthalb Jahrzehnten machte der damalige Kronfolger, heutige Zar Nikolaus (merkt Du was, teurer Leser!), eine Vergnügungstour um die Erde, auf der er, wie bekannt, in Japan von einem fanatischen Bewohner des Inselreiches durch ein Attentat verewundet wurde. Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, und je bedeutungsvoller, epochenmachender sie sind, desto zeitiger erscheinen die langen Schatten. Heute wird das ganze Japansblut gezüchtigt, und der Zar begreift nicht, wie sein mit Heiligenbildern reichlich versorgtes „Kriegesprobies lapferes Heer“ von diesem Mongolenwolf Schläge erhalten kann, weil er von seiner Umgebung über die in Reich und Heer bestehenden Schäden, über die ungezählten Korruptionsercheinungen getäuscht wird.

Auf seiner Reise berührte der russische Kronfolger Java. Er verblieb einige Zeit in Batavia. Die Flussdeltas, der Java-See in der Nachbarschaft dieser Stadt sind berühmte Schlußwinkel großer Krokodile. Nichts war natürlicher, als daß man dem hohen Reisenden Gelegenheit gab, eine solche Wüste zu erlegen, damit er die präparierte Haut als Jagdtrophäe nach Haus bringen könne.

Ein Krokodil — nota bene ein großes — zu erbeuten, ist aber durchaus nicht so einfach und bequem, wie es in den meisten Reise-Schilderungen dargestellt wird.

Will man also ein Krokodil tatsächlich erbeuten, so darf man es, selbst wenn man Kronfolger von Russland ist, nur schießen, wenn es sich an Land befindet. An bestimmten Tagesstunden, in der Regel zur Zeit der Ebbe, sonnen sich die im Schlamm liegenden Tiere, denen die glühende Tropensonne das reine Labal ist. Wenn sie ihre Glieder halten, sperren sie häufig den Nacken andauernd weit auf, als ob sie die Maulspalte hätten oder auf das Hereinfliegen gebratener Tauben warteten. Das ist die Situation, in der man Krokodile erbeuten kann. Das sie umgebende Gelände ist stets undurchdringlich dicht bewachsen und sumpfig. Man kann also nur von der Wasserseite herantommen und muß demnach die Ufer des Deltas im Boot gleichsam abspürchen. Brandbar ist nur ein ganz kleines Ruderboot, das von einem Javanen lautlos fortbewegt und gesteuert wird. Der Schütze selbst liegt im Boot auf dem Bauche im Anschlag. Es ist schwer, und es gehört viel Uebung dazu, ein im dichtbewachsenen Schlamm liegendes Krokodil auf Schußweite zu erfäßen. Das geringste Geräusch vererschreckt das Tier oder dreht, so daß es schwer ist, nahe heranzukommen. Welch ungeheuerliche Strapazen hat man bei solcher Jagd auszustehen! Tropische, den Europäer gerabezu beinahe in tropischer flüssigen Zustand zerschmelzende Hitze von 45 Grad Celsius, Miasmen, Malariagefahr usw. Schließlich winkt noch nicht einmal die Sicherheit des Erfolges.

Dem russischen Kronfolger nun wollte die höfliche Umgebung solche Anstrengungen und Gefahren nicht zumuten. Aber andererseits sollte die „Strecke“ von vornherein gesichert sein. Daher griff man zu folgendem Mittel edt russischer Art:

Das Delta des Tanagerang-Flusses, der einige Kilometer westlich von Batavia in die Java-See mündet, wird von auhergewöhnlich großen Krokodilen bevölkert. Dort wurden mit großen eisernen, an Ketten befestigten Haken, an deren Spitzen tote Hühner, Enten, Hunde und dergleichen festgebunden waren, den Krokodilen gleichsam fallen gestellt. Und wirklich fing man drei riesige Tiere von je 25 bis 30 Fuß Länge, die den Körper mit dem Haken verwickelt hatten und nun lebendig an der Seite lagen. Man bugsierte sie an Land, band sie dort an große starke Bambus-Stangen fest und transportierte sie nach Batavia an den Ausfluß des Tjilewong, der durch die Stadt strömt. Dort, wo die Jagd der Russen stattfinden sollte, wurden nun die Krokodile dicht am Ufer, mit den Köpfen nach dem Wasser zu, an tief eingerammten Pfählen durch Ketten und Stricke „verankert“. Natürliches und künstliches Geräusch verdeckte die „Verankerungen“. Man sah vom Wasser aus nur drei riesige Krokodilköpfe.

Mit großem Gepränge wurde die Jagd in Scene gesetzt. Der Zarewitsch fuhr mit seinen Begleitern in einem bequemen, eleganten, tadellos verproviantierten Boot den Fluß hinunter; hinter ihm her eine Anzahl von Europäern, Chinesen und Eingeborenen, ebenfalls in Booten. Das Ganze glied einem geräuschvollen Festzug zu Wasser. Selbst das vertrauensseligste Krokodil wäre vor dem Lärm schon auf fünfhundert Schritt Hals über Kopf ins Wasser gesprungen. Da aber die drei Riesenkrokodile fest verankert waren, so blieben sie im erzwungener Lokalität liegen. Wären sie des Lateinischen mächtig gewesen, so hätten sie mindestens denken können: „Ave, Zarewitsch, morituri te salutant!“ Der Zarewitsch schoß eines der Tiere; seine Begleiter — es waren nach meiner Erinnerung Großfürsten — die beiden andern. Verschiedene ad hock dreffierte Javanen stürzten sich auf die Leidsname und erlösten sie von ihren Pfählen. Dichtes Gebüsch und Strauchwerk entzog die Hantierungen der Palaten den Augen der glücklichen Schützen, die im Boote der Jagdente harrten.

Die Ausführung des ganzen Arrangements war von dem damit betrauten Beamten mit großem Geschick durchgeführt worden. . . .

Aus der heiteren Geschichte zieht das Blatt dann folgende ernste Moral:

„Warum diese wahre Geschichte, obwohl sie eine Jagdgeschichte ist, in dem politischen Teil einer politischen Tageszeitung an ihrer richtigen Stelle steht, wird der Leser jetzt nicht mehr fragen. Wie sagte doch der Sachverständige Professor v. Neukner im Königsberger sogenannten Geheimbund-Prozeß vom Zaren? Daß der „Selbstherrscher“ ganz in die Hand seiner Umgebung gegeben ist. Die Bureaucratie macht aus ihm, dem „Ohnmächtigen“, was sie will; sie macht aus seinen Entschlüssen und Beschlüssen, was ihr beliebt. Dazu ist ein sorgfältig durchgeführtes System der Täuschung notwendig. In den wichtigsten politischen Dingen „bewährt“ sich dieses System der Kamacilla oder der Kamorra, wie man es nennen will, gegenüber dem Zaren. In Fragen von geringerer europäischer Wichtigkeit, wie zum Beispiel in Angelegenheiten der Beschaffung interessanter Jagdtrophäen, sängt das System der Täuschung schon beim Kronfolger an. In dieser Beziehung haben die „verankerten“ Krokodile durchaus eine hohe symbolische Bedeutung. Das Purchtbare an diesem Lügen-system ist nur das eine, daß nicht immer bloß die Krokodile die Opfer sind. Daß ihm „Menschenopfer“ u e r h ö r t“ gewirkt werden, das ist das Erschütternde des Systems. . . .“

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

Guthab. Der Chemann kann mit Aussicht auf Erfolg aus Herausgabe kagen. Die Ehefrau hat sich eines Diebstahls od. dgl. gegen ihren Mann durch Verkauf der Sachen nicht schuldig gemacht, weil Diebstahl u. dgl. zwischen Ehegatten nicht anerkannt wird. Wohl aber kann der Käufer der Beihilfe zur Unterschlagung oder Hehlerlei schuldig sein, wenn er die Sachlage kannte oder kennen mußte. — R. P. 100. Sie können bei dem Gericht, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt, auf Zahlung kagen. — G. Prozeß. Rein: das Armenrecht hat die Wirkung, daß die Gebühren für den eignen Anwalt und die Gerichtskosten so lange gestundet bleiben, bis der Schuldner in bessere Verhältnisse kommt. — R. T. 1856. Rein. — 100 B. Wenn Sie noch nicht 27 Jahre alt sind, hat die Bewerbung, die umschließt an das Polizeipräsidium zu richten ist, möglicherweise Erfolg. Sie haben dann zunächst eine Vorprüfung beim Poliklin zu bestehen, und werden, sobald Platz ist, zum sechsmonatlichen Kurkurs in der Charité zugelassen. Bestehen Sie dann die Prüfung und sind noch nicht 30 Jahre alt, werden Sie zur Hebamme ernannt. Die Kuruskosten betragen etwas über 300 Mark. — A. Th. 2. 1. Wenn die Formvorschriften beobachtet sind, ist ein eigenhändig ge- und unterschriebenes, datiertes Testament gültig. Unterschrieben wird erfordert: es muß also die Unterschrift alles deken, daß nicht etwa u e b e n das Datum gesetzt werden. Änderung und Weisung finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führer, letzte Seiten, Nr. 55—59. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. 2. Wein. 3. Ja. — Erbschaft. Ob Ihnen Herr Onkel etwas vermacht hat oder vermachen wird, können Sie lediglich durch den Onkel oder nach dessen Tod durch erfahren. Beipflichtet, etwas seinem Neffen zu hinterlassen, ist kein Onkel.







Zur Arztesfrage.

Anknüpfung an eine Notiz in Nr. 159 des „Vorwärts“ (Hauptblatt zweite Seite) sandte Herr Dr. Zepher die nachfolgenden Ausführungen, die mir infolge Stoffandrangs bisher zurückgestellt werden mußten. Wir werden morgen erwidern.

Dr. Zepher schreibt:

Der „Vorwärts“-Referent hat den Wiesbadener Vorgang zu einem Vergleich mit der Krankenlassenfrage herangezogen, und zwar in einer Weise, die aufs neue deutlich erkennen läßt, wie sehr er von blinder Feindseligkeit gegen die Ärzte erfüllt ist, und jedes Edele nach Klarer und gerechter Betrachtungsweise eingeklinkt hat. Er gelangt in seinen Ausführungen zu den greiflichsten Widersprüchen und zu einem vollen Konfession.

Der Verfasser lehnt die Tazge als einen ganz ungeeigneten Maßstab für die Bewertung ärztlicher Leistungen zwar ab, hält sich aber dennoch darüber auf, daß in der Privatpraxis von der Tazge als Norm für die Leistungen mannigfach gänzlich abgesehen, und bei der Zahlungsfähigen die Tazge je nachdem mehr oder weniger überschritten wird. Verfasser will als angemessene Honorierung eine solche betrachtet wissen, welche der Leistung angemessen sei. Vielleicht hat er dann aber die Freundschaft, festzustellen, welche Honorierung das in jedem Falle sein würde. Wie das (hier ganz abgesehen von der verschiedenen Qualität der Ausführung bei Leistungen der nämlichen Art und von noch anderen Unterschieden) ohne Tazge geschehen könnte, ist mir ein Rätsel.

Daß gewisse Ärzte ihren Klienten gegenüber oder auch überhaupt die meisten Ärzte gewissen Klienten gegenüber sich an die vorhandene Tazge aber nicht binden wollen, ist dem Verfasser eben auch nicht recht.

In der That war es in der Privatpraxis von jeher üblich und, wie in den Prozederhandlungen angeführt wurde, billigtweiges Übereinkommen, daß der Arzt sich an die Tazge nicht für gebunden erachtete, und nur bei Streitigkeiten mußte auf dieselbe zurückgegriffen werden. Ja, viele Ärzte kennen die Tazge gar nicht, manche werden kaum von der Existenz einer solchen etwas wissen. Erst die Streitfragen mit den Krankenlassen haben das Vorhandensein der Tazge so sehr in den Vordergrund gerückt.

Es ist durchaus „standeswürdig“, bei reichen Leuten die Tazgen weit, sogar um ein Mehrfaches, zu überschreiten, während (um einer besonders aufgeworfenen Frage des Verfassers die Antwort zu teil werden zu lassen), es Klassenmitgliedern gegenüber standeswürdig wäre, den Minimalfähigen der Tazgen gemäß oder wenigstens nicht gar zu tief darunter zu liquidieren. Trägt doch der verschiedenen finanziellen und gesellschaftlichen Lage der Patienten sogar die Tazge selbst Rechnung mit ihrer Befestigung von Minimal- und Maximalfähigen.

Indessen: die verschiedene Honorierung je nach der finanziellen Situation findet der Verfasser anstößig. Was Jahrhundertlang gegolten hat, soll mit einem Male anstößig sein! Aber wenn nicht Verfasser mit dieser Betrachtungsweise? Will er seine soziale Fürsorge auch auf die armen Kommerzianten erstrecken, und solche vor den gleichen Ärzten schützen. Der Vergleich mit dem Trinkgeldwesen ist völlig deplaziert. Der Arzt kann seine Tätigkeit, die eine liberale ist und sein muß, und viel eher beifälligerweise mit dem Wirken von schaffenden Künstlern zu vergleichen ist, nicht zu festen Preisen bezapfen, wie der Wäcker die Semmel und der Brauer das Bier. (Ja, auch letzteres trifft noch nicht einmal zu.)

Soll der Kommerziant für eine Konsultation 30 Pf. zahlen, seine Gattin für die ärztliche Hilfe bei einem Abort, die hierbei notwendige Operation und familiären Besuche (wie in der Krankenlassenpraxis) im ganzen höchstens 6 M.? Der Arzt muß je nach den Verhältnissen verschiedene liquidieren, sowohl im Interesse seines Ansehens wie seiner Existenz. Denn von den schlecht zahlenden, ärmeren Privatpatienten und von der Krankenlassenpraxis können nur die wenigsten leben, und eine unangemessene Abrechnung bei den Besthenden würde dem Arzt nur sein Ansehen und — seine Randschaft kosten. Soll das alles sich ändern und auf den erhabenen Standpunkt gebracht werden, wie Verfasser es wünscht, dann muß der ärztliche Betrieb verstaatlicht werden. Die Schattenseiten dieses Systems hier zu erörtern, würde zu weit führen.

Gegenüber dem „unwürdigen“ System, die ärztlichen Klienteln je nach Vermögen zu besuieren, schwärmt also Verfasser für feste Anstellung der Ärzte und für „gute Bezahlung“ derselben, und er denkt dabei vornehmlich an die Krankenlassenpraxis.

Daß den Ärzten der Kampf um die zunächst noch gar nicht einmal verlangte „gute Bezahlung“, sondern nur wenigstens etwas bessere Bezahlung von den Kassenherren recht sauer gemacht wurde, daß letztere erst nach dem von den Ärzten unternommenen Kampf, und als ihnen im Kampf das Messer an der Kehle saß, sich zu der „guten Bezahlung“, z. B. zu Honoraren von 6000—8000 M. herbeiließen, das wird nur zu gern verzeihen. Aber wenn unter den Ärzten ist denn selbst mit diesem System gedient? Die angestellten Ärzte müssen für dieses Honorar eine Arbeit leisten, die nur dem härtesten Frontdienst zu vergleichen ist, in dem sie nicht nur jede ärztliche Würde verlieren, sondern jede Möglichkeit, die Fortschritte der Wissenschaft zu verfolgen und sich weiter auszubilden, außer Acht lassen müssen.

Sie werden zum Schaden auch für die Patienten, denen jegliche eingehende Behandlung, jede Berücksichtigung ihrer individuellen Wünsche und Empfindungen verweigert werden muß, zu öden Routiniers, die Behandlung muß eine schablonenhafte, wahrhaft banalitätsvolle werden und unerbittlich häufig zu großen Fehlern und Veräumnissen führen, die gesundheitliche und wirtschaftliche Schädigungen auf der andern Seite zur Folge haben müssen. Selbst in ihrer Menschlichkeit werden solche Ärzte arg beeinträchtigt, denn sie werden schmäher wie die armen Lohnarbeiter in ihrer Arbeitskraft ausgenutzt und aufgerieben. Ist es doch bei ihnen nicht mit einer 10stündigen Arbeitszeit abgethan, werden sie doch vielmehr Tag und Nacht ins Ungemessene in Anspruch genommen! Indessen sei es drum! Wo aber bleiben die nicht angestellten Ärzte? Mit Gehältern von 6000 M. und mehr kann doch nur ein kleiner Teil der gesamten Ärzteschaft angestellt werden, und zwar ein um so kleinerer Teil, je größer die fixierten Gehälter sind. Und diesen ändern, nicht angestellten Ärzten, wird doch durch die feste Anstellung der wenigen das gesamte Krankenmaterial, das sich in den Kassen befindet, künstlich entzogen, von welchem sie sonst einen größeren oder kleineren Anteil in Behandlung bekämen, die sie entsprechend dem ihnen zur Verfügung stehenden größeren Zeitaufwand mit um so mehr Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit ausüben könnten.

Was bleibt aber den ausgeschlossenen andres übrig, als bei den nicht in Kassen befindlichen Patienten, deren Morbidität und Veranlassung, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, wegen der besseren sozialen Lage obendrein eine viel geringere bzw. seltener ist, als bei jenen, größere Honorare zu fordern, und zwar um so größere, je zahlungsfähiger die Klienteln ist?

Welche Inkonsequenz also, auf der einen Seite für fixierte Kassenärzte zu schwärmen, auf der andern Seite die Ärzte wegen der Art ihres Betriebes, die doch vorläufig durch nichts ersetzt werden kann, zu verpötern und diesem Betrieb das System der fixierten Ärzte als das höhere gegenüberzustellen, wiewohl doch nur der kleinste Teil der Ärzte, und zwar auf Kosten der andern, dieser Vergünstigung teilhaftig werden könnten! Der Spot wäre doch nur eben dann allenfalls berechtigt, wenn die Krankenlassen insstande wären, alle Ärzte, die es wünschen, fest anzustellen, oder wenn schon ein Versuch, die Ärzte zu Staatsbeamten zu machen und als solche gut und sicher zu fundieren, von den Ärzten vereitelt worden wäre.

Gerade das System der fest angestellten Ärzte schafft eine große ärztliche Referendarie, was die freie Arztwahl eben verhindern oder wenigstens mildern will. Aber gerade den Verfechtern derselben wurde ja stets entgegen gehalten, daß die Kassen nicht dazu da

wären, die Ärzte zu versorgen. Das verlangen die Ärzte auch gar nicht. Was sie verlangen ist, daß sie durch die Monopole bei den Kassen nicht geschädigt werden. Aber eben diesen Geschädigten wird von dem Verfasser des Artikels anstatt Anerkennung ihrer üblichen Lage nur Hohn und Spott zu teil.

Und nun noch einmal die Frage der „angemessenen Honorierung“ für den Einzelfall. Was versteht der Verfasser unter standeswürdigen Honoraren? Die hohen Honorare der reichen Leute nicht, und die Tazge auch nicht. Dann wohl die Honorare, wie sie bei der freien Arztwahl (und, auf den Einzelfall berechnet, noch niedriger bei den fixierten Arztgehaltern) resultieren? Also etwa 30 Pf. für eine Konsultation. Ach, wüßte nur der Verfasser, was für diese 30 Pf. alles verlangt wird, er würde einen andern Begriff von der ganzen Sache bekommen. Die Unterzungen, die Verordnungen, die vielerlei Anträge, all das Schreibwerk — und zuletzt die Verantwortungen. Letztere wird besonders groß, wo es sich um operative Eingriffe handelt. Die Vermeidung eines Abortus z. B. mit allen dazu gehörigen Besuchen usw. wird bei einigen Kassen mit 6 M. bezahlt, bei andern noch geringer. Weiß der Verfasser etwas von der peinlichen Antiseptik mit all den großen Umständen, die mit der Behandlung solcher Fälle verbunden sind? Weiß er etwas von der schwierigen äußeren Umständen, unter denen solche Dinge oft vorgenommen werden müssen? Wie leicht kann da etwas passieren, wenn nicht sogar ein Kunstfehler, dann doch ein unerschuldetes schlimmes Ereignis und ein schlechter Ausgang! Und hier ist nicht nur das Renommee des Arztes im Gefahr, sondern unter Umständen selbst die Ehre durch die Möglichkeit einer strafgerichtlichen Verantwortung, gar nicht zu reden von der eignen Lebensgefahr infolge Blutvergiftung usw. Wie viel Unruhe und Selbstverwundung, wie viel schlaflose Nächte giebt es da wohl öfter für diese 6 M.!

Ist das nun die „angemessene Honorierung“? Und soll man dafür auch die Frau Kommerziantin behandeln? Was soll also jene sonderbare Kritik?

Nein, Ihr Standpunkt ist im höchsten Grade verkehrt und — diplomatisch. Die Ärzte begehen heute in ihren Kämpfen gewiß viele Dummheiten. Aber man muß ihnen manches zu gute halten: sie sind nicht nur durch eben die Kämpfe gewissermaßen nervös geworden, sie sind verbittert, verbittert besonders auch gegen einen großen Teil des zahlungsfähigen Publikums, welches seine gegen die Arbeiterschaft gezeigte Engberzigkeit vielfach auch gegen die Ärzte zur Anwendung bringt. Eine Denkweise wie die des Dr. Fischelich, der „wissen wollte, warum er Arzt sei“, ist vielfach nur Folge und Ausdruck einer solchen Verbitterung, der um ihre Erziehung im einzelnen wie als soziale Glieder der menschlichen Gesellschaft schwer ringenden Ärzte. Dafür sollte die Socialdemokratie Verständnis haben. Aber anstatt das zu begreifen, zugleich mit allen sich aus der gesamten materiellen Lage ergebenden Fehlern, die von den Ärzten gemacht werden, hat man für diese Gruppe, die im politischen Kampf der Bewegung sehr viel nützen könnte, nur Hohn und Spott und hält sie gerade gut genug dafür, sie vor den Kopf zu stoßen und in der öffentlichen Achtung beinahe gänzlich herabzusetzen.

5. Generalversammlung des Vereins der Lithographen, Streindrucker und Berufsgenossen Deutschlands.

Dresden, 20. Juli.

Vormittags-Sitzung.

In der Generaldebatte über den Vorstands- und Ausschufsbericht geht es weiter. Es liegt eine Kundgebung der Künzberger Kollegen gegen Tischendorf und die Angriffe gegen den Ausschuf vor. Diese wird aufrecht erhalten, weil Tischendorf in der Differenzfrage mit dem Ausschuf seinen Standpunkt beibehält. Gillerer-Freiburg i. Schlefien giebt bekannt, daß Dübelt gelegentlich einer Agitationsreise durch Schlesien gegen den Ausschuf habe scharf machen wollen. Sehr Berlin ist der Ansicht, daß der Ausschuf nicht nur eine Notwendigkeit sei, sondern auch in den wesentlichen Punkten, auf die es hier besonders ankomme, seine Befugnisse nicht überschritten habe. Wenn man von den Berliner Kollegen in Beziehung auf Tischendorf rede und gegen die dortigen Kollegen polemisiere, so solle man beachten, daß nicht alle Berliner Kollegen auf Tischendorfs Seite ständen, sondern ein großer Teil anderer Meinung sei. Zum Beispiel träte Berlin II nicht für Tischendorf ein. Nachdem Sah-Berlin nochmals die Haltung der Berliner Kollegen, die auf Tischendorfs Seite stehen, verteidigt, behauptet Tischendorf, daß man ihn für unglaubwürdig erklärt habe. In längeren Ausführungen sucht er seine Stellungnahme zu rechtfertigen. (Der Redner wird zweimal die Redezeit verlängert.) Er lehngange durchaus nicht mit den christlichen und östlichen Gewerkschaften, habe im Gegenteil mehrfach ausgesprochen, daß diese beiden Richtungen mit ihrer Stellung zum Klassenkampf im Unrecht seien. Die Versammlung des Berliner schließlichen Gewerkschaftsartikels, in der Redner einen Vortrag gehalten habe, sei falsch geschilbert worden. Dafür zeuge ein Artikel im Hauptorgan der christlichen Gewerkschaften, in dem konstatiert worden, daß zwischen diesen und Tischendorf ein grundsätzlicher Unterschied bestehe. Herrschuder könne ihn nicht beeinflussen, denn sie sei ihm schon deshalb unzugänglich, weil im Vorstand, der aus 9 Personen bestehe, er (Redner) der einzige sei, der auf diesen abweichenden Standpunkt stehe. Auch die Vorgänge bei der Reichstagswahl in Lübeck hätten anders gelegen. Es sei dort nicht zu feindseliger Agitation gekommen. Man solle doch nicht immer aus Kleinigkeiten ein so großes Wesen machen. Rudig-Berlin meint, so unschuldig, wie Tischendorf sich jetzt zeige, sei er nicht. Schuber-Leipzig, Abu und Lehmann stimmen der Haltung des Ausschufes zu. Rich (Ausschuf): Tischendorf habe selbst erklärt, sein Amt freiwillig niedergelegt zu haben. Erst seitdem dieser wieder ein öffentliches Amt einnehme, sei der alte Streit, ohne Schuld des Ausschufes, aufs neue entstanden. Früher habe Redner selber Tischendorf gegen unbedachte Angriffe in Schutz nehmen müssen. Dieser habe mit der Drohung gedroht in einem Augenblick, als die Organisation gerade eine Krise zu bestehen hatte. Das Manuskript habe schon fertig dazuliegen. Er habe das Vertrauen zu Tischendorf verloren. Dautsch-Stuttgart: Mit demselben Rechte, wie Tischendorf verlange, daß auch Anderdenkenden Komter in der Organisation offen stehen müssen, könnten die Kollegen verlangen, daß solche Komter dem Gesamtwillen nicht zuwider handeln dürfen. Durch den allzu großen Verzicht Tischendorfs in Kreisen, die den Arbeitern fernstehen, werde er ungünstig beeinflusst. Sebels Ansichten in der Neutralitätsfrage seien nicht die Tischendorfs.

Nachdem ein Schlussantrag angenommen wurde, erhält das Schlusswort Gillerer (Vorstand): Er weist die gegen den Vorstand gemachten Angriffe energisch zurück. Für besonders leichtfertig bezeichnet Redner den Antrag Wändens auf seinen Ausschuf, den man, kaum gestellt, jetzt wieder zurückziehe. (Sehr richtig!) Das sei ein ganz beispielloses Verhalten in der Arbeiterbewegung. Die Wändener Kollegen möchten einsehen, was für einen Fehler sie gemacht hätten. (Wabot) Prall (Kassierer) konstatiert, daß Ausschufungen am Ausschufbericht nicht gemacht worden sind. Rich (Ausschuf): An der Tätigkeit des Ausschufes haben fast nur die Berliner Kollegen, und von diesen Tischendorf, ausgenommen gehabt. Dieser habe Vorwürfe erhoben, die im selben Maße gegen ihn (Tischendorf) selbst gerichtet werden könnten. Das Schiedsgericht, dessen Spruch sich Tischendorf nicht gefügt habe, hätte vollkommen einwandfrei gearbeitet. (Sehr richtig!) Ueber eine Reihe von Differenzpunkten giebt Redner näheren Aufschuf. In allen Fällen habe der Ausschuf eben nicht vermittelnd wirken können.

Nachmittags-Sitzung.

Dem Hauptassessor wird Dedache erteilt. Ein Antrag, der fiskale Berlin III 400 Mark für die ohne eingeholte Genehmigung des Ausschufes vorgenommene Anstellung eines Lokalbeamten zu bewilligen, wird mit knapper Majorität angenommen. Dem Ausschufsvorsitzenden Rich werden für seine Tätigkeit 800 Mark bewilligt.

Zur Auskunftserteilung in der eingesehnen Kommission zur Vorbereitung der Streitpunkte wird Hilbig-Chemnitz geladen. Es wird ein Antrag angenommen, der die ohne Einverständnis des Ausschufes vorgenommene Anstellung eines Lokalbeamten durch die Berliner Filiale III als eine statutwidrige Handlung mißbilligt. Eine Mißbilligungs-Resolution gegen die früheren Vorstandsmitglieder Dübelt und Bohrisch-Berlin wegen ihrer Amtsniederlegung wird zurückgezogen, nachdem von verschiedenen Seiten ausgesprochen worden war, daß die Berliner wohl aus den Verhandlungen der Generalversammlung ersehen hätten, wie ihr Verhalten beurteilt würde. Tischendorf bittet, in der Presse zu berichtigen, daß nicht von nationalsozialen, sondern von Bestrebungen zur Gründung eines Sonderverbandes auf der Generalversammlung die Rede gewesen ist. Auch habe er nicht von Partuschen Artikeln gesprochen. Er bestreite entschieden, sich an Sondergründungen irgendwelcher Art beteiligt zu haben. Es folgen eine ganze Reihe persönlicher Bemerkungen.

Leinen-Dresden (Vorsitzender der Prekommission) giebt Bericht über deren Tätigkeit und bespricht die eingegangenen Beschwerden. Er wendet sich gegen den Beschluß des Hauptvorstandes, daß bei Polemiken, Angriffen usw. dem Angegriffenen Gelegenheit zu sofortiger Erwiderung gegeben würde. Praktisch würde diese Einrichtung nur dem Vorstand zu gute kommen. Im Gegensatz zu den Berliner Kollegen ist er der Meinung, daß sich persönliche Polemiken nicht gänzlich vermeiden ließen; sie hätten meistens eine sachliche Ursache. Für dringend erforderlich hält es Referent, daß die Vertrauensleute an die Redaktion einzuschickende Berichte nicht nur unterstempeln, sondern sich auch vorher von der Richtigkeit des Inhalts überzeugen sollten, um Bestrafungen und Verurteilungen zu vermeiden. Zu diesem Punkt sind verschiedene Anträge eingegangen: München verlangt, daß Berichte über Vergünstigungen usw. aus der Hochzeit ferngehalten sind, ferner, daß den Mitgliedern, die Beschwerden gegen den Vorstand usw. vorzubringen hätten, nicht das Blatt gesperrt wird. Nidorf und Kassel verlangen die Trennung des Redakteurpostens von dem Posten der Leipziger Verwaltungsbeamten. Ueber diese Anträge entpinnst sich eine lebhaft Debatte. Rich-Künzberg verliest einen Brief des Kollegen Barthel, in dem dieser sich beschwert, daß die Direktiven, die der vorige Kongreß Vorstand und Ausschuf betr. Anstellung eines Redakteurs gegeben, nicht befolgt seien, sonst hätte er an Stelle Obiers gewählt werden müssen. Gundlach-Berlin bringt eine lange Reihe von Beschwerden gegen die Redaktionsführung Obiers unter dem Widerspruch der Delegierten vor. Er meinte, einige nationalökonomische Artikel seien für die meisten Kollegen in der Provinz zu hoch, sie verstanden sie nicht. (Stürmischer Protest und Heiterkeit.) Er bemängelt die Ueberlässigkeit des Stoffes und dessen Auswahl und verlangt schließlich die Verlegung der Redaktion an den Sitz des Vorstandes. Der Vorsitzende bittet, die Äußerung Gundlachs von dem weniger intelligenten Kollegen der Provinz nicht tragisch zu nehmen, obgleich sie keineswegs stimme. Barthel geht ausführlich auf die vorgenommene Redakteurwahl ein und bittet, die jetzt vereinigten Posten zu trennen. Die Leipziger Kollegen, denen schließlich die Wahl des Redakteurs übertragen wurde, nachdem Vorstand und Ausschuf sich nicht einig werden konnten, hätten zweifellos seine Stellung zur Neutralitätsfrage nicht geteilt und ihn deshalb nicht gewählt. Nach seiner Ansicht sei aber die früheste Neutralität das Beste für die modernen Gewerkschaften. Er tritt ferner dem in der Debatte zum Ausdruck gekommenen Gedanken, einen akademischen Berufsverband anzustellen, scharf entgegen und weist auf den Widerspruch in der socialdemokratischen Partei hin gegen die Anstellung von Akademikern; für ein Gewerkschaftsorgan eigne sich ein solcher noch weniger. Müller-Schleuditz ist ebenfalls gegen die Anstellung eines solchen und verteidigt im übrigen die vorgenommene Wahl des Redakteurs Obier. Es sei besser, wenn der Redakteur eines Fachblattes einer bestimmten politischen Richtung angehöre. Obier sei Landtags-Abgeordneter in Detmold gewesen und habe sich sehr gut bewandt. Brauke-Hannover weist darauf hin, daß die Animosität der Berliner Kollegen und Tischendorfs gegen Obier daher rühre, weil er sich ihren Ansichten über die Tendenz des Blattes nicht füge wolle und sich als unabhängig erweise habe. Obier verteidigt sich gegen die von Berlin gekommenen Angriffe. Die meisten Vorwürfe gegen seine Tätigkeit seien von Tischendorf und seinen Freunden gekommen, deren Wünschen auf Änderung der Tendenz des Blattes er sich nicht gefügt habe. Tischendorf habe ihm eine Anzahl Postkarten und Briefe geschrieben in einem schmeihsüßern und wenig kollegialen Tone. Er werde aber seine Ansichten und seine Haltung nicht ändern. Wenn Tischendorf auf einer Karte schreibe, die Prinzipale Deutschlands könnten sich über die Tätigkeit von Rich u. Co. freuen, so müsse er sagen, die Jereztheit, die fortwährend von Tischendorf in die Reihen der Kollegen getragen werde, schädige den Verband weit mehr. Er erinnere daran, daß der Verband auch gewachsen sei, als Tischendorf nicht an dessen Spitze stand. Obier erklärt zum Schluß, daß er auf seinem Posten als Redakteur weiter wirken werde in dem bisherigen Sinne, auf den Verwaltungsposten verzichte er. Er werde versuchen, auch künftighin die „Gruppische Presse“ in dem neutralen Sinne, wie er ihn auffasse, zu redigieren. (Großer Beifall.)

Es geht noch eine Resolution ein, die ausspricht, daß in der Provin die richtige Person als Redakteur und Verwaltungsbeamter getroffen, daß aber eine Trennung der beiden Posten möglich sei.

Eingegangene Druckschriften.

W. . . W. . . : Notwendigkeit erblicher Unterweisung durch die Schule. Ein Beitrag zur Schulkritik. Leipzig, Felix Dietrich. 50 Pf. Vorigen, Tr. Ed.: Die Idemwelt des Anarchismus. 68 Seiten. Leipzig, Felix Dietrich. 1 M.

Dritter Jahresbericht des Arbeitersekretariats Köln nach Bericht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in Köln für das Geschäftsjahr 1903 nebst einer Uebersicht über die Zahl der Krankenlassen in Köln. Preis 20 Pf. Selbstverlag des Arbeitersekretariats. Köln 1904.

Marktpreise von Berlin am 20. Juli. Nach Ermittlungen des fgl. Polizei-Druckblatts. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen\*\*), gute Sorte 17,40—17,30 M., mittel 17,28—17,37 M., geringe 17,36—17,35 M. Roggen\*\*), gute Sorte 13,65—13,63 M., mittel 13,61—13,59 M., geringe 13,57—13,55 M. Futtergerste\*\*), gute Sorte 14,00—13,60 M., mittel 13,50 bis 13,50 M., geringe 12,40—11,40 M. Hafer\*\*), gute Sorte 16,00—15,90 M., mittel 15,90—14,50 M., geringe 14,40—13,70 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—35,00 M. Speisebohnen, weiße 30,00—28,00 M. Bohnen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, neue, 12,00—8,00 M. Rübölroh 4,32—4,00 M. Deu 7,40—5,40 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,60 M. Eier per Schod 3,80—2,40 M. \*) Frei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Wasserstand am 20. Juli. Elbe bei Magdeburg — 0,79 Meter, bei Dresden — 2,15 Meter, bei Regensburg + 0,19 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,90 Meter. — Oder bei Ratibor + 0,56 Meter, bei Weeslau Eder-Begel + 4,16 Meter, bei Breslau Unter-Begel — 1,82 Meter, bei Frankfurt + 0,26 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 1,85 Meter. — Warthe bei Posen + 0,14 Meter. Höhe bei Ulf + 0,26 Meter.

Witterungsüberblick vom 21. Juli 1904, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Wind, Temperatur, etc. Rows include Garmunde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., Wänden, Wien, Daparanda, Oetersburg, Cort, Werden, Paris.

Wetter-Prognose für Freitag, den 22. Juli 1904. Jämlich warm und schwül, zeitweise wolkig bei schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.



# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV. 3353.

Laut Beschluss der Ortsverwaltung wird unsere Bibliothek am Sonnabend, den 23. Juli er. auf mehrere Wochen zwecks Renovierung und Inventur geschlossen.

Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß in folgenden zwei Bezirken probeweise das Hauskassierer-System eingeführt ist.

**Bezirk I (Süd-Osten):** Eubachstraße, Eubachstraße, Faldenknechtstraße, Görlicherstraße, Görlicher-Ufer, Gröden-Ufer, Hofmann-Ufer, Laufer Platz, Lübbenerstraße, Mühlauerstraße 1-11 und 47-55, Oppelnerstraße, Stalherstr. 45-97, Schleichstraße, Sorauerstraße, Wangelstr. 23-112, Zenghofferstraße.

**Bezirk II (Norden):** Arkonaplatz, Brunnenstr. 58-128, Demminerstraße, Jasmunderstraße, Granseerstraße, Grannstraße, Kleinstraße, Lortzingstraße, Miedomstraße, Vinctaplatz, Volkasterstraße, Wollinerstraße, Wattstraße, Putznerstraße, Ramlerstraße, Rügnerstraße, Ruppinerstraße, Zwinemünderstraße, Schönholzerstraße und Stralanderstraße.

118/5\* Die Ortsverwaltung.

## Bauarbeiter Berlins und Umgegend!

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Sonntag, 24. Juli 1904, vorm. 10 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Benthstr. 19:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht vom zweiten Quartal 1904. 2. Bericht von der Baukontrolle. 3. Die gegenwärtigen Verhältnisse in unserm Gewerbe und unsere nächsten Aufgaben. 4. Die Abziehung des Kollegen R. Rood von der Kandidatenliste zur Wahl der Ortsverwaltung. 5. Verhandlungsangelegenheiten. 33/17

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe keinen Eintritt.

Zahlreichen Besuch erwartet.

Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: SO., Engel-Ufer 15. Fernsprecher: Amt IV. 3578.

Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

157/6

Wir richten an die Mitglieder das dringende Ersuchen, diese Versammlungen zahlreich und pünktlich zu besuchen. Die Ortsverwaltung.

## Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die

## Branchen-Versammlungen

Sonntag, den 23., Montag, den 25., Dienstag, den 26. und Mittwoch, den 27. Juli 1904 stattfinden. 157/6

Wir richten an die Mitglieder das dringende Ersuchen, diese Versammlungen zahlreich und pünktlich zu besuchen. Die Ortsverwaltung.

## Verband des technischen Bühnen-Personals.

Sonntag, den 23. Juli, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Delegierten vom Verbandstage. 4. Verhandlungsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen bittet 100/6

Der Vorstand.

## Tischler-Verein zu Berlin.

Sonntag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

## General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Quartal, 3. Bericht der Bibliothekare. 4. Wahl eines Bibliothekars. 5. Vereinsangelegenheiten. Das Mitgliedsbuch legitimiert. [100/1] Der Vorstand.

Sonntag, den 23. Juli: Mondscheinfahrt mit Musik nach Müggelwerder.

Nach Ankunft: Sommernachts-Ball. Abfahrt 9 1/2 Uhr abends Michael-Brücke. Ein und zurück 50 Pf. 58242\*

H. Keddig.

# Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis Rosenhalestr. 57.

Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon III. 1296.

Montag, den 25. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale „Zur Mauerbörie“, Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 18m:

## General-Versammlung

für das zweite Quartal.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Bericht des Kassierers und der Revisoren. 3. Statutenänderung. 4. Die Streiks und Aussperrungen in der Metallindustrie in der letzten Zeit. 5. Verschiedenes.

Im Interesse der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. Die Ortsverwaltung.

Im weiteren erlauben wir die Mitglieder, für regen Betrieb der Urania-Billets zu der Vorstellung am Sonntag, den 11. September, Sorge zu tragen. 280/14 D. O.

## Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.

Mitglied des Arb.-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Mittwoch, den 27. Juli, abends 9 Uhr, im großen Saale der Armeehallen, Kommandantenstr. 20:

## Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Vereinsangelegenheiten: a) Bericht des Vorstandes. b) Bericht der Abteilungsleiter. 4. Verschiedenes.

Bundesabzeichen oder Aufnahmechein legitimiert.

Im Anbetracht, daß diese General-Versammlung die maßgebendste zur Entwicklung unseres Vereins ist, erwartet das Erscheinen sämtlicher Mitglieder Der Vorstand.

Sonntag, den 24. Juli:

## Gemeinsame Vereinstour n. d. Arbeiter-Sportfest bei Friedrichshagen.

Start: früh 7 1/2 Uhr und mittags 12 Uhr in Trepptom, Neue Krug Allee 59, Restaurant Preuß. (Restaurant Preuß. (Neu-Two)) befindet sich an der Chaussee zwischen Trepptom und Nieder-Schöneheid. Gäste sind willkommen. Auskunft über obigen Verein erteilt bereitwilligst sowie Aufnahmen nimmt entgegen 13/8

A. O. Ritter, Christinenstraße 33 I.

## Gesang-Verein „Unverzagt“

Sonntag, den 23. Juli 1904,

im Lokal „Kunstschloß“, Berkebergerstr. 26 u. Stendalerstr. 18:

## Sommer-Fest

verbunden mit

Specialitäten-Vorstellungen, Gesangsansführungen u. Ball.

Kinder-Fackelzug. Stadtkarten gratis.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung. 58262

Es ladet freundlich ein Das Komitee.

## Steppdecken.

Purpur, echt rot, 2 50  
à 5, 3,25 u. 2 Mk.  
Wollatlas, 4 50  
à 10, 8, 6, 5 u. 4 Mk.  
Seldentart, Lasting, 7 50  
à 14, zwis. 12, 9 u. 7 Mk.  
Daunen-Decken, 18 Mk.  
à 30, 26 u. 18 Mk.

Türkisch-Cretonne, 2 25  
à 4,50, 3 u. 2 Mk.  
Satin, gemustert, 5 50  
à 7,50, 6 u. 4 Mk.  
Excelsior Cloth, 7 50  
à 9, doppels. 8, 6,50 u. 4 Mk.  
Seiden-Atlas, 10 Mk.  
allo Farb., 20, 15, 12 u. 10 Mk.

Vorjährige Muster fast für die Hälfte des Preises. Steppdeckenfabrik

## B. Hurwitz, Rotes Schloss,

vis-à-vis dem National-Denkmal.

Telephon I. 8311. 58172\*

# Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Das erste Wort gedruckt. Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. +37\*

Schöne neue Herren-Anzüge, Paletots, Veste, vorjährig, aus feinsten Stoffen, preiswert. Deutsches Verlagshaus, Jägerstr. 63, eine Treppe. 28558\*

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Godescher Markt 4, Bahnhofs Börie. 142/12\*

Seuf, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b. 28618\*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundertfünfzig Mark, Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Schillerstraße 40, Große Frankfurterstraße 56.

Teppiche mit Farbenlehren-Fabrik, Niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*

Handelshaus Weidenweg 19 verkauft preiswert alle Waren. Ferner: Betten, Bettwäsche, Bekleidungsgegenstände, Herren- und Damenmode, Herren- und Damenkleider, Herren- und Damenhosen, Herren- und Damenwesten, Herren- und Damenjacken, Herren- und Damenmäntel, Herren- und Damenanzüge, Herren- und Damenkleider, Herren- und Damenhosen, Herren- und Damenwesten, Herren- und Damenjacken, Herren- und Damenmäntel, Herren- und Damenanzüge.

Rahmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00. Gebrauchte 10,00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. +141\*

Kohlengeschäft frankfurter Börie sofort zu verkaufen. Stalshreiberstraße 7, vorn Keller. 29775\*

Restoration mit feinem Sand und Gärten ist frankfurter Börie mit oder ohne Grundstück sofort zu verkaufen. Köpenick, Grünauerstraße 7. \*

Lombardier - Maschinen - Hofmeyer, alleinst. Fabrikant E. Wellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 25738\*

Restaur. Redakteur: Paul Wittner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Ed. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 69 bis 8 Uhr angenommen.

2 Stuben, Küche, alleiniger Korridor, 1 Stube, Küche, alleiniger Korridor billig Greizerstraße 3. \*

Zimmer. Kleine leere Stube vermietet Grüner Weg 105, Duergebäude III.

Arbeitsmarkt. Tüchtige Farbigenmacher verlangt Albert Jander, Schönebergerstraße 27.

Bieger, Volkerer verlangt Kammfabrik, Chausseestraße 82. 28188

Lehrer, 14-16 Jahre, sofort verlangt Ledergeschäft, Rantstraße 159. 28525

Klavier- und Violinpieler oder Spielerin, als Nebenbeschäftigung, verlangt Hochstädterstraße 9, Restaurant. +90\*

Flotte Stepperin, Handnäherin, verlangt Wendt, Gubenerstraße 24.

Erfahrene Frau zur Pflege einer Wöchnerin sofort gesucht. H. Koch, Rigold, Kaiser Friedrichstraße 244, I.

Sträußchen, Nähmaschinen und Sträußchen, 24 Mark Wochenlohn bei 7 Stunden Arbeitszeit, auch außer dem Hause verlangen sofort Brösel u. Sander, Straußstraße 17. 29236

Karion-Arbeiterinnen, geübte, verlangt Neumann, Stalshreiberstraße 29a. +16/14\*

Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Tüchtige 58162  
Volgen- und Mutternpfeffer werden sofort gesucht. Keine wird vergütet. Offert. erbeten an Schrauben-, Mutter- und Nietenfabrik, Aktienges. Schellmühl/Danzig.

Musikinstrumenten-Arbeiter! Die Pianino-Fabrik von A. Gast & Co. Frankfurter Allee 117a ist wegen Lohnminderungen für alle Branchen gesperrt. 144/17\*

Zugzug streng fernhalten! Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Wahlkreis 8, nahe Station, 1. Oktober bis 1. November Wohnungen von 2 und 1 Stube mit Zubehör zu vermieten. Röhrens selbst beim Verwalter, 8-10, 2-8. \*

Wahlkreis 8, nahe Station, 1. Oktober bis 1. November Wohnungen von 2 und 1 Stube mit Zubehör zu vermieten. Röhrens selbst beim Verwalter, 8-10, 2-8. \*

Wahlkreis 8, nahe Station, 1. Oktober bis 1. November Wohnungen von 2 und 1 Stube mit Zubehör zu vermieten. Röhrens selbst beim Verwalter, 8-10, 2-8. \*

Wahlkreis 8, nahe Station, 1. Oktober bis 1. November Wohnungen von 2 und 1 Stube mit Zubehör zu vermieten. Röhrens selbst beim Verwalter, 8-10, 2-8. \*